

Hamburger Tageblatt.

223

Feierlicher Staatsakt im Oberlandesgericht

Die Aufgabe des Richters im neuen Staat

Senator Rothenberger führt die neuen Richter in ihre Ämter ein

Hakenkreuz und Schwarzweißrot wehen am Siebefingsplatz über den drei Gebäuden, die hanseatisches Recht verkörpern. Die Auffahrt des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist von dichten Menschenmassen umlagert, die Zeugen des Auftaktes zur feierlichen Amtseinführung der neuen Präsidenten sein wollen.

Ehrfurchtswolles Schweigen lastet über der Riesenhalle, die festlich ausgeschmückt ist für die feierliche Handlung. Hamburgs Staatsanwälte, Rechtsanwälte nehmen an dem feierlichen Akte teil. Vorn auf einer Empore vor der mit Tannengrün geschmückten Hakenkreuzfahne die Vertreter des Hamburgischen Senats, an der Spitze Bürgermeister Krogmann, die neuen Präsidenten des Oberlandesgerichtes, sowie die beförderten Richter.

Als erster ergreift das Wort:

Senator Dr. Rothenberger

Die Reichsstatthalter von Hamburg, Lübeck und Bremen haben auf den heutigen Tag den Sen.-Präs. Dr. Engel zum Präf. des Hanf.-OLG. sowie den OLG.-Rat David und den OLG.-Dir. Dr. Roth zu Sen.-Präs. am Hanf.-OLG. ernannt. Der Reichsstatthalter von Hamburg hat ferner den OLG.-Rat Schmidt zum OLG.-Präs., Oberreg.-Rat Dr. Rütger, Richter Wallenstein und Richter Dr. von Döhren zu OLG.-Dir., den StA. Dr. Schuberth zum StA. und ferner zwölf Herren zu Richtern bzw. Staatsanwälten ernannt. Sämtliche ernannten Herren sind auf Grund ihrer Leistungen und insbesondere auf Grund ihrer Persönlichkeit — letzteres ist das Entscheidende für die Stellung als Richter — für würdig befunden worden, Richter im NS.-Staat zu sein. Der Staat ist überzeugt, daß sie dieser besonderen Aufgabe und Ehre sich voll bewußt sind.

Im Namen der drei Justizverwaltungen habe ich Sie zusammengebeten um meinen Dank auszusprechen den wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen Herren Präf. Dr. Kieselbach und Dir. Dr. Framheim. Herrn Dr. Kieselbach danke ich dafür, daß er durch den hervorragenden Ruf, den er als Jurist in Deutschland, ja in der Welt, genießt, auch das Ansehen des Hanf.-OLG. und damit Hamburgs gemehrt hat. Herr Dr. Framheim hat als stellvertr. OLG.-Präs. in den ersten vier Monaten nach der Revolution, also in schwerster Zeit, trotz seiner 69 Jahre in geradezu erstaunlicher Frische mir zur Seite gestanden. Die ja rechtlich notwendige Anwendung des Altersgrenzengesetzes auf ihn ist mir besonders schwer gefallen.

Die Feier gilt aber insbesondere der Einführung des höchsten Richters der Hansestädte und gleichzeitig der des Hbg. OLG.-Präs. in ihre neuen Ämter.

Diese Einführung fällt zeitlich zusammen

Beginn einer neuen Zeitenwende, wie das deutsche Volk sie seit Jahrhunderten nicht erlebt hat. Eine so radikale und totale Wendung konnte und durfte auch an der Justiz nicht spurlos vorübergehen. Nur wer den inneren Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung im Gegensatz zur bisher geltenden demokratischen liberalistischen nicht erkannt hat, wird sich darüber wundern, daß heute in der hamburgischen und hanseatischen Justiz sich ein Personalwechsel von noch nie dagewesenem Umfang vollzieht. Von den sechs großen, der LVB. unterstellten Behörden haben vier einen neuen Leiter erhalten. Von ca. 280 hamburgischen Richtern und Staatsanwälten sind 55 ausgeschieden. Zum äußeren Zeichen und zum Abschluß dieser grundlegenden Personalveränderungen habe ich heute die Ehre, Sie, Herr Präsident Dr. Engel, und Sie, Herr Präsident Schmidt, in Ihr neues schweres Amt einzuführen.

Ich sage absichtlich zum Abschluß. Wenn nicht besondere Umstände eine Verschärfung der Rassenfrage verursachen, wird die LVB. sich von jetzt ab ausschließlich den so ungeheuer wichtigen Aufgaben der Zukunft zuwenden. Ich weiß, daß durch das Berufsbeamtentumsgezet in die Beamtenschaft und insbesondere die Richterschaft eine starke Beunruhigung getragen ist. Gerade der Richter braucht für sein Amt Ruhe und innere Sammlung. Der Richter sah sich bedroht in seiner Unabhängigkeit und in seiner Unabsehbarkeit. Das war vom Schicksal des Einzelnen aus gesehen verständlich. Wer aber aus diesem Grunde die getroffenen Maßnahmen als unberechtigt oder zu hart ansah, hat die Bedeutung der elementaren Umwälzung in Deutschland nicht erfasst. Wie bei jeder Maßnahme ist auch hier lediglich die Frage aufzuwerfen: sind sie notwendig im Interesse der Zukunft der Gesamtheit des deutschen Volkes?

Bei meinem Amtsantritt war die Richterschaft zu folgenden %-Sätzen nichttariflich:

Sen.-Präs. 50%, OLG.-Räte 20%.

Dir. und Richter beim OLG. ca. 20%.

Dir. beim AG. 18%, Richter beim AG. ca. 7%.

Interessant ist nicht nur die Höhe der %-Sätze, sondern auch die Verteilung auf die einzelnen Beförderungsguppen. Sie läßt nicht unwichtige Schlüsse zu auf die bisher betriebene Personalpolitik.

Ich hatte mich als verantwortlicher Chef der LVB. zu fragen: durfte ich die Rechtsprechung in einem Staat unter dem Hakenkreuz einer so zusammengelegten Richterschaft anvertrauen?

Daneben hielt ich es für meine Pflicht, Personen zu entfernen, die ihrer Einstellung und Persönlichkeit nach nicht geeignet waren, das verantwortungsvollste Amt, das der Staat zu vergeben hat, nämlich das Richteramt, zu bekleiden. Zur höchsten Ehre der hamburgischen Richterschaft muß gesagt werden, daß die Fälle

Feierlicher Staatsakt im Oberlandesgericht

Die Aufgabe des Richters im neuen Staat

Senator Rothenberger führt die neuen Richter in ihre Ämter ein

Hakenkreuz und Schwarzweißrot wehen am Siebefingsplatz über den drei Gebäuden, die hanseatisches Recht verkörpern. Die Auffahrt des Hanseatischen Oberlandesgerichts ist von dichten Menschenmassen umlagert, die Zeugen des Auftaktes zur feierlichen Amtseinführung der neuen Präsidenten sein wollen.

Ehrfurchtsvolles Schweigen lastet über der Riesenhalle, die festlich ausgeschmückt ist für die feierliche Handlung. Hamburgs Staatsanwälte, Rechtsanwälte nehmen an dem feierlichen Akte teil. Born auf einer Empore vor der mit Längengrün geschmückten Hakenkreuzfahne die Vertreter des Hamburgischen Senats, an der Spitze Bürgermeister Krogmann, die neuen Präsidenten des Oberlandesgerichtes, sowie die beförderten Richter.

Als erster ergreift das Wort:

Senator Dr. Rothenberger

Die Reichsstatthalter von Hamburg, Lübeck und Bremen haben auf den heutigen Tag den Sen.-Präs. Dr. Engel zum Präs. des Hanf.-OLG. sowie den OLG.-Rat Davids und den OLG.-Dir. Dr. Roth zu Sen.-Präs. am Hanf.-OLG. ernannt. Der Reichsstatthalter von Hamburg hat ferner den OLG.-Rat Schmidt zum OLG.-Präs., Oberreg.-Rat Dr. Rütger, Richter Wallenstein und Richter Dr. von Döhren zu OLG.-Dir., den StA. Dr. Schuberth zum StA. und ferner zwölf Herren zu Richtern bzw. Staatsanwälten ernannt. Sämtliche ernannten Herren sind auf Grund ihrer Leistungen und insbesondere auf Grund ihrer Persönlichkeit — letzteres ist das Entscheidende für die Stellung als Richter — für würdig befunden worden, Richter im NS-Staat zu sein. Der Staat ist überzeugt, daß sie dieser besonderen Aufgabe und Ehre sich voll bewußt sind.

Im Namen der drei Justizverwaltungen habe ich Sie zusammengebeten um meinen Dank auszusprechen den wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschiedenen Herren Präs. Dr. Kieselbach und Dir. Dr. Gramheim. Herrn Dr. Kieselbach danke ich dafür, daß er durch den hervorragenden Ruf, den er als Jurist in Deutschland, ja in der Welt, genießt, auch das Ansehen des Hanf.-OLG. und damit Hamburgs gemehrt hat. Herr Dr. Gramheim hat als stellvert. OLG.-Präs. in den ersten vier Monaten nach der Revolution, also in schwerster Zeit, trotz seiner 69 Jahre in geradezu erstaunlicher Frische mir zur Seite gestanden. Die ja rechtlich notwendige Anwendung des Altersgrenzengesetzes auf ihn ist mir besonders schwer gefallen.

Die Feier gilt aber insbesondere der Einführung des höchsten Richters der Hansestädte und gleichzeitig der des Hdg. OLG.-Präs. in ihre neuen Ämter.

Diese Einführung fällt zeitlich zusammen mit dem Beginn des zweiten großen Abschnitts der nationalsozialistischen Revolution, einem Zeitpunkt, der zwingt zur Rückschau über den ersten Abschnitt der äußeren Machtergreifung und zur Vorschau auf den zweiten, der inneren Erziehung. Heute stehen wir am

Beginn einer neuen Zeitenwende, wie das deutsche Volk sie seit Jahrhunderten nicht erlebt hat. Eine so radikale und totale Wendung konnte und durfte auch an der Justiz nicht spurlos vorübergehen. Nur wer den inneren Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung im Gegensatz zur bisher geltenden demoliberalistischen nicht erkannt hat, wird sich darüber wundern, daß heute in der hamburgischen und hanseatischen Justiz sich ein Personalwechsel von noch nie dagewesenem Umfang vollzieht. Von den sechs großen, der LVB. unterstellten Behörden haben vier einen neuen Leiter erhalten. Von ca. 280 hamburgischen Richtern und Staatsanwälten sind 55 ausgeschieden. Zum äußeren Zeichen und zum Abschluß dieser grundlegenden Personalveränderungen habe ich heute die Ehre, Sie, Herr Präsident Dr. Engel, und Sie, Herr Präsident Schmidt, in Ihr neues schwereres Amt einzuführen.

Ich sage absichtlich zum Abschluß. Wenn nicht besondere Umstände eine Verschärfung der Rassenfrage verursachen, wird die LVB. sich von jetzt ab ausschließlich den so ungeheuer wichtigen Aufgaben der Zukunft zuwenden. Ich weiß, daß durch das Berufsbeamtentumsgezet in die Beamenschaft und insbesondere die Richterschaft eine starke Beunruhigung getragen ist. Gerade der Richter braucht für sein Amt Ruhe und innere Sammlung. Der Richter sah sich bedroht in seiner Unabhängigkeit und in seiner Unabsehbareit. Das war vom Schicksal des Einzelnen aus gesehen verständlich. Wer aber aus diesem Grunde die getroffenen Maßnahmen als unberechtigt oder zu hart ansah, hat die Bedeutung der elementaren Umwälzung in Deutschland nicht erfasst. Wie bei jeder Maßnahme ist auch hier lediglich die Frage aufzuwerfen: sind sie notwendig im Interesse der Zukunft der Gesamtheit des deutschen Volkes?

Bei meinem Amtsantritt war die Richterschaft zu folgenden %-Sätzen nichttariflich:

Sen.-Präs. 50%, OLG.-Räte 20%.

Dir. und Richter beim OLG. ca. 20%.

Dir. beim AG. 18%, Richter beim AG. ca. 7%.

Interessant ist nicht nur die Höhe der %-Sätze, sondern auch die Verteilung auf die einzelnen Beförderungsgruppen. Sie läßt nicht unwichtige Schlüsse zu auf die bisher betriebene Personalpolitik.

Ich hatte mich als verantwortlicher Chef der LVB. zu fragen: durfte ich die Rechtsprechung in einem Staat unter dem Hakenkreuz einer so zusammengesetzten Richterschaft anvertrauen?

Daneben hielt ich es für meine Pflicht, Personen zu entfernen, die ihrer Einstellung und Persönlichkeit nach nicht geeignet waren, das verantwortungsvollste Amt, das der Staat zu vergeben hat, nämlich das Richteramt, zu bekleiden. Zur höchsten Ehre der hamburgischen Richterschaft muß gesagt werden, daß die Fälle politischer Unzuverlässigkeit ganz seltene Ausnahmen waren.

Nachdem sie beseitigt sind, habe ich das festeste Vertrauen zu allen Richtern, daß sie, die sich von der aktiven Parteipolitik ferngehal-

Wenden!

ten haben, um so freudiger sich zum neuen Staat bekennen, der die Parteipolitik mit Stumpf und Stiel ausgerottet hat. Allerdings muß in demselben Maße, wie früher vom Richter völlige Fernhaltung von der Politik, d. h. Parteipolitik, verlangt wurde, jetzt im totalen Staat eine Durchdringung der Richterschaft mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und mit der Politik im eigentlichen höheren Sinne gefordert werden.

Denn der Nationalsozialismus ist keine Sache einer Partei, sondern Sache des deutschen Volkes, dessen unlöslicher Bestandteil die deutsche Richterschaft ist.

Die erwähnten großen Personalveränderungen bei den hansf. Gerichten haben zwei Nebenwirkungen gezeigt, die zum wesentlichen Gedankengut des NS. gehören: Mit einem Schläge ist die Not des jur. Nachwuchses in Hamburg behoben. Alle hbg. Assesoren, die für die Stellung eines Richters oder Staatsanw. geeignet waren, konnten beschäftigt werden und in Verdienst kommen. Rein persönlich freue ich mich darüber, weil mich seit meinem Ass.-Examen ein besonderes Band mit dem jur. Nachwuchs verbindet. Für die Zukunft ist allerdings zu sagen, daß nur die Fähigkeit Aussicht haben, in jur. Berufen ihr Brot zu verdienen. Die Folgen der künstlich gezüchteten Anschauung, der Akademiker sei etwas Besonderes, und deshalb müsse man seine Kinder möglichst studieren lassen, werden sich noch einige Jahre gerade in jur. Berufen zeigen. Ich habe bereits den neuen Präsf. der Prüfungskommissionen meine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht und werde auch selbst in den Prüfungskomm. dafür eintreten: je höhere Anforderungen an den Nachwuchs gestellt werden, desto besser wird er und desto brauchbarer ist er für den neuen Staat. Diese Anforderungen werden allerdings auf ganz andere Gebiete verlegt werden als bisher.

Nicht darauf kommt es an, ob jemand beim Repetitor viel positives Wissen auf möglichst vielen Rechtsgebieten sich angeeignet hat, sondern nur darauf, ob er einen klaren, scharfen, gesunden Menschenverstand hat, ob er ein Kerl von Charakter, Bescheidenheit und Selbstdisziplin ist, getragen von Verständnis und Gefühl für alle Stände des Volkes.

Dann wird endlich ein für allemal das elende Einpaupertum für Juristen beseitigt sein.

Die zweite Nebenwirkung, die die Personalveränderung gehabt hat, ist die Ersparnis. Der NS. redet nicht von Verw.-Reform und von Sparsamkeit, sondern er handelt, und zwar schnell. Das hat das erst gestern veröffentlichte neue Landesverw.-Gesetz gezeigt, das den hbg. Senat und die hbg. Verw. auf eine völlig neue Basis stellt. Die 3 Senate haben wohl Verständnis für berechnete Beförderungswünsche der Richter, sie lassen daher die freigebliebenen Beförderungstellen im Etat nur zu einem ganz kleinen Teil wegfallen. Sie müssen aber bei der heutigen Notlage von Millionen Deutschen von ihren Beamten die Einsicht verlangen, daß nur ein Teil ihrer persönlichen Wünsche auf Beförderung und gehaltliche Besserstellung erfüllt werden kann. Bei sämtl. Gerichten sind daher Hilfsrichter eingestellt, und dies auch deswegen, weil ich der Meinung bin, daß bei der zukünftigen Stellung des Richters die Träger sich nach allen Richtungen hin bewährt haben müssen. Der äußeren Würde, die durch die jüngst getroffenen Maßnahmen über die Art der Gerichtsverhandlungen bezweckt wird und die auch heute durch das geschlossene Erscheinen der beteiligten Richterschaft in Amtstracht dokumentiert wird, wird folgen müssen die innere. Durch Vereinfachung

des Prozeßverfahrens und Beschleunigung der Prozesse wird man die Zahl der deutschen Richter so begrenzen können, daß nur ganz ausgesuchte Persönlichkeiten richten dürfen. Die Hebung der Richterstandes und damit die

gericht seine Pflicht getan haben, sondern er muß Gelegenheit haben, auch die Erfordernisse der Verwaltung und, wenn möglich, auch der freien Wirtschaft und des Anwaltsberufes kennenzulernen.

Notwendig ist, daß ein einheitlicher Geist, der von der Spitze ausgeht, alle, die wir Diener des Rechts sind, beseelt. In dieser Beziehung stehen Sie vor einer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe.

Ich habe bei meinen Personalvorschlägen bewußten Wert darauf gelegt, daß heute Männer vor uns sitzen, die zwei bis drei Jahrzehnte mit der hansf. Rechtsprechung eng verknüpft sind. Auch hier zeigt sich, daß der NS. nicht — wie uns von unsern Gegnern vorgeworfen wird — alle Erfahrungen beiseite schiebt, nur um neuen Männern oder gar der unreifen Jugend Platz zu machen.

Gerade auf dem Gebiete der Rechtsprechung tritt das konservative Element des NS. zutage, d. h. konservativ im richtigen Sinne, nämlich in der Erhaltung des Guten und historisch Gewordenen und in seiner organischen Fortführung.

Zu diesen Pflichten als Richter tritt heute für Sie beide, die Sie zugleich Richter und Leiter einer Behörde sind, eine ungeheuer wichtige neue Aufgabe hinzu: die Durchbringung Ihrer Beamtenchaft mit der NS.-Idee!

Die Erziehungsarbeit wird gerade bei den Gerichten nicht so sehr in aktiver Propaganda, sondern — und das ist weit wirkungsvoller! — in dem deutlich erkennbaren Wirken als Vorbild bestehen.

In dieser Beziehung deute ich es als ein verheißungsvolles Vorzeichen, wenn die beiden neuen Gerichtspräsidenten entsprechend dem Vorbild des Senats nicht nur auf den 1000 RM übersteigenden Teil ihres Gehalts wegen der Not der Zeit verzichtet haben, sondern daß sie auch ihre sämtlichen Nebenbeschäftigungen, die ihnen zum Teil nicht unerhebliche Einkünfte brachten, niederlegen. Das Wirken als Vorbild führt aber zu einem ganz neuen Problem im NS-Staat: nämlich zum Führergedanken im Bereiche der Rechtsprechung.

Es entsteht die Frage: wie verbindet sich das Führertum mit der Unabhängigkeit der Rechtspflege und der Unabsehbarkeit des Richters, die unvermindert aufrechtzuerhalten entsprechend der feierlichen Erklärung unseres Führers in seiner großen Reichstagsrede vom 23. März d. J. wir fest und unbedingt entschlossen sind? Die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung wird gewährleistet durch die Bindung des Richters allein an das Gesetz und seine Freiheit von jeglicher Weisung oder, um es mit den Worten des Gerichtsverfassungsgesetzes auszudrücken: der Richter ist nur dem Gesetz unterworfen; der Staatsanwalt und jeder andere Verwaltungsbeamte hat den dienstlichen Anweisungen seiner Vorgesetzten nachzukommen.

Und doch wird darum niemand, der unsere Gerichtsverfassung und unsere Richterschaft kennt, meinen, es könnte oder wollte der Richter der Führung entraten. Bei dem Problem von Führerschaft und Gefolgschaft handelt es sich m. E. um ein Bewußtseinsverhältnis, um eine psychische Beziehung zwischen Führer und Geführten. Der Führer muß wissen, daß er Führer ist, und er muß führen wollen, und die Geführten müssen folgen, sich führen lassen wollen. Wer führt, will nicht Hörige, sondern will Gefolgschaft. Daß Vorkisende nicht immer Führer sind, dafür soll sogar die Erfahrung der Beratungszimmer Beispiele liefern, daß aber der Vorsitzende eines Kollegialgerichts wahrhafter Führer sein kann, weit über den Rahmen der spärlichen Prozeßvorschriften hinaus, daß er mehr tut als nur die Geschäfte auf die Mitglieder seiner Kammer oder seines Senats zu verteilen.

sehen Volkes, dessen unlöslicher Bestandteil die deutsche Richterschaft ist.

Die erwähnten großen Personalveränderungen bei den hant. Gerichten haben zwei Nebenwirkungen gezeitigt, die zum wesentlichen Gedankengut des NS. gehören: Mit einem Schlage ist die Not des jur. Nachwuchses in Hamburg behoben. Alle hbg. Assessoren, die für die Stellung eines Richters oder Staatsanw. geeignet waren, konnten beschäftigt werden und in Verdienst kommen. Rein persönlich freue ich mich darüber, weil mich seit meinem Ass.-Examen ein besonderes Band mit dem jur. Nachwuchs verbindet. Für die Zukunft ist allerdings zu sagen, daß nur die Fähigsten Aussicht haben, in jur. Berufen ihr Brot zu verdienen. Die Folgen der künstlich gezüchteten Anschauung, der Akademiker sei etwas Besonderes, und deshalb müsse man seine Kinder möglichst studieren lassen, werden sich noch einige Jahre gerade in jur. Berufen zeigen. Ich habe bereits den neuen Präsi. der Prüfungskommissionen meine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht und werde auch selbst in den Prüfungskomm. dafür eintreten: je höhere Anforderungen an den Nachwuchs gestellt werden, desto besser wird er und desto brauchbarer ist er für den neuen Staat. Diese Anforderungen werden allerdings auf ganz andere Gebiete verlegt werden als bisher.

Nicht darauf kommt es an, ob jemand beim Repetitor viel positives Wissen auf möglichst vielen Rechtsgebieten sich angeeignet hat, sondern nur darauf, ob er einen klaren, scharfen, gesunden Menschenverstand hat, ob er ein Kerl von Charakter, Bescheidenheit und Selbstdisziplin ist, getragen von Verständnis und Gefühl für alle Stände des Volkes.

Dann wird endlich ein für allemal das elende Einpaufertum für Juristen beseitigt sein.

Die zweite Nebenwirkung, die die Personalveränderung gehabt hat, ist die Ersparnis. Der NS. redet nicht von Verw.-Reform und von Sparsamkeit, sondern er handelt, und zwar schnell. Das hat das erst gestern veröffentlichte neue Landesverw.-Gesetz gezeigt, das den hbg. Senat und die hbg. Verw. auf eine völlig neue Basis stellt. Die 3 Senate haben wohl Verständnis für berechtigte Beförderungswünsche der Richter, sie lassen daher die freigeblichen Beförderungstellen im Etat nur zu einem ganz kleinen Teil wegfallen. Sie müssen aber bei der heutigen Notlage von Millionen Deutschen von ihren Beamten die Einsicht verlangen, daß nur ein Teil ihrer persönlichen Wünsche auf Beförderung und gehaltliche Besserstellung erfüllt werden kann. Bei sämtl. Gerichten sind daher Hilfsrichter eingestellt, und dies auch deswegen, weil ich der Meinung bin, daß bei der zukünftigen Stellung des Richters die Träger sich nach allen Richtungen hin bewährt haben müssen. Der äußeren Würde, die durch die jüngst getroffenen Maßnahmen über die Art der Gerichtsverhandlungen bezweckt wird und die auch heute durch das geschlossene Erscheinen der beteiligten Richterschaft in Amtstracht dokumentiert wird, wird folgen müssen die innere. Durch Vereinfachung

des Prozeßverfahrens und Beschleunigung der Prozesse wird man die Zahl der deutschen Richter so begrenzen können, daß nur ganz ausgesuchte Persönlichkeiten richten dürfen. Die Hebung des Richterstandes und damit der deutschen Rechtsprechung ist unser Ziel.

Um eine dieser gehobenen Stellung entsprechende Richterschaft zu erhalten, beabsichtige ich, auch die Tätigkeit der Assessoren vor ihrer Ernennung zum Richter erheblich abwechslungsreicher zu gestalten.

Der werdende Richter muß nicht nur wie bisher bei der Staatsanwaltschaft oder beim Vormundschafts- oder Requisitionss-

Sache einer Partei, sondern auch bei allen wichtigen Wert darauf gelegt, daß heute Männer vor uns sitzen, die zwei bis drei Jahrzehnte mit der hant. Rechtsprechung eng verknüpft sind. Auch hier zeigt sich, daß der NS. nicht — wie uns von unsern Gegnern vorgeworfen wird — alle Erfahrungen beiseite schiebt, nur um neuen Männern oder gar der unreifen Jugend Platz zu machen.

Gerade auf dem Gebiete der Rechtsprechung tritt das konservative Element des NS. zutage, d. h. konservativ im richtigen Sinne, nämlich in der Erhaltung des Guten und historisch Gewordenen und in seiner organischen Fortführung.

Zu diesen Pflichten als Richter tritt heute für Sie beide, die Sie zugleich Richter und Leiter einer Behörde sind, eine ungeheuer wichtige neue Aufgabe hinzu: die Durchdringung Ihrer Beamtenschaft mit der NS.-Idee!

Die Erziehungsarbeit wird gerade bei den Gerichten nicht so sehr in aktiver Propaganda, sondern — und das ist weit wirkungsvoller! — in dem deutlich erkennbaren Wirken als Vorbild bestehen.

In dieser Beziehung deute ich es als ein verheißungsvolles Vorzeichen, wenn die beiden neuen Gerichtspräsidenten entsprechend dem Vorbild des Senats nicht nur auf den 1000 RM übersteigenden Teil ihres Gehalts wegen der Not der Zeit verzichten haben, sondern daß sie auch ihre sämtlichen Nebenbeschäftigungen, die ihnen zum Teil nicht unerhebliche Einkünfte brachten, niederlegen. Das Wirken als Vorbild führt aber zu einem ganz neuen Problem im NS.-Staat: nämlich zum Führergedanken im Bereiche der Rechtsprechung.

Es entsteht die Frage: wie verbindet sich das Führertum mit der Unabhängigkeit der Rechtspflege und der Unabsehbareit des Richters, die unvermindert aufrechtzuerhalten entsprechend der feierlichen Erklärung unseres Führers in seiner großen Reichstagsrede vom 23. März d. J. wir fest und unbedingt entschlossen sind? Die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung wird gewährleistet durch die Bindung des Richters allein an das Gesetz und seine Freiheit von jeglicher Weisung oder, um es mit den Worten des Gerichtsverfassungsgesetzes auszudrücken: der Richter ist nur dem Gesetz unterworfen; der Staatsanwalt und jeder andere Verwaltungsbeamte hat den dienstlichen Anweisungen seiner Vorgesetzten nachzukommen.

Und doch wird darum niemand, der unsere Gerichtsverfassung und unsere Richterschaft kennt, meinen, es könnte oder wollte der Richter der Führung entraten. Bei dem Problem von Führerschaft und Gefolgschaft handelt es sich m. E. um ein Bewußtseinsverhältnis, um eine psychische Beziehung zwischen Führer und Geführten. Der Führer muß wissen, daß er Führer ist, und er muß führen wollen, und die Geführten müssen folgen, sich führen lassen wollen. Wer führt, will nicht Hörige, sondern will Gefolgschaft. Daß Vorkisende nicht immer Führer sind, dafür soll sogar die Erfahrung der Beratungszimmer Beispiele liefern, daß aber der Vorsitzende eines Kollegialgerichts wahrhafter Führer sein kann, weit über den Rahmen der spärlichen Prozeßvorschriften hinaus, daß er mehr tut als nur die Geschäfte auf die Mitglieder seiner Kammer oder seines Senats zu verteilen, die Beratung zu leiten und als letzter abzustimmen, das wissen alle, die das Glück hatten, unter einem Vorkisenden, der seinen Sitz ausfüllte, zu tagen.

Aber auch über den Senat oder die Kammer hinaus soll ein Chefpräsident unablässig wirken, jedes Gerichtsmitglied und jede Entscheidung in erlaubter Weise beeinflussen, je stiller, desto besser.

Ich denke nämlich an das bereits erwähnte Wirken als Vorbild.

Daß der Richter eines hohen Gerichts die volle fachliche Ausbildung besitzt und weiter pflegt, daß er seine jur. Kenntnisse nicht schablonenmäßig, sondern mit Freude am Werke in wissenschaftlicher Vertiefung handhabt, erscheint mir als Selbstverständlichkeit. Es muß ein Weiteres hinzukommen, nämlich das Durchdrungen sein von dem Gefühl, daß über die Volksgenossen nur richten kann, wer die Volksgenossen versteht, nicht mit dem Verstande allein, sondern mit dem Herzen.

Die Erkenntnis, daß gerade die Richter, die in ihrer Berufstätigkeit über den Volksgenossen sitzen, über sie, ihre Ansprüche und Taten von oben her entscheiden, das größte Gewicht darauf legen müssen, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um mit den Volksgenossen zusammen zu sein in Freud und Leid, möge sich durch Ihren Einfluß bei jedem Mitglied des Gerichtes festigen und vertiefen.

Dann ergreift

Rechtsanwalt Dr. Raefe

im Namen des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen das Wort:

Als Gauführer des Hanseatischen Gaubezirks und als Angehöriger des Reichsführerstabes des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, dem Oberlandesgerichtspräsident und Landgerichtspräsident als Mitglieder angehören, begrüßt er die neuen Männer in ihren neuen, verantwortungsschweren Ämtern in der zuversichtlichen Überzeugung, daß sie es als ihre schönste und edelste Aufgabe betrachten werden, im Geiste nationalsozialistischer Weltanschauung die Verbundenheit der ihnen anvertrauten Rechtspflege mit dem deutschen Volke mit allen Kräften zu pflegen und zu vertiefen. „Ihnen, Herr Landgerichtspräsident, danke ich es besonders“, so sagt Pg. Raefe, „daß Sie sich in opferwilliger Weise bereitgefunden haben, neben der Bürde Ihres neuen Amtes auch weiterhin im Rahmen des Nationalsozialistischen Juristenbundes die Pflichten als Fachgruppen-Leiter der Berufsgruppe Richter und Staatsanwälte Ihres Landgerichtsbezirks zu erfüllen.

Namens der im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen zusammengeschlossenen Anwaltschaft, deren Reichsberufsgruppen-Leitung mir mit dem Sitz in Hamburg anvertraut ist, glaube ich Ihnen beiden, meine Herren Präsidenten, die Versicherung geben zu dürfen, daß es immerdar das Bestreben dieser Anwaltschaft sein wird, Ihnen und den Ihnen unterstellten Gerichten Ihre hohen und verantwortungsvollen Aufgaben im Dienste des Deutschen Rechts zum Wohle des deutschen Volkes durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und durch gebührende Achtung vor treuer richterlicher Pflichterfüllung zu erleichtern.

Endlich gereicht es mir zur besonderen Freude, Ihnen zu Ihrem heutigen Ehrentage die Glückwünsche und Grüße des Herrn Reichsjustizkommissars und Führers des Nationalsozialistischen Deutschen Juristen-Bundes Staatsministers Dr. Frank übermitteln zu können. — Möge Ihr Wirken dazu beitragen, das Vertrauen zur Deutschen Rechtspflege und ihrer Volkserbundenheit zu erhöhen.

Nach ihm spricht der neue

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Engel

Diese Stunde sei für ihn in erster Linie eine Stunde des Dankes. Sein Dank gelte den freundlichen Worten des Senators, Dr. Raefes, den drei Senaten von Hamburg, Lübeck und Bremen und den Herren Reichsstatthaltern für das Vertrauen, daß sie ihm durch die Berufung in das höchste Amt eines hanseatischen

Siebekingschen Senat auszuhelfen, habe ich nicht geahnt, daß von nun an meine ganze Lebensarbeit dem Oberlandesgericht gehören sollte. Aus den drei Monaten wurden drei Jahre, drei wundervolle, arbeitsreiche Lehrjahre, die ich unter der abgeklärten Weisheit eines „Richterkönigs“, wie Siebeking es war, habe durchmachen dürfen.

Auch als Rat habe ich vielfach den Vorzug gehabt, dem Präsidial-Senat anzugehören. Aber wenn ich heute, rückschauend, mich frage, bei wem von allen diesen vortrefflichen Männern ich als Richter am meisten gelernt habe, so blicke ich in Dankbarkeit hinüber zu der Büste, die dort drüben die Erinnerung festhält an den 1. Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Und nun bin ich selbst auf den Posten des Oberlandesgerichts-Präsidenten berufen und fühle mich beglückt durch die Auszeichnung und zugleich auch bedrückt von der Sorge, ob es mir möglich sein wird, die an meine Wahl geknüpften Erwartungen zu erfüllen.

Ich bin sicher: wie ich alle meine Mitarbeiter kenne — die richterlichen Kollegen ebenso wie die nichtrichterlichen Beamten und Angestellten —, so kennen sie alle auch mich und meine Grundeinstellung zu unserer gemeinsamen Arbeit. Es bedarf daher keiner besonderen Betonung ihnen gegenüber, daß niemand von uns es jemals außer Acht lassen darf:

Das rechtssuchende Publikum ist nicht unserer wegen da, sondern umgekehrt! Das bedingt gerade in dieser Zeit mit ihren Nöten und Sorgen viel menschliches Verständnis und viel Geduld. Wir werden es daran nicht fehlen lassen.

Unser Volk hat ein feines Gefühl dafür, ob ein Urteil nach Form und Inhalt dem entspricht, was es von seinem Richter erwarten darf. Seien wir immer darauf bedacht, daß bei der Abfassung unserer Entscheidungen der Mensch dem Juristen über die Schulter sieht.

Und damit bin ich bei dem angelangt, was ich als die Hauptaufgabe meiner Amtsführung werde betrachten müssen: führend mitzuarbeiten an der grundsätzlichen Umwandlung des inneren Menschen bei uns allen, die wir hier am Oberlandesgericht tätig sind, und an der freudigen Einreihung des ganzen Gerichts in die Front des großen neuen Deutschlands!

Die Zeit, in der ich groß geworden bin, war anders als die heutige. Werde ich da Kraft und Fähigkeit besitzen, nicht nur selbst umzulernen, sondern darüber hinaus anderen Führer zu sein auf dem neuen Weg?

Ich will's versuchen. Und ich meine: was wir alle in den letzten sechs Monaten mit immer neuem Staunen im deutschen Vaterland haben erleben dürfen, das muß das Umlernen leicht machen, — leicht für jeden, der nicht aus grundsätzlicher Negation eigensinnig dabei beharren will, auch in Zukunft abseits zu stehen oder nörgelnd und schimpfend hinter dem Reichswagen herzulassen, — leicht für jeden, der offenen Sinns durchs Leben geht und immer von neuem es erfahren darf, welche ungeheure seelische Veränderung in unserm Volk sich vollzieht, — leicht für jeden, der guten Willens ist und mithelfen will an dem Wiederaufbau unseres heiliggeliebten deutschen Vaterlands.

Wir wissen: diese Feiertage sind nur die eine Seite. Die andere Seite aber ist die ungeheure praktische Arbeit, die mit einer Energie ohnegleichen von unserer Regierung für den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem auch seelischen Wiederaufbau des Volkes tagtäglich geleistet wird und schon heute die beglückendsten Erfolge gezeitigt hat.

Ich aber darf es bewegten Herzens dankbar empfinden, daß es einem Manne, der die Mittagshöhe des Lebens längst überschritten hat, und dessen Berufsarbeit ihrem Ende sich zuneigt, noch vergönnt wird, als dienendes Glied einzutreten in eine Bemannung, die sich mit Recht

wissenhaftiger Vertiefung halbgut, erheben mir als Selbstverständlichkeit. Es muß ein Weiteres hinzukommen, nämlich das Durchdrungensein von dem Gefühl, daß über die Volksgenossen nur richten kann, wer die Volksgenossen versteht, nicht mit dem Verstande allein, sondern mit dem Herzen.

Die Erkenntnis, daß gerade die Richter, die in ihrer Berufstätigkeit über den Volksgenossen sitzen, über sie, ihre Ansprüche und Taten von oben her entscheiden, das größte Gewicht darauf legen müssen, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um mit den Volksgenossen zusammen zu sein in Freude und Leid, möge sich durch Ihren Einfluß bei jedem Mitglied des Gerichtes festigen und vertiefen.

Dann ergreift

Rechtsanwalt Dr. Raete

im Namen des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen das Wort:

Als Gauführer des Hanseatischen Gaubezirks und als Angehöriger des Reichsführerstabes des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, dem Oberlandesgerichtspräsident und Landgerichtspräsident als Mitglieder angehören, begrüßt er die neuen Männer in ihren neuen, verantwortungsschweren Ämtern in der zuversichtlichen Überzeugung, daß sie es als ihre schönste und edelste Aufgabe betrachten werden, im Geiste nationalsozialistischer Weltanschauung die Verbundenheit der ihnen anvertrauten Rechtspflege mit dem deutschen Volke mit allen Kräften zu pflegen und zu vertiefen. „Ihnen, Herr Landgerichtspräsident, danke ich es besonders“, so sagt Pg. Raete, „daß Sie sich in opferwilliger Weise bereitgefunden haben, neben der Bürde Ihres neuen Amtes auch weiterhin im Rahmen des Nationalsozialistischen Juristenbundes die Pflichten als Fachgruppen-Leiter der Berufsgruppe Richter und Staatsanwälte Ihres Landgerichtsbezirks zu erfüllen.“

Namens der im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen zusammengeschlossenen Anwaltschaft, deren Reichsberufsgruppen-Leitung mir mit dem Sitze in Hamburg anvertraut ist, glaube ich Ihnen beiden, meine Herren Präsidenten, die Versicherung geben zu dürfen, daß es immerdar das Bestreben dieser Anwaltschaft sein wird, Ihnen und den Ihnen unterstellten Gerichten Ihre hohen und verantwortungsvollen Aufgaben im Dienste des Deutschen Rechts zum Wohle des deutschen Volkes durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und durch gebührende Achtung vor treuer richterlicher Pflichterfüllung zu erleichtern.

Endlich gereicht es mir zur besonderen Freude, Ihnen zu Ihrem heutigen Ehrentage die Glückwünsche und Grüße des Herrn Reichsjustizkommissars und Führers des Nationalsozialistischen Deutschen Juristen-Bundes Staatsministers Dr. Frank übermitteln zu können. — Möge Ihr Wirken dazu beitragen, das Vertrauen zur Deutschen Rechtspflege und ihrer Volksverbundenheit zu erhöhen.

Nach ihm spricht der neue

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Engel

Diese Stunde sei für ihn in erster Linie eine Stunde des Dankes. Sein Dank gelte den freundlichen Worten des Senators, Dr. Raetes, den drei Senaten von Hamburg, Lübeck und Bremen und den Herren Reichsstatthaltern für das Vertrauen, daß sie ihm durch die Berufung in das höchste Amt eines hanseatischen Richters erwiesen hätten, und endlich seinem verehrten Amtsvorgänger Präsident Kießelbach. Ihn dränge es zu bekennen, wie gern sie alle unter ihm und mit ihm gearbeitet hätten.

Als ich nach zehn Jahren anwaltlicher, landgerichtlicher und amtsgerichtlicher Tätigkeit auf den 1. April 1906 als Hilfsrichter ans Hanseatische Oberlandesgericht berufen wurde, um — wie man mir sagte — für drei Monate im

Auch als Rat habe ich vielfach den Vorzug gehabt, dem Präsidial-Senat anzugehören. Aber wenn ich heute, rückschauend, mich frage, bei wem von allen diesen vortrefflichen Männern ich als Richter am meisten gelernt habe, so blicke ich in Dankbarkeit hinüber zu der Büste, die dort drüben die Erinnerung festhält an den 1. Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Und nun bin ich selbst auf den Posten des Oberlandesgerichtspräsidenten berufen und fühle mich beglückt durch die Auszeichnung und zugleich auch bedrückt von der Sorge, ob es mir möglich sein wird, die an meine Wahl geknüpften Erwartungen zu erfüllen.

Ich bin sicher: wie ich alle meine Mitarbeiter kenne — die richterlichen Kollegen ebenso wie die nichtrichterlichen Beamten und Angestellten —, so kennen sie alle auch mich und meine Grundeinstellung zu unserer gemeinsamen Arbeit. Es bedarf daher keiner besonderen Betonung ihnen gegenüber, daß niemand von uns es jemals außer Acht lassen darf:

Das rechtsuchende Publikum ist nicht unserer wegen da, sondern umgekehrt! Das bedingt gerade in dieser Zeit mit ihren Nöten und Sorgen viel menschliches Verständnis und viel Geduld. Wir werden es daran nicht fehlen lassen.

Unser Volk hat ein feines Gefühl dafür, ob ein Urteil nach Form und Inhalt dem entspricht, was es von seinem Richter erwarten darf. Seien wir immer darauf bedacht, daß bei der Abfassung unserer Entscheidungen der Mensch dem Juristen über die Schulter sieht.

Und damit bin ich bei dem angelangt, was ich als die Hauptaufgabe meiner Amtsführung werde betrachten müssen: führend mitzuarbeiten an der grundsätzlichen Umwandlung des inneren Menschen bei uns allen, die wir hier am Oberlandesgericht tätig sind, und an der freudigen Einreihung des ganzen Gerichts in die Front des großen neuen Deutschlands!

Die Zeit, in der ich groß geworden bin, war anders als die heutige. Werde ich da Kraft und Fähigkeit besitzen, nicht nur selbst umzulernen, sondern darüber hinaus anderen Führer zu sein auf dem neuen Weg?

Ich will's versuchen. Und ich meine: was wir alle in den letzten sechs Monaten mit immer neuem Staunen im deutschen Vaterland haben erleben dürfen, das mag das Umlernen leicht machen, — leicht für jeden, der nicht aus grundsätzlicher Negation eigensinnig dabei beharren will, auch in Zukunft abseits zu stehen oder nörgelnd und schimpfend hinter dem Reichswagen herzulaufer, — leicht für jeden, der offenen Sinns durchs Leben geht und immer von neuem es erfahren darf, welche ungeheure seelische Veränderung in unserm Volk sich vollzieht, — leicht für jeden, der guten Willens ist und mithelfen will an dem Wiederaufbau unseres heiliggeliebten deutschen Vaterlands.

Wir wissen: diese Feiertage sind nur die eine Seite. Die andere Seite aber ist die ungeheure praktische Arbeit, die mit einer Energie ohnegleichen von unserer Regierung für den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem auch seelischen Wiederaufbau des Volkes tagtäglich geleistet wird und schon heute die beglückendsten Erfolge gezeitigt hat.

Ich aber darf es bewegten Herzens dankbar empfinden, daß es einem Manne, der die Mittagshöhe des Lebens längst überschritten hat, und dessen Berufsarbeit ihrem Ende sich zuneigt, noch vergönnt wird, als dienendes Glied einzutreten in eine Bewegung, die sich mit Recht als den nationalen Aufbruch des jungen Deutschlands bezeichnet.

Nach Dr. Engel ergriff Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt kurz das Wort und dankte ebenfalls für seine Berufung. Senator Kothenberg wandte sich in seinem Schlusswort an die beiden neuen Präsidenten, dann beschlossen der erste Vers des Deutschlandliedes und das Horst Wessel-Lied die Feier.

Signatur

R.

Datum 21. Nov. 1933

Hamburger Nachrichten

Nr. 546

Senator Dr. Rothenberger Mitglied der Akademie für Deutsches Recht.

Der Reichsjustizkommissar Dr. Hans Frank hat in seiner Eigenschaft als Führer der Akademie für Deutsches Recht Senator Dr. Rothenberger in Anerkennung seiner Verdienste zum ordentlichen Mitglied der Akademie für Deutsches Recht ernannt. In einem Dankschreiben ist dem Reichsjustizkommissar auch zum Ausdruck gebracht worden, daß Reichsstatthalter und Senat in dieser Ernennung eine Anerkennung der Bedeutung Hamburgs für die Entwicklung des neuen deutschen Rechts erblicken.

ca 1

Rothenberger, Dr. Senator

Signatur

P.

Datum 23. Nov. 1933

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 324



Senator Dr. Rothenberger ist zum Mitglied der
Akademie für Deutsches Recht ernannt.
Phot. E. Bieber.

Hamburger Nachrichten

Nr. 512

Grundsätze nationalsozialistischer Rechtsauffassung.

Justizsenator Dr. Rothenberger vor den Angestellten der Justizbehörde.

Im Rahmen der Berufserziehungsarbeit der Reichsberufsgruppen der Angestellten wurde diese Arbeit für die Fachschaft Justiz mit einem Vortrag des Justizsenators Dr. Rothenberger über die Grundsätze nationalsozialistischer Rechtsauffassung eingeleitet. Der Bezirksreferent Hg. Doerwald der Reichsberufsgruppe der Büro- und Behördenangestellten eröffnete die Veranstaltung mit der Mahnung, die Fortbildungsmöglichkeiten voll auszunutzen. Mehr denn je müsse der Angestellte über ein umfassendes Berufswissen und -können verfügen. Er werde sich nur dann behaupten, wenn er tüchtig sei, und nur so werde er auch Mitarbeiter am Bau des Dritten Reiches sein. Dienst an sich selbst sei Dienst am Volke.

Dr. Rothenberger führte darauf u. a. aus, die neue Rechtsauffassung unterscheide sich von der bisherigen grundsätzlich dadurch, daß sie

keine Geheimwissenschaft für Juristen

sei, sondern, da das Recht für das Volk da sei, für jedermann verständlich sein müsse. Das Wesen der bisherigen Rechtsauffassung hätte den geistigen Grundlagen des 19. Jahrhunderts entsprochen. Es sei beherrscht gewesen durch Rationalismus, Individualismus und Liberalismus. Das Recht habe sich unter dieser Herrschaft zu einer Kunstfertigkeit eines Juristenstandes entwickelt, der das unverfälscht fühlende Volk fremd gegenüberstand.

Das nationalsozialistische Recht betone dagegen entsprechend seiner weltanschaulichen Grundlage Begriffe wie Volkstum, Rasse, Sittlichkeit, Moral, Religion, Gefühls- und Gemütswerte. Selbstverständlich komme auch dem Verstande die ihm gebührende Stellung zu, aber seine Überbewertung gerade auf dem Gebiete des Rechtslebens müsse beseitigt werden. Diese grundlegende Umstellung könne nicht von heute auf morgen vorgenommen werden. Sie setze vor allem die entsprechende Erziehung derjenigen voraus, die das Recht anzuwenden hätten.

Im Vordergrund der neuen Rechtsanschauung stehe der Gemeinschaftsgehalt.

Inzwischen seien schon auf vielen Gebieten verheißungsvolle Ansätze vorhanden.

Der Vortragende ging dann auf diese Ansätze auf den verschiedenen Rechtsgebieten näher ein, insbesondere auf den Gebieten des Staatsrechts, des Strafrechts, des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses, des Familienrechts, des Arbeiterrechts und des Bauernrechts.

Zum Schluß wies Dr. Rothenberger auf die große Verantwortung hin, die diejenigen, die an der Neuschaffung des Rechts mitzuarbeiten hätten, übernommen hätten. Hierbei stehe jedoch keiner für sich allein, sondern alle ständen in unverbrüchlicher Verbundenheit und in der letzten Verantwortung vor dem Führer zusammen.

Hamburger Tageblatt

Nr. 331

Senator Rothemberger vor den Wirtschaftsrechtlern

Im Curio-Haus fand die erste diesjährige Versammlung der Gaufachgruppe „Wirtschaftsrechtler“ im Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen statt. Der stellvertretende Gaufachgruppenleiter Dr. Roob eröffnete die Versammlung, sodann nahm Senator Dr. Rothemberger als Gauführer des BNSD das Wort. Er gab seiner Freude über die Möglichkeit einer persönlichen Fühlungnahme mit der Fachgruppe Ausdruck. Volkswirte und Wirtschaftstreuhänder seien in den Juristenbund eingegliedert worden, weil sie als Rechtswahrer der Wirtschaft eine unbedingt notwendige Ergänzung der übrigen Rechtswahrer in Justiz und Verwaltung darstellten. Beide Gruppen müssen auf einer Ebene über der Wirtschaft stehen als unabhängige Träger des öffentlichen Vertrauens. Die nunmehr zusammengeflochtenen Berufe verdienten die hohe Bezeichnung des Rechtswahrers nur dann, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht würden.

Die zweite wesentliche Aufgabe sei die wissenschaftliche Erforschung des Begriffs der neuen deutschen Volkswirtschaft. Die besondere Bedeutung der Fachgruppe „Wirtschaftsrechtler“ gerade für Hamburg wurde vom Redner hervorgehoben.

Sodann nahm der Gaufachgruppenleiter Dr. von Haebler das Wort zu seinem Vortrage über das Thema „Die Aufgaben des Wirtschaftsrechtlers im Dritten Reich“.

Der anschließende Kameradschaftsabend hielt die Angehörigen der bisher getrennten, nunmehr vereinten Berufsgruppen in harmonischer Stimmung beisammen.

Anschließend sprach der Gaufachgruppenleiter der Fachgruppe Wirtschaftsrechtler, Dr. v. Haebler.

Mit der Idee des Nationalsozialismus ist ganz zwangsläufig auch eine Umformung des Wirtschaftsgedankens verbunden, der in der heutigen Zeit mehr und mehr zum Ausdruck kommt. Nach der Auffassung des nationalsozialistischen Staates wird das Vorliegen einer naturgesetzmäßigen Weltung verneint, es ist in die Hände des Staates gelegt, die Wirtschaft nach Zweckmäßigkeit umzugestalten. Der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ist heute als unverrückbare Achse im Wirtschaftsleben anzusehen. Wirtschaftsordnung im nationalsozialistischen Sinne heißt nicht Einengung in die Zwangsjacke einer Planwirtschaft nach marxistischen Begriffen, sondern Umformung zu einem Werkzeug des Staates, das neben seiner Hauptaufgabe, der Bedarfsdeckung der Volksgemeinschaft, vom Staat auch jederzeit für andere Aufgaben der völkischen Gemeinschaft eingesetzt werden kann. Der Wirtschaftsrechtler aber ist heute Kämpfer für die Verwirklichung der Rechtswahrung auf allen Gebieten der Wirtschaft. Der Volkswirt hat in unserem Staat heute die Aufgabe, schöpferisch für die Erhaltung und Durchführung einer geordneten Wirtschaft zu arbeiten. Die gleiche Aufgabe fällt auch dem Wirtschaftstreuhänder zu, der seine Aufgaben darin sieht, innerhalb der Einzelwirtschaft die ordnungsgemäße Verwaltung des Volksvermögens zu sichern. Der Name des Wirtschaftstreuhänders gilt als eine neue Berufsbezeichnung für die bisherigen Berufsarten des Wirtschaftsprüfers, des beeidigten Bücherrevisors, des Diplombücherrevisors, des amtlich zugelassenen Steuerberaters und des Buchsachverständigen. Wille und Weg des Wirtschaftsrechtlers ist die Schaffung eines neuen Berufsstandes, erfüllt von nationalsozialistischem Kämpfergeist.

Rothenberger, Dr.

Signatur

Datum

20. Dez. 1934

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 351.

Dr. Rothenberger Leiter der Justiz-Abteilung Nord

Meldung unseres Vertreters.

ah. Berlin, 20. Dezember.

Die Beseitigung der Justizverwaltungen der Länder ist jetzt auch in personeller Hinsicht durchgeführt worden. Gemäß Paragraph 2 der Verordnung, durch die die Überleitung des Justizwesens in den Ländern auf das Reich erfolgte, hat Reichsjustizminister Dr. Gürtner jetzt die Leiter der neugebildeten vier Abteilungen im Reichsjustizministerium ernannt. Zum Leiter der Abteilung Nord, die neben Hamburg auch die übrigen Hansestädte und Mecklenburg umfaßt, wurde der bisherige hamburgische Justizsenator Dr. Rothenberger ernannt.

Dies ist insofern bemerkenswert, als bei den übrigen Abteilungen nicht in allen Fällen bisherige Justizminister der betreffenden Länder in die Leitung berufen wurden. Die Abteilung Bayern im Reichsjustizministerium wird von Staatsrat Spangenberg, dem bisherigen Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, die Abteilung Sachsen-Thüringen von dem bisherigen sächsischen Staatsminister Thirack und die Abteilung Württemberg-Baden vom bisherigen Ministerialdirektor im Reichs- und preussischen Justizministerium, Thieling, geleitet werden.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 352

Senator Dr. Rothenberger Beauftragter des Reichsministers der Justiz



Wie bereits mitgeteilt worden ist, hat der Reichs- und Preussische Justizminister für die Abteilung Nord des Reichsjustizministeriums, die die Länder Hamburg, Mecklenburg, Oldenburg (ohne Birkenfeld), Bremen und Lübeck umfaßt, auf Grund der Verordnung vom 5. Dezember 1934 den Senator der Landesjustizverwaltung Hamburg, Dr. Curt Rothenberger, zum „Beauftragten des Reichsministers der Justiz“ ernannt.

Senator Dr. Rothenberger übt ab 1. Januar 1935 im Auftrage des Reichsjustizministers die Befugnisse der Justizminister von Mecklenburg und Oldenburg und der Justizsenatoren von Hamburg, Lübeck und Bremen aus.

Hamburg hat dadurch vom Reich eine besondere Anerkennung dafür erfahren, daß die Ueber-

leitung der Rechtspflege auf die neue Zeit hienur musterquältig vor sich gegangen ist.

Dr. Curt Rothenberger, geboren am 30. Juni 1896 in Eurbaden, Kriegsfreiwilliger, Leutnant der Reserve, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse und des Hanseatenkreuzes, wurde am 26. Juni 1922 zum Assessor in Hamburg ernannt. Er war Hilfsrichter beim Amtsgericht in Hamburg, ab 1. Januar 1925 Richter beim Landgericht — zuletzt Untersuchungsrichter —, ab 15. Juni 1927 Regierungsrat bei der Justizverwaltung, ging ab 1. Dezember 1929 als Oberregierungsrat zur Gesundheitsbehörde und kehrte am 1. Januar 1931 als Oberregierungsrat an die Landesjustizverwaltung zurück. 1931 schlug Hamburg Dr. Rothenberger als Hilfsrichter für das Reichsgericht vor; seine Berufung wurde aber abgelehnt, weil er erst gerade die gesetzliche Mindestaltersgrenze von 35 Jahren erreicht hatte. Da seine nationalsozialistische Gesinnung der damaligen Regierung bekannt wurde, wurde Dr. Rothenberger am 30. November 1931 gegen seinen Willen von der Landesjustizverwaltung als Landgerichtsdirektor an das Landgericht versetzt. Am 8. März 1933 wurde er zum Senator der Landesjustizverwaltung ernannt. Seit 15. November 1933 ist er Mitglied der Akademie für Deutsches Recht.

Signatur

Datum 2. Jan. 1935

Hamburger Fremdenblatt

Nr. **2** . . .

Abschied von der Landesjustizverwaltung

Am 1. Januar 1935 sind die Befugnisse der deutschen Landesjustizverwaltungen auf den Reichsjustizminister übergegangen. Im „Hamburgischen Justizverwaltungsblatt“ Nr. 10, vom 29. Dezember 1934, 23. Jahrgang, veröffentlicht Senator Dr. Rothenberger, in dessen Hände die Leitung der Ländergruppe Nord als Beauftragten des Reichsjustizministers gelegt worden ist, eine Abschiedskundgebung, worin er allen an der hamburgischen Rechtspflege Beteiligten und allen Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihre treue Pflichterfüllung und für ihr persönliches Vertrauen dankt. Die hamburgische Rechtspflege habe im Reich einen guten Klang, ihren bisherigen Hochstand zu erhalten, den besonderen Aufgaben des Welthafens Hamburg gerecht zu werden und das Recht zum wahren Volksgut zu gestalten, soll auch künftig gemeinsames Streben sein. Die genannte Nummer des „Hamburgischen Justizverwaltungsblattes“ ist die letzte.

Hamburger Nachrichten

Nr. 154

Senator Ahrens übernimmt die Aufsicht über Staatsarchiv und Statistisches Landesamt.

An Stelle des aus dem Senat ausgeschiedenen Senators Dr. Rothenberger hat der Regierende Bürgermeister Senator Ahrens mit der Aufsicht über das Staatsarchiv und das Statistische Landesamt beauftragt.

Dr. Rothenberger Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Präsident Dr. Engel scheidet aus seinem Amt.



Der neue Chefpräsident Dr. Rothenberger.

Archiv Hamburger Nachrichten.



Der scheidende Präsident Dr. Engel.

Archiv Hamburger Nachrichten.

Der Beauftragte des Reichsministers der Justiz, Abteilung Nord, Senator Dr. Rothenberger, hat die ihm gestellte Aufgabe, die Geschäfte der bisherigen Landesjustizministerien von Mecklenburg, Oldenburg, Hamburg, Lübeck und Bremen abzuwickeln, am 1. April d. J. erfüllt. Ebenso wie die übrigen Außenstellen des Reichsjustizministeriums wird daher die Abteilung Nord am 1. April aufgelöst. Der am 1. April in Kraft tretende organisatorische Aufbau des Reichsjustizministeriums kennt keine Zwischenstellen zwischen der Zentrale in Berlin und den Oberlandesgerichtspräsidenten mehr. Auf den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts gehen daher, soweit nicht die Zentrale selbst zuständig wird, im wesentlichen die Befugnisse der bisherigen Landesjustizverwaltung Hamburg über. Ihm werden ferner die Gerichte von Bremen und Lübeck unterstellt. Der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, ist damit ab 1. April 1935 nicht nur wie bisher höchster Richter, sondern daneben Chef der Justizverwaltungsgeschäfte der Gerichte der drei Hansestädte.

Dieser veränderten Stellung des Oberlandesgerichtspräsidenten Rechnung tragend, hat der bisherige Inhaber des Amtes, Präsident Dr. Engel, der im Juli dieses Jahres sein 65. Lebensjahr vollendet und damit die gesetzliche Altersgrenze erreicht, den Reichsjustizminister gebeten, schon am 1. April dieses Jahres aus seinem Amte zu scheiden. Der Reichsjustizminister hat diesem Wunsch nur mit Bedauern entsprochen, da Präsident Engel sein Amt mit vierzigjähriger Erfahrung als hervorragender Richter und einem besonderen Verständnis für die nationalsozialistische Bewegung versehen hat.

Auf Vorschlag des Reichsjustizministers hat der Führer und Reichskanzler Senator Dr. Rothenberger, den Beauftragten der Abteilung Nord, zum Chefpräsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts mit Wirkung vom 1. April 1935 ernannt. Damit ist eine ruhige und sichere Überleitung der Justizverwaltungsgeschäfte von der nunmehr aufgelösten Abteilung Nord auf den Oberlandesgerichtspräsidenten für die drei Hansestädte gewährleistet.

Mit dieser Ernennung ist, da es einen hamburgischen Justizsenator nicht mehr gibt, zwangsläufig das Ausscheiden von Senator Dr. Rothenberger aus dem Senat verbunden. Auf besonderen Wunsch des Reichsstatthalters Kaufmann und im Einverständnis mit dem Reichsjustizminister Dr. Gürtner wird Senator Dr. Rothenberger jedoch auch für die Zukunft dem Reichsstatthalter als persönlicher juristischer Berater zur Verfügung stehen. Ferner wird der Regierende Bürgermeister Senator Dr. Rothenberger zum hamburgischen Staatsraternennen.

Der Reichsjustizminister hat den bisherigen Personalreferenten von Senator Dr. Rothenberger, Regierungsdirektor Leß, der auch weiterhin die Verwaltungsgeschäfte des Oberlandesgerichts als sein Referent bearbeiten wird, zum Vizepräsidenten und zum Vertreter des Chefpräsidenten ernannt. Präsident Dr. Strube und Oberlandesgerichtsrat Dr. Erwin Schulz sind zu Senatspräsidenten am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt worden.

Rothenberger, Dr. Luepf

Signatur

J

Datum 17. Mai 1935

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 136

* Senator Dr. Rothenberger, Präsident des
Hanseatischen Oberlandesgerichts, ist vom Senat
für die Dauer seines Hauptamts zum Vor-
sitzenden des Oberverwaltungs-
gerichts ernannt worden.

Dr. Rothenberger Dr.
Senator

Signatur

Datum 22. Mai 1935

Hamburger Nachrichten

Nr. 236

Senator Dr. Rothenberger (Hamburg) bei der Lübecker Justizverwaltung.

Der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, der Senator Dr. Rothenberger, stattete am Dienstagvormittag Lübecks Juristenchaft einen Besuch ab und sprach vor den versammelten Beamten und Angestellten des Lübecker Landes- und Amtsgerichtes.

Landgerichtspräsident Nischau begrüßte Senator Dr. Rothenberger, der in einer längeren Ansprache seine Arbeitskameraden zu Kameradschaft und Pflichtenfüllung ermahnte. Ein Rundgang durch das Lübecker Gerichtsgebäude beschloß den offiziellen Besuch des Präsidenten.

Hamburger Nachrichten

Nr. 331

Richterliche Unabhängigkeit im Dritten Reich.

Senator Dr. Rothenberger zu den Richtern, Staatsanwälten und Hochschullehrern.

Vor einer Versammlung der Fachgruppen Richter, Staatsanwälte und Hochschullehrer im hiesigen Juristenbund sprach Senator Dr. Rothenberger über die richterliche Unabhängigkeit im Dritten Reich. Er führte u. a. folgendes aus:

„In einem parlamentarisch-demokratischen Staat, in dem 30 Parteien um die Spitze rangen und ihre politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Gegensätze austrugen, mußte der Richter über den Parteien stehen, er mußte neutral sein. Der Richter, der sich von der jeweiligen Justizverwaltung in seiner Urteilsfindung beeinflussen ließ, verlor seine Stellung als Richter. Nach Beseitigung der Parteien und nach Aufhebung der Dreiteilung der staatlichen Gewalt ist auch die Funktionsstellung des Richters im Staat eine andere geworden. Es gibt nur noch eine einheitliche Führung mit einer einzigen Zielsetzung: die Zusammenschweißung des Volkes zu einer nationalsozialistischen Gemeinschaft. Dieser Aufgabe hat auch die Rechtsprechung zu dienen. Der Richter hat nicht mehr die politische Führung als neutraler Beobachter zu kontrollieren oder nur eine individuelle Freiheitsphäre gegen den Staat zu schützen,

sondern er hat die völkische Gemeinschaft zu sichern. Dieser im höchsten Sinne königlichen Aufgabe des Richters entspricht die Machtfülle, die ihm der heutige Gesetzgeber gibt durch Einführung von Generalklauseln, möglichst allgemeinen Begriffen, die der Richter von sich aus auszufüllen hat, ohne dabei an allzu viele positive Vorschriften gebunden zu sein. Das bedingt aber auch, daß der Begriff der Unabhängigkeit ein anderer wird. Die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Urteilsfindung im Einzelfalle bleibt zwar in vollem Umfange bestehen. Jede befehlsmäßige Anweisung an den Richter — sei es mittelbar oder unmittelbar — ist unzulässig. Jeder Angriff seitens unterer oder mittlerer Organe des Staates oder der Partei auf die Unabhängigkeit der Gerichte wird von der obersten Staatsführung grundsätzlich abgelehnt. Der Richter hat also allein nach seinem besten Wissen und Gewissen zu entscheiden. Aber innerlich muß der Richter mit der Zielsetzung der politischen Führung eng verbunden sein und die Ideenwelt der Staatsführung in seinen Urteilen zum Ausdruck bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß ein Vermittler zwischen politischer Führung und Richter da sein.

Dieser hat zwei Aufgaben:

1. Er hat die Grundanschauungen der politischen Führung dem Richter zu vermitteln, damit nicht jeder Richter sie anwendet „so wie er sie auffaßt“.
2. Er hat mittleren und unteren Stellen des Staates und der Partei und darüber hinaus jedem beschwerdeführenden Volksgenossen die Schwierigkeiten klarzumachen, die sich daraus ergeben, daß der Richter in der jetzigen Übergangszeit viele Gesetze anzuwenden hat, die aus der überwundenen liberalistischen Zeit stammen.

Nur dann kann der Richter vor unberechtigten Vorwürfen gegen die Justiz und vor Eingriffen in die Rechtspflege wirksam geschützt werden. Diese Vermittlerrolle ist die wichtigste Aufgabe der höheren Reichsjustizbehörde.“

Im Anschluß an die Ausführungen von Senator Dr. Rothenberger ergriff Oberlandesgerichtsrat von der Veden das Wort zu einem Vortrag über die Stellung des Obersten Bundesgerichts im politischen Leben der Vereinigten Staaten im Vergleich mit der entsprechenden Rolle des Reichsgerichts in Deutschland.

Ein kameradschaftliches Zusammensein schloß den Abend, dem als Gäste der Generalkonsul der Türkei, eine augenblicklich zu Studien- und Informationszwecken in Hamburg weilende türkische Richterin sowie der Vorstand der Hanseatischen Anwaltskammer und der Notariatskammer bewohnten.

Signatur *R.*

Datum 17. Dez. 1935

Hamburger Nachrichten

Nr. 349 . .

Senator Dr. Rothemberger Vorsitzender des Reichsoberseeamtes.

Der Führer und Reichkanzler hat den Chefpräsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, Senator Dr. Rothemberger (Hamburg), zum Vorsitzenden des Reichsoberseeamtes in Berlin ernannt.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 350



Der Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, Senator Dr. Rothenberger, ist zum Vorsitzenden des Reichsoberseeamtes ernannt worden

Aufn. Dührkoop

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 8

Reichsoberseeamt

Die Ernennung des Chefpräsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senators Dr. Rothenberger, zum Vorsitzenden des Reichsoberseeamts durch den Führer und Reichszankler, die wir schon vor einiger Zeit meldeten, wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Gleichzeitig ist Oberlandesgerichtsrat Dr. Rittmeyer beim Hanseatischen Oberlandesgericht zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Reichsoberseeamts bestellt worden und Kapitän Klemm, Leiter der Abteilung Seefahrt der Auslands-Organisation der NSDAP Hamburg, zum Stellvertreter des schiffahrtkundigen ständigen Beisitzers des Reichsoberseeamts. Der ständige Beisitzer Konteradmiral a. D. Röhlert (Berlin) verbleibt in seinem Amt und wird nach Hamburg übersiedeln.

Gleichzeitig sind Ministerialrat Dr. Kehler vom Verkehrsministerium und Fregattenkapitän a. D. Kled (Berlin) von ihren Ämtern als Stellvertreter des Vorsitzenden und Stellvertreter des schiffahrtkundigen ständigen Beisitzers des Reichsoberseeamtes entbunden worden.

Die feierliche Eröffnung des Reichsoberseeamtes wird, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, am 31. Januar um 9 Uhr morgens im Gebäude des Hanseatischen Oberlandesgerichts stattfinden. Soweit bisher feststeht, werden schon vor der offiziellen Eröffnung einige Verhandlungen wegen der Dringlichkeit der Fälle vor dem Reichsoberseeamt stattfinden.

Datum 28. Jan. 1936

Hamburger Nachrichten

Nr. 28 - - -

Grundgedanken des neuen Strafverfahrens.

So lautete das Thema eines Vortrages, den der Rektor der Universität Kiel, Professor Dr. Dahm, auf der ersten diesjährigen Bezirksversammlung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen hielt, der am gestrigen Abend in Hamburg stattfand. Senator Dr. Rothberger begrüßte als Gausführer die Versammelten; nach ihm ergriff der Leiter der Fachschaft Justiz, W o o p, das Wort, um die Aufgaben der Fachschaft eindeutig darzulegen.

Die Bedeutung des Vortrages von Professor Dr. Dahm gebietet eine Würdigung in einem allgemeineren Rahmen, als ihn die wortgetreue Wiedergabe des Gesagten darstellt. Nicht das Fachwissen allein, nicht die Kenntnisse allein um die gegenwärtige Entwicklung des Strafverfahrens und ihr voraussichtlicher Abschluß sind es, die uns aufhorchen lassen, die unsere Gedanken in den Bann dieses Mannes zwingen, in dem wir einen von vielen Streitern in dem Kampf um eine gesunde und gerechte Strafrechtspflege erblicken. Es ist die Art, wie dieser Mann als Vertreter besten deutschen Gelehrtentums um die Wahrheit ringt, die Art, wie er dieses Ringen mit größter Klarheit dem Verständnis der Zuhörer erschließt. Das ewige Ringen des deutschen Gelehrten um höchste Erkenntnis, getragen von warmem Empfinden für sein Volk, dem sein Denken gilt. Aus seinen Worten spricht das hohe Verantwortungsgefühl, ohne das Aufgaben, wie die Reform des Strafverfahrens zu meistern, nie möglich sein würden.

Bergegenwärtigen wir uns die gewaltigen geschichtlichen Geschehnisse, die noch kaum hinter uns liegen — was sind drei Jahre im Weltgeschehen —, den gewaltigen Kampf der Ideen, der, auf weite Sicht gesehen, doch erst begonnen hat. Noch immer gehen die Wogen dieses großen Gedankenkampfes auf und ab und haben mit ihren Schwingungen den Gedankenkreis auch des bescheidensten Volksgenossen erfasst. Er fühlt das ununterbrochene Werden des Neuen, er fühlt das Gleichgewicht seiner Seele nur zu oft ins Schwanken geraten, und er braucht die verständnisvoll führende Hand, wie lange nicht zuvor.

Draußen in der Welt aber riecht es nach Pulver. Ferner Kanonendonner kündigt neues Weltgeschehen von unabsehbaren Folgen. In solcher Zeit spüren wir mehr als je die Größe der Aufgabe des deutschen Gelehrten. Sein Blick, geschärft durch die Erkenntnis des Geschehens weiter Zeiträume, sein Verantwortungsgefühl, gesteigert durch das Bewußtsein der hohen Aufgaben freier Forschung, bieten den unerläßlichen Ausgleich, den unentbehrlichen Ruhepunkt für alles nach Neugestaltung ringende Denken.

Und endlich ist es der Bekennermut, der jeden echt deutschen Gelehrten von jeher ausgezeichnet hat, der uns in seinem Bann zwingt. Daneben der völlige Verzicht auf die Phrase, mit der so oft die Mittelmäßigkeit über wahres Können siegt. So wurde der gestrige Vortrag über die Grundgedanken des neuen Strafrechts für die Zuhörer zu einem Erlebnis.

Aus der Fülle der Gedanken, mit denen der Vortragende den Hörer vertraut machte, können in diesem Rahmen nur einige wenige herausgegriffen werden, die die gewaltige Größe der Aufgabe einer Reform des Strafverfahrens erkennen lassen: Während die Revision des sogenannten materiellen Strafrechts, d. h. derjenigen Rechtsvorschriften, die sich mit der Feststellung der strafbaren Tatbestände und der daran geknüpften Strafe befassen, bereits weit fortgeschritten ist — die zweite Lesung des Entwurfs zum Strafgesetzbuch innerhalb der Kommission ist bereits beendet und auch der Praktiker-Ausschuß hat seinen Entwurf nahezu vollendet — ist über die Reform des Strafprozesses, d. h. des auf die Verwirklichung und Anwendung des Gesetzes gerichteten Verfahrens bisher nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen, auch ein abschließender Bericht daher nicht möglich. Der Vortragende beschränkte sich deshalb von vornherein auf die Darstellung der Grundzüge des neuen Verfahrens, wie sie schon heute erkennbar

Strafrechts. Wichtige Fragen, wie z. B. die Rechtsstellung des Verteidigers, mußten in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben.

Wie wenig es sich bei dem Strafverfahren um eine rein technische Angelegenheit handelt, wird jeder wissen, der einmal einer Strafverhandlung folgte. Ein Strafverfahren, das seine Aufgaben erfüllen soll, läßt sich von dem weltanschaulichen politischen Denken der Zeit niemals völlig losgelöst denken. Überaus klar und anschaulich schildert der Vortragende die gedanklichen Grundlagen der heute noch geltenden Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 und des Strafgesetzbuches vom Jahre 1871. Konservatives und autoritatives Streben nach Sühnung des Verbrechens, verbunden mit liberalistischer Fürsorge für den einzelnen und Mißtrauen gegen den Staat. Die Stellung des Richters, die Stellung des Staatsanwalts, die Stellung des Beschuldigten, alles läßt der Vortragende plastisch und klar an den Augen des Zuhörers vorbeiziehen, immer das Wesentliche hervorhebend.

Der frühere Gedanke, daß sich die Strafe der Individualität des Verbrechens anzupassen habe, daß ihr Zweck die Resozialisierung, d. h. die Wiedernutzbarmachung des Verbrechens für die Gesellschaft sei, ein Gedanke, der praktisch zu einer Umgestaltung des Strafverfahrens in ein Fürsorgeverfahren führen müßte, ist nicht konsequent durchgeführt worden, da die Stellung des Beschuldigten verschlechtert worden wäre. Man führte den Gedanken nur soweit aus, als die Stellung des Angeklagten verbessert wurde. So wurde die Sicherungsverwahrung nicht verwirklicht.

Ausdrücklich weist der Vortragende auf die Gefahren hin, die diese frühere Auffassung der Strafrechtspflege für die heutige Gestaltung bedeuten. Insofern nämlich, als sie leicht, das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen lassen könnten. Wirkliche Revolution besteht nicht darin, daß man das Unterste zu oberst kehrt; sie ist schöpferisches Denken, Überholung alter Gedanken durch neue!

Nicht darin erschöpft sich die hohe Aufgabe, daß kurzerhand Strenge an Stelle der Milde tritt. So wäre auch im Strafprozeß eine glatte Umkehrung der Dinge falsch. Nicht darf es heute heißen, die Stellung des Angeklagten soll möglichst schwach, diejenige des Staatsanwalts möglichst stark sein. Nur von hoher Ebene aus wird das richtige Blickfeld gewonnen.

So darf auch die Einrichtung eines öffentlichen Anklägers in Gestalt des heutigen Staatsanwalts nicht deshalb verworfen werden, weil sie sich aus dem Gedanken der französischen Revolution fortentwickelt hat. Der einzelne ist nicht Gegenspieler des Staats, sondern ein Mitglied der Gemeinschaft, dessen Stellung innerhalb der Gemeinschaft eben durch die gegen ihn erhobene Anklage fragwürdig geworden ist.

Damit berührt der Vortragende einen der grundlegenden Gedanken des neuen Rechts, nämlich den Gedanken der Ehre. Der Beschuldigte soll in Zukunft mehr als bisher in aller Augen, auch wenn er vor dem Richter steht, zunächst der vollwertige Volksgenosse sein, der einen gegen ihn erhobenen Vorwurf abwehrt. Der nicht vorbestrafte Beschuldigte gilt bis zum Beweise des Gegenteils als Ehrenmann. Die ungeheure praktische Bedeutung, die hierin für den einzelnen Volksgenossen liegt, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Es ist genau das Gegenteil des Gedankens, von dem der Inquisitionsprozeß beherrscht wird, des Gedankens, daß der Mann, den das Mißverhältnis der Justiz erfasst hat, zunächst einmal auf Grund des auf ihm lastenden Verdachts bereits eine Einbuße an Ansehen erlitten hat, die dazu berechtigt ihn gewissermaßen schon im Vorwege als Deliquenten zu behandeln. Der Inquisitionsprozeß ist — das hebt der Vortragende mit allem Nachdruck hervor — bolschewistisch und undeutsch. Jeder Gedanke an die Methoden eines Inquisitionsprozesses kann daher nicht scharf genug abgelehnt werden.

Grundgedanken des neuen Strafverfahrens.

So lautete das Thema eines Vortrages, den der Rektor der Universität Kiel, Professor Dr. Dahm, auf der ersten diesjährigen Bezirksversammlung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen hielt, der am gestrigen Abend in Hamburg stattfand. Senator Dr. Rothberger begrüßte als Gauführer die Versammelten; nach ihm ergriff der Leiter der Fachschaft Justiz, Woop, das Wort, um die Aufgaben der Fachschaft eindeutig darzulegen.

Die Bedeutung des Vortrages von Professor Dr. Dahm gebietet eine Würdigung in einem allgemeineren Rahmen, als ihn die wortgetreue Wiedergabe des Gesagten darstellt. Nicht das Fachwissen allein, nicht die Kenntnisse allein um die gegenwärtige Entwicklung des Strafverfahrens und ihr voraussichtlicher Abschluß sind es, die uns aufhorchen lassen, die unsere Gedanken in den Bann dieses Mannes zwingen, in dem wir einen von vielen Streitern in dem Kampf um eine gesunde und gerechte Strafrechtspflege erblicken. Es ist die Art, wie dieser Mann als Vertreter besten deutschen Gelehrtentums um die Wahrheit ringt, die Art, wie er dieses Ringen mit größter Klarheit dem Verständnis der Zuhörer erschließt. Das ewige Ringen des deutschen Gelehrten um höchste Erkenntnis, getragen von warmem Empfinden für sein Volk, dem sein Denken gilt. Aus seinen Worten spricht das hohe Verantwortungsgefühl, ohne das Aufgaben, wie die Reform des Strafverfahrens zu meistern, nie möglich sein würden.

Bergegenwärtigen wir uns die gewaltigen geschichtlichen Geschehnisse, die noch kaum hinter uns liegen — was sind drei Jahre im Weltgeschehen —, den gewaltigen Kampf der Ideen, der, auf weite Sicht gesehen, doch erst begonnen hat. Noch immer gehen die Wogen dieses großen Gedankenkampfes auf und ab und haben mit ihren Schwingungen den Gedankenkreis auch des bescheidensten Volksgenossen erfasst. Er fühlt das ununterbrochene Werden des Neuen, er fühlt das Gleichgewicht seiner Seele nur zu oft ins Schwanken geraten, und er braucht die verständnisvoll führende Hand, wie lange nicht zuvor.

Draußen in der Welt aber riecht es nach Pulver. Ferner Kanonendonner kündigt neues Weltgeschehen von unabsehbaren Folgen. In solcher Zeit spüren wir mehr als je die Größe der Aufgabe des deutschen Gelehrten. Sein Blick, geschärft durch die Erkenntnis des Geschehens weiter Zeiträume, sein Verantwortungsgefühl, gesteigert durch das Bewußtsein der hohen Aufgaben freier Forschung, bieten den unerläßlichen Ausgleich, den unentbehrlichen Ruhepunkt für alles nach Neugestaltung ringende Denken.

Und endlich ist es der Befehlernut, der jeden echt deutschen Gelehrten von jeher ausgezeichnet hat, der uns in seinen Bann zwingt. Daneben der völlige Verzicht auf die Phrase, mit der so oft die Mittelmäßigkeit über wahres Können siegt. So wurde der gestrige Vortrag über die Grundgedanken des neuen Strafrechts für die Zuhörer zu einem Erlebnis.

Aus der Fülle der Gedanken, mit denen der Vortragende den Hörer vertraut machte, können in diesem Rahmen nur einige wenige herausgegriffen werden, die die gewaltige Größe der Aufgabe einer Reform des Strafverfahrens erkennen lassen: Während die Revision des sogenannten materiellen Strafrechts, d. h. derjenigen Rechtsvorschriften, die sich mit der Feststellung der strafbaren Tatbestände und der daran geknüpften Strafe befassen, bereits weit fortgeschritten ist — die zweite Lesung des Entwurfs zum Strafgesetzbuch innerhalb der Kommission ist bereits beendet und auch der Praktiker-Ausschuß hat seinen Entwurf nahezu vollendet — ist über die Reform des Strafprozesses, d. h. des auf die Verwirklichung und Anwendung des Gesetzes gerichteten Verfahrens bisher nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen, auch ein abschließender Bericht daher nicht möglich. Der Vortragende beschränkte sich deshalb von vornherein auf die Darstellung der Grundzüge des neuen Verfahrens, wie sie schon heute erkennbar seien aus Folgerungen aus dem tragenden Gedanken des neuen

Strafrechts. Wichtige Fragen, wie z. B. die Rechtsstellung des Verurteilten, mußten in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben.

Wie wenig es sich bei dem Strafverfahren um eine rein technische Angelegenheit handelt, wird jeder wissen, der einmal einer Strafverhandlung folgte. Ein Strafverfahren, das seine Aufgaben erfüllen soll, läßt sich von dem weltanschaulichen politischen Denken der Zeit niemals völlig losgelöst denken. Überaus klar und anschaulich schildert der Vortragende die gedanklichen Grundlagen der heute noch geltenden Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 und des Strafgesetzbuches vom Jahre 1871. Konservatives und autoritatives Streben nach Sühnung des Verbrechens, verbunden mit liberalistischer Fürsorge für den einzelnen und Mißtrauen gegen den Staat. Die Stellung des Richters, die Stellung des Staatsanwalts, die Stellung des Beschuldigten, alles läßt der Vortragende plastisch und klar an den Augen des Zuhörers vorbeiziehen, immer das Wesentliche hervorhebend.

Der frühere Gedanke, daß sich die Strafe der Individualität des Verbrechens anzupassen habe, daß ihr Zweck die Resozialisierung, d. h. die Wiedernutzbarmachung des Verbrechens für die Gesellschaft sei, ein Gedanke, der praktisch zu einer Umgestaltung des Strafverfahrens in ein Fürsorgeverfahren führen müßte, ist nicht konsequent durchgeführt worden, da die Stellung des Beschuldigten verschlechtert worden wäre. Man führte den Gedanken nur soweit aus, als die Stellung des Angeklagten verbessert wurde. So wurde die Sicherungsverwahrung nicht verwirklicht.

Ausdrücklich weist der Vortragende auf die Gefahren hin, die diese frühere Auffassung der Strafrechtspflege für die heutige Gestaltung bedeuten. Insofern nämlich, als sie leicht das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen lassen könnten. Wirkliche Revolution besteht nicht darin, daß man das Unterste zu oberst kehrt; sie ist schöpferisches Denken, Überholung alter Gedanken durch neue!

Nicht darin erschöpft sich die hohe Aufgabe, daß kurzerhand Strenge an Stelle der Milde tritt. So wäre auch im Strafprozeß eine glatte Umkehrung der Dinge falsch. Nicht darf es heute heißen, die Stellung des Angeklagten soll möglichst schwach, diejenige des Staatsanwalts möglichst stark sein. Nur von hoher Ebene aus wird das richtige Blickfeld gewonnen.

So darf auch die Einrichtung eines öffentlichen Anklägers in Gestalt des heutigen Staatsanwalts nicht deshalb verworfen werden, weil sie sich aus dem Gedankengut der französischen Revolution fortentwickelt hat. Der einzelne ist nicht Gegenspieler des Staats, sondern ein Mitglied der Gemeinschaft, dessen Stellung innerhalb der Gemeinschaft eben durch die gegen ihn erhobene Anklage fragwürdig geworden ist.

Damit berührt der Vortragende einen der grundlegenden Gedanken des neuen Rechts, nämlich den Gedanken der Ehre. Der Beschuldigte soll in Zukunft mehr als bisher in aller Augen, auch wenn er vor dem Richter steht, zunächst der vollwertige Volksgenosse sein, der einen gegen ihn erhobenen Vorwurf abwehrt. Der nicht verurteilte Beschuldigte gilt bis zum Beweise des Gegenteils als Ehrenmann. Die ungeheure praktische Bedeutung, die hierin für den einzelnen Volksgenossen liegt, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Es ist genau das Gegenteil des Gedankens, von dem der Inquisitionsprozeß beherrscht wird, des Gedanken, daß der Mann, den das Räderwerk der Justiz erfasst hat, zunächst einmal auf Grund des auf ihm lastenden Verdachts bereits eine Einbuße an Ansehen erlitten hat, die dazu berechtigt ihn gewissermaßen schon im Vorwege als Delinquenten zu behandeln. Der Inquisitionsprozeß ist — das hebt der Vortragende mit allem Nachdruck hervor — bolschewistisch und undeutlich. Jeder Gedanke an die Methoden eines Inquisitionsprozesses kann daher nicht scharf genug abgelehnt werden.

werden!

Aus dieser Einstellung dem Beschuldigten bzw. Angeklagten gegenüber ergibt sich als selbstverständliche Folgerung, daß auch der Angeklagte sich als Ehrenmann zu benehmen hat und daß er von dieser Pflicht nicht dadurch befreit wird, daß er sich selbst belastet, indem er der Wahrheit die Ehre gibt. So wird es in Zukunft bei der Strafzumessung erschwerend ins Gewicht fallen dürfen, wenn der Angeklagte dem Gericht bewußt die Unwahrheit gesagt hat.

In hochbedeutenden Ausführungen befaßte sich der Vortragende mit der Frage, ob und in welchem Umfange der Staatsanwalt verpflichtet sein soll, ihm zur Kenntnis gebrachte strafbare Handlungen zu verfolgen. Auch die für den einzelnen Volksgenossen überaus wichtige Frage der Verhaftung fand eingehende Berücksichtigung.

Es folgten eingehende Ausführungen über den Inhalt des Urteils. Heute kann sich, wer die ihm zur Last gelegte Tat nicht begangen hat, und „mangels Beweises“ freigesprochen wird, nicht dagegen wehren, daß ihm vorgeworfen wird, die Tat begangen zu haben oder doch im starken Verdacht der Begehung zu stehen. Künftig soll dem Angeklagten auch gegen ein solches freisprechendes Urteil ein Rechtsmittel gegeben sein.

Die ganze Größe der Aufgabe, die darin liegt, ein Recht zu schaffen, das das Volk versteht und in dessen Verwirklichung es notwendige und hohe Aufgaben im Interesse des Volksganges erkennt, wurde durch die Darlegungen des Vortragenden offenbar.

Als Ergebnis des Vortrags nahm der Hörer die Überzeugung mit, daß wir Vertrauen haben dürfen zu den Männern, die heute in vorderster Linie um eine Neugestaltung des Strafrechts und damit des Strafverfahrens ringen. Dieses Vertrauen in weite Kreise zu tragen, Verständnis für die Größe und die Schwierigkeit der Aufgabe überall zu wecken, wo es fehlt, dazu gibt der gestrige Vortrag entscheidenden Ansporn.

Datum 31. Jan. 1936

Hamburger Nachrichten

Nr. 31

Die Einführungsfeier des Reichsoberseeamts.

Präsident Senator Dr. Rothenberger über die neuen Aufgaben des ROS.

Am Freitag um 9 Uhr erfolgte, wie wir bereits kurz ankündigten, im mit der Reichsflagge, mit Grün und Blumen geschmückten Plenarsaal des Hanseatischen Oberlandesgerichtes die feierliche Einführung des Reichsoberseeamts, dessen Sitz bekanntlich von Berlin nach Hamburg verlegt worden ist. Einleitend spielte das

Orchester, die hohe Achtung, die das deutsche Seeamtswesen sich erworben habe, auch weiterhin zu erhalten. Er führte sodann den neuen Präsidenten des ROS., Senator Dr. Rothenberger, und seinen Vertreter in das Amt ein in der Erwartung, daß ihnen von allen Seiten die erforderliche Unterstützung in ihrer Arbeit zuteil werden.

Anschließend sprach

Regierender Bürgermeister Krogmann

dem Staatssekretär Koenigs zugleich im Namen des Reichsstatthalters und des Senats seinen Dank für die Teilnahme an der heutigen Feier aus. Er begrüßte den neuen Präsidenten des ROS. und betonte, daß die Verlegung des ROS. nach Hamburg einem alten Hamburger Wunsche entsprochen habe. Sie werde für alle Kreise der Seeschifffahrt nur Gewinn bringen. Das ROS. genieße Gastrecht in den schönen Räumen des Hanseatischen Oberlandesgerichtes. Er hoffe, daß die Erwartungen, die sich an die Verlegung des Amtes nach Hamburg knüpfen, voll erfüllen werden.

Nachdem das Groetsch-Quartett die Ratifikationen A-Dur von Beethoven zu Gehör gebracht hatte, ergriff der Vorsitzende des Reichsoberseeamts

Senator Dr. Rothenberger

das Wort. Er sprach zunächst im Namen der Mitglieder des ROS. seinen Dank für das durch die Ernennungen bekundete Vertrauen aus und führte weiter etwa folgendes aus: Wir werden versuchen, das ROS. in Hamburg zu einer NS. Zelle des Reiches auszugestalten, d. h. wir werden eifern unsere Pflicht tun, wir werden Kameradschaft halten untereinander und zu allen Organisationen der Seeschifffahrt, und vor allem werden wir uns immer bewußt sein, daß das ROS. nicht Selbstzweck ist, sondern lediglich da ist des deutschen Seemanns und der Sicherheit der deutschen Seeschifffahrt wegen.

Wir stehen in mancher Beziehung vor einer ganz neuen Aufgabe. Das ROS. hat nicht mehr nur wie bisher über Patententziehungen zu entscheiden, sondern darüber hinaus über alle Unfälle, bei denen ein schuldhaftes Verhalten eines Beteiligten vorliegt. Dadurch wird das ROS. wirkliche Berufungsinstanz und letzte Instanz für alle Seeunfälle in Deutschland. Und erst dadurch kommt es in die Lage, eine einheitliche Spruchpraxis für ganz Deutschland zu begründen. Das ist die erste Aufgabe, die mir am Herzen liegt.

Über die eigentliche Spruchpraxis hinaus wird das ROS. bestrebt sein müssen, auch verwaltungstechnisch Führer und Berater zu sein. Die Verlegung des ROS. an die Wasserfront, wo alle Beteiligten ihren Sitz haben, wird den ganz großen Gewinn bringen, daß die Verfahren rasch, billig und in einer den Betrieb der Schifffahrt möglichst wenig störenden Weise durchgeführt werden können.

Und Voraussetzung jeder als gerecht empfundenen Entscheidung ist die Unabhängigkeit des Gerichts. Schon äußere Umstände mußten vermieden werden, die die Unabhängigkeit des ROS. mit seinem neuen Sitz in Hamburg zu beeinträchtigen schienen. Die seit langem erstrebte Verlegung von Berlin nach Hamburg wurde früher u. a. abgelehnt, um nicht den Sitz der letzten Instanz in das „Interessens-Kampfgelände“ hinauszuberlegen. Nun, ich glaube, schon das Gebäude des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, dessen Rechtsprechung gerade auf dem Gebiete des Seerechts seit fünfzig Jahren dominierend ist, bietet genügend Gewähr dafür, daß hier kein Interessenskampf Eingang finden kann.

Die Verlegung nach Hamburg wird sich auch auf das Verhältnis zwischen den Seeämtern und der deutschen Seeschifffahrt günstig auswirken müssen. Denn hier ist die so dringend notwendige Verbindung und engste Fühlungnahme zu allen in der Schifffahrt in Betracht kommenden Berufskreisen leichter möglich als in Berlin. In Hamburg haben ihren Sitz u. a. der Führer der deutschen Seeschifffahrt, die größten Reedereien und Werften, der Verband Deutscher Reeder, die „Seeberufsgenossenschaft“, die „Abteilung Seeschifffahrt der Deutschen Arbeitsfront“ und der Auslandsorgane der NSDAP., der „Verband seemannischer Angestellter“, der „Ver-



Senator Dr. Rothenberger, Vorsitzender des Reichsoberseeamts.
(Nach einer Radierung von Denzel.)

Groetsch-Quartett das Reiterquartett von Haydn. Danach nahm Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium

Dr. Koenigs

das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der deutschen Seeämter gab, die durch Gesetz vom 27. Juli 1877 eingeführt wurden, um die Ursachen der Schiffsunfälle festzustellen mit dem Recht, gegen Schiffsführer auf Entziehung der Gewerbebefugnis zu erkennen. Während das ROS. in den letztvergangenen Jahrzehnten lediglich hinsichtlich der Gewerbebefugnisentziehung als Berufungsinstanz in Frage kam, erweiterte das Gesetz vom 28. September 1935 seine Zuständigkeit auf diejenigen Sprüche der Seeämter, in denen Tadel ausgesprochen wird. Das bedeutet einen gesteigerten Umfang seiner Arbeit und bedingte seine Verlegung nach Hamburg. Der Staatssekretär gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es dem ROS. ge-

band „Deutscher Seeschiffer“, der „Deutsch-Nautische Verein“ usw. Für alle soll das RDS nicht eine Behörde im bürokratischen Sinne, sondern Freund und Berater sein.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit aber muß stehen das wertvollste Gut der Nation: der Mensch, also der deutsche Seemann. Schiffe können ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie von Menschen belebt und geführt werden, die mit dem Bewußtsein hinauszufahren, daß sie gerade bei ihrem höchsten Berufsgericht vollstes Verständnis finden für ihre Leiden, für ihre Hoffnungen und Entschliebungen. Kein menschliches Wissen wurde mit größeren Opfern erlauft als die Kunst der Seefahrt.

Das sind die Grundsätze, nach denen die Mitglieder des RDS arbeiten werden. Sie freuen sich, zu ihrem Teil mitarbeiten zu können an der Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt. Ein altes Wort sagt, daß man den Wert einer Sache erst erkennt, wenn man sie verloren hat. Das war bei der Schiffahrt bei Ausbruch des Krieges und später in den Jahren 1929 bis 1933 der Fall, als der gesamte Welthandel stockte, als unsere Schiffe reihenweise auf den „Friedhöfen“ lagen und dem Verrosten und Verkommen ausgesetzt waren. Der Führer war es, der die Bedeutung der Seeschiffahrt trotz anhaltender Stockungen des Welthandels für Deutschland erkannte. Er hat den deutschen Seeleuten wieder die Möglichkeit gegeben, mitzuhelfen in Deutschlands Kampf um seine Existenz und um seine Geltung auf der See. Ihm gilt daher unser Gruß.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Nationalhymnen fand die Feier ihren Abschluß.



Von links: Oberlandesgerichtsrat Dr. Rittmeyer, Stellvertreter des Vorsitzenden des Reichsoberseesamtes; Konteradmiral a. D. Köhler, ständiger schiffahrtskundiger Beisitzer; Kapitän Klemp, Leiter der Abteilung Seefahrt der Auslands-Organisation der RSDAP. Hamburg; Stellvertreter des schiffahrtskundigen ständigen Beisitzers des Reichsoberseesamtes.

Frege.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 126

Das neue Rechtsdenken

Senator Dr. Rothenberger in der Volkshochschule

Senator Dr. Rothenberger, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, sprach im Rahmen des Vortragswesens der Volkshochschule über das neue Rechtsdenken in einem gleicherweise durch klares juristisches Denken, enge geistige Verbundenheit mit den Zielen der nationalsozialistischen Rechtspflege, wesenhaftes Eindringen in das nationalsozialistische Rechtsdenken wie durch eine allgemeinverständliche Form ausgezeichneten Vortrag.

An drei besonderen Gebieten erläuterte der Redner die zu erstrebenden Verwirklichungen der nationalsozialistischen Rechtsform: am Staatsrecht, Strafrecht und bürgerlichen Recht. Besonders die neuen staatsrechtlichen Auffassungen müssen Gemeingut des ganzen Volkes werden, weil gegenüber den früheren staatsrechtlichen Verhältnissen der nationalsozialistische Führerstaat das Volk in den Mittelpunkt des Staatsrechts gestellt hat. Der Führer verkörpert das Wesen dieses Volkes, dem dieses nicht als Untertan, sondern aus Treue und Überzeugung anhängt. Der Staat ist heute die Organisation, ja schlechthin die Lebensform dieses Volkes, dessen Säulen Beamtentum und Wehrmacht als statisches, die nationalsozialistische Bewegung als dynamisches staatliches Moment sich darstellen. Der Sinn der Bewegung und Partei ist es, den Staat mit dem nationalsozialistischen Geiste immer tiefer zu erfüllen, das deutsche Volk politisch zu bilden und ihm eine politische Führerschicht zu schaffen und zu erhalten. Aus diesen Aufgaben ergibt sich auch die staatsrechtliche Stellung der Partei im und zum Staat und weiterhin die erhöhte rechtliche Verpflichtung aller Parteimitglieder gegenüber den staatsrechtlichen wie staatsethischen Forderungen des Nationalsozialismus.

Senator Rothenberger behandelte weiter in eindringlicher Weise unter instruktiver Hervorhebung der neuen Rechtsgrundlagen und -auffassungen die Neuorganisation des Strafrechts und der Stellung des Richters, wie die Neuformung des bürgerlichen Rechts. Der Richter ist der berufene Vollstrecker des Führerwillens und muß darum Nationalsozialist sein.

Hamburger Tageblatt

Nr. 325

1939: mehr freie Stellen als Bewerber

Senator Rothenberger sprach über die Berufsaussichten der Rechtswahrer

Die Fachgruppe Junge Rechtswahrer (Referendare) des NS. Rechtswahrerbundes, Gau Hamburg, veranstaltete ihre diesjährige Fachgruppenversammlung, zu der neben sämtlichen Mitgliedern eine größere Anzahl preußischer Gastreferendare sowie Vertreter des NS-Studentenbundes erschienen waren.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch Gaugruppenwalter Pg. Referendar Dauwes sprach der Gauführer, Oberlandesgerichtspräsident Pg. Senator Dr. Rothenberger über die heute so brennende Frage „Berufsaussichten der jungen Rechtswahrer“. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen seit 1933 die zirka 300 hamburgischen Assessoren fast ausnahmslos im Justizdienst, der Anwaltschaft und in der freien Wirtschaft untergekommen seien, bezeichnete der Oberlandesgerichtspräsident die Berufsaussichten als durchaus günstig. Zwar würde in den Jahren 1937/38 im Justizdienst und in der Anwaltschaft zunächst ein größeres Angebot als Nachfrage vorhanden sein. Aber dafür böten heute die freie Wirtschaft, die Arbeitsfront und der kändische Aufbau bessere Beschäftigungsaussichten. Von 1939 an verschiebe sich das Bild bereits erheblich und es würden von diesem Zeitpunkt an in Hamburg im Justizdienst und auch in der Anwaltschaft voraussichtlich mehr freie Stellen vorhanden sein als Bewerber.

Was die Voraussetzungen für die Aufnahme in den Justizdienst und in die Anwaltschaft angehe, so werde nach wie vor ein zuverlässiges Fachwissen verlangt, daneben aber, — und darauf komme es im nationalsozialistischen

Staat besonders an, — habe der junge Rechtswahrer unter Beweis zu stellen, ob und in welchem Maße er sich aktiv in der Bewegung oder ihren Gliederungen betätigt habe. Für alle Berufsarten der jungen Rechtswahrer, ob im Justizdienst, ob in der Anwaltschaft oder sonst an verantwortlicher Stelle, gelte das gleiche: Wer ein guter Fachmann und zugleich ein guter Nationalsozialist ist, wird stets sein Unterkommen finden und braucht um seine Zukunft nicht besorgt zu sein.

Nach dem Gauführer sprach Pg. Staatsrat Dr. Becker über das Thema „Partei und Staat“, zu dem er in grundsätzlichen Ausführungen Stellung nahm. Die gesetzliche Grundlage sei durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom Dezember 1933 gegeben. Auf ihr baue sich die Weiterentwicklung auf. Das geistige Fundament aber und zugleich das Bindeglied zwischen Partei und Staat sei die nationalsozialistische Weltanschauung. Wer an führender Stelle im Staat tätig sein wolle, den müsse die nationalsozialistische Weltanschauung restlos erfüllen. Nach dem Willen des Führers sollen künftig Führerstellen im Staate nur unbedingt zuverlässige Nationalsozialisten, in erster Linie Parteigenossen, innehaben. Es sei deshalb selbstverständlich, daß auch der junge Rechtswahrer, der einmal in verantwortliche Stelle im Staate tätig sein wolle, ein vorbildlicher Nationalsozialist sein müsse. Er müsse hineingehen in die Bewegung und aktiv in ihr mitarbeiten. Das sei die Forderung der NSDAP. und in Bezug auf die hamburgischen Rechtswahrer der besondere Wunsch des Gauleiters.

An den offiziellen Teil des Abends schloß sich ein kameradschaftliches Beisammensein an.

Hamburger Nachrichten

Nr. 90 •

v. P. Horn
29. April 1937

Feierlicher Akt im Oberlandesgericht.

Übernahme der neuen Rechtsgebiete durch den Oberlandesgerichtspräsidenten.

In den frühen Morgenstunden fand in der Halle des Oberlandesgerichts ein feierlicher Akt stand, in dessen Rahmen unter Anwesenheit aller führenden Persönlichkeiten des Rechtslebens der alten und der neuen Rechtsgebiete des Oberlandesgerichtsbezirkes Groß-Hamburg die neuen Rechtswahrer feierlich übernommen und den scheidenden der Dank für ihre langjährige treue Mitarbeit ausgesprochen wurde. Bei allen stand das große, stolze Gefühl, daß hier eine Tat vollbracht worden ist, die eine der geschlossensten Gerichtsorganisationen im Deutschen Reich schuf, und daß die Härten, die hier und da vorübergehend für den einzelnen sich fühlbar machen, gern getragen werden zugunsten des großen Ganzen!

Die Feierstunde wurde stimmungsvoll eingeleitet durch das Vorspiel zu den Meistersingern. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rothenberger begrüßte die Gäste aufs herzlichste. Als Vertreter des Reichsministers der Justiz ergriff Ministerialdirektor Dr. Schneller das Wort. Er verglich die alten Gerichtsorganisationen des deutschen Reiches mit dem, was heute in langer, mühseliger Arbeit erreicht worden ist und stellte klar die Vorteile der neuen Einteilung in verwaltungstechnischer Hinsicht sowie im Hinblick auf Rechtswahrer und Rechtspfleger heraus.

Anschließend ergriffen die Oberlandesgerichtspräsidenten von Kiel und Celle das Wort, um den scheidenden Arbeitskameraden Lebenswohl zu sagen und ihre neuen Kameraden willkommen zu heißen. Die großen Verdienste und die Bedeutung der einzelnen Bezirke kam in diesen Ausführungen deutlich zum Ausdruck, vor allem die Stellung des Rechtswesens in Harburg-Wilhelmsburg, das rechtlich nun 25 Jahre zum Oberlandesgerichtsbezirk Celle gehörte. Dem nach Frankfurt scheidenden Landgerichtspräsidenten Dr. Kommerenig (Altona) widmete Präsident Dr. Martin besonders herzliche Worte des Dankes für sein verdienstvolles Wirken in den Jahren seit dem Umbruch.

Im Mittelpunkt der Feierstunde aber stand die Rede des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Rothenberger, der als alter Cuxhavener zunächst seinen ganz persönlichen Gefühlen anlässlich des Ausscheidens seiner Cuxhavener Ausdruck verlieh, um dann in knappen Sätzen die ganze Bedeutung dieses 1. April zu umreißen und offiziell die neuen, jetzt dem Oberlandesgerichtsbezirk Groß-Hamburg unterstellten Gebiete zu übernehmen. Er führte im Verlauf seiner Rede weiter aus:

Heute erfolgt der erste große Schritt zur deutschen Reichsreform in territorialer Beziehung. Daß dieser politischen und wirtschaftlichen Neugliederung die Änderung der Gerichtsgrenzen folgen mußte, stand und steht außer jeder Diskussion. Gleichwohl soll man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede Änderung — und mag sie noch so notwendig für die Zukunft sein — im Augenblick für den einzelnen schmerzhaft sein kann. Ich denke da an meine eigene Heimat: Cuxhaven, dessen Gericht ich heute an Celle übergebe. Cuxhavener, ich vergesse euch nicht, weil ihr ein Stück meiner selbst seid. Legt Ehre ein für Hamburg! Gewiß, wir sind nicht Preußen und Hanseaten geworden, sondern wir sind alle Deutsche, und ich bin fest davon überzeugt, daß schon nach einem Jahr keiner mehr unter uns ist, der nicht auch gefühlsmäßig den neuen Zustand als selbstverständlich ansieht. Und doch habe ich Verständnis für die Übergangsschmerzen, weil sowohl im Hanseatentum wie im Preußentum eine ungeheure Tradition liegt. Wir können aus den alten Quellen, soweit sie über Rechtsstreitigkeiten und sonstige rechtliche Fragen Angaben enthalten, den geschilderten Gegensatz gut verfolgen. So wird z. B. der Name Altona häufig dahin gedeutet, daß es Hamburg „allzu nah“ läge, Hamburg also offenbar lieber gesehen hätte, daß es ein gut Stück weiter entfernt gelegen hätte. Und auch der Name Dölgönne („übel gönnen“) soll auf das wenig herzliche Verhältnis Hamburgs zu seinen Nachbarorten hinweisen. Die Dänenkönige haben anscheinend auch Altona, nachdem sie ursprünglich Krempe und Glückstadt als Konkurrenz für Hamburg außersehen hatten, ihre besondere Förderung zuteil werden lassen, um einen Stützpunkt gegen Hamburg zu errichten. Dieses Ziel suchten sie z. Teil dadurch zu erreichen, daß sie gegenüber der strengen Ordnung in der alten Hansestadt Hamburg in Altona die allgemeine Freiheit des Gewerbes und der Religions-

Feierlicher Akt im Oberlandesgericht.

Übernahme der neuen Rechtsgebiete durch den Oberlandesgerichtspräsidenten.

In den frühen Morgenstunden fand in der Halle des Oberlandesgerichts ein feierlicher Akt stand, in dessen Rahmen unter Anwesenheit aller führenden Persönlichkeiten des Rechtslebens der alten und der neuen Rechtsgebiete des Oberlandesgerichtsbezirk Groß-Hamburg die neuen Rechtswahrer feierlich übernommen und den scheidenden der Dank für ihre langjährige treue Mitarbeit ausgesprochen wurde. Bei allen stand das große, stolze Gefühl, daß hier eine Tat vollbracht worden ist, die eine der geschlossensten Gerichtsorganisationen im Deutschen Reiche schuf, und daß die Härten, die hier und da vorübergehend für den einzelnen sich fühlbar machen, gern getragen werden zugunsten des großen Ganzen!

Die Feierstunde wurde stimmungsvoll eingeleitet durch das Vorspiel zu den Meistersingern. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rothenberger begrüßte die Gäste aufs herzlichste. Als Vertreter des Reichsministers der Justiz ergriff Ministerialdirektor Dr. Schneller das Wort. Er verglich die alten Gerichtsorganisationen des deutschen Reiches mit dem, was heute in langer, mühseliger Arbeit erreicht worden ist und stellte klar die Vorteile der neuen Einteilung in verwaltungstechnischer Hinsicht sowie im Hinblick auf Rechtswahrer und Rechtspfleger heraus.

Anschließend ergriffen die Oberlandesgerichtspräsidenten von Kiel und Celle das Wort, um den scheidenden Arbeitskameraden Lebewohl zu sagen und ihre neuen Kameraden willkommen zu heißen. Die großen Verdienste und die Bedeutung der einzelnen Bezirke kam in diesen Ausführungen deutlich zum Ausdruck, vor allem die Stellung des Rechtswesens in Hamburg-Wilhelmsburg, das rechtlich nun 25 Jahre zum Oberlandesgerichtsbezirk Celle gehörte. Dem nach Frankfurt scheidenden Landgerichtspräsidenten Dr. Kommerenberg (Altona) widmete Präsident Dr. Martin besonders herzliche Worte des Dankes für sein verdienstvolles Wirken in den Jahren seit dem Umbruch.

Im Mittelpunkt der Feierstunde aber stand die Rede des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Rothenberger, der als alter Cuxhavener zunächst seinen ganz persönlichen Gefühlen anlässlich des Ausscheidens seiner Cuxhavener Ausdruck verlieh, um dann in knappen Sätzen die ganze Bedeutung dieses 1. April zu umreißen und offiziell die neuen, jetzt dem Oberlandesgerichtsbezirk Groß-Hamburg unterstellten Gebiete zu übernehmen. Er führte im Verlauf seiner Rede weiter aus:

Heute erfolgt der erste große Schritt zur deutschen Reichsreform in territorialer Beziehung. Daß dieser politischen und wirtschaftlichen Neugliederung die Änderung der Gerichtsgrenzen folgen mußte, stand und steht außer jeder Diskussion. Gleichwohl soll man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede Änderung — und mag sie noch so notwendig für die Zukunft sein — im Augenblick für den einzelnen schmerzhaft sein kann. Ich denke da an meine eigene Heimat: Cuxhaven, dessen Gericht ich heute an Celle übergebe. Cuxhavener, ich vergesse euch nicht, weil ihr ein Stück meiner selbst seid. Legt Ehre ein für Hamburg! Gewiß, wir sind nicht Preußen und Hanseaten geworden, sondern wir sind alle Deutsche, und ich bin fest davon überzeugt, daß schon nach einem Jahr keiner mehr unter uns ist, der nicht auch gefühlsmäßig den neuen Zustand als selbstverständlich ansieht. Und doch habe ich Verständnis für die Übergangsschmerzen, weil sowohl im Hanseatum wie im Preußentum eine ungeheure Tradition liegt. Wir können aus den alten Quellen, soweit sie über Rechtsstreitigkeiten und sonstige rechtliche Fragen Angaben enthalten, den geschilderten Gegensatz gut verfolgen. So wird z. B. der Name Altona häufig dahin gedeutet, daß es Hamburg „allzu nah“ läge, Hamburg also offenbar lieber gesehen hätte, daß es ein gut Stück weiter entfernt gelegen hätte. Und auch der Name Ovelgönne („übel gönnen“) soll auf das wenig herzliche Verhältnis Hamburgs zu seinen Nachbarorten hinweisen. Die Dänenkönige haben anscheinend auch Altona, nachdem sie ursprünglich Fremde und Glückstadt als Konkurrenz für Hamburg ausersahen hatten, ihre besondere Förderung zuteil werden lassen, um einen Stützpunkt gegen Hamburg zu errichten. Dieses Ziel suchten sie z. Teil dadurch zu erreichen, daß sie gegenüber der strengen Ordnung in der alten Hansestadt Hamburg in Altona die allgemeine Freiheit des Gewerbes und der Religionsausübung zum Grundsatz erhoben, so daß in Altona in dieser Hinsicht eine weit größere Freiheit bestand, woher ja auch die uns allen bekannten Namen Große und Kleine Freiheit stammen sollen. An Stelle aller weiteren Einzelheiten sei nur auf das früher in Hamburg umgehende Sprichwort verwiesen: Wer will stehlen und nicht hängen, der geh' nach Altona und lasse sich fangen. Auch in den Gerichtszuständen ist also offenbar damals eine etwas groteske Gegensatzlichkeit bewußt aufrechterhalten worden.

wenden.

Ähnlich stand es um das Verhältnis Hamburgs zu Harburg. Harburg trat seit dem 17. Jahrhundert in einen scharfen Konkurrenzkampf zu Hamburg; es erschien daher den damaligen Hamburgern als leidiger Parasit, wie ein Historiker zu berichten weiß. Aber in großen geschichtlichen Momenten, besonders in Zeiten der Not, hat sich schon früher der einheitliche deutsche Gedanke und das Gemeinschaftsbewußtsein in diesem Gebiet glänzend gewährt. Als der Marschall Davoust 1813 20 000 Hamburger bei schärfster Winterröte aus der Stadt ins Land hinaustrieb, offenbarte sich die edelmütige Gesinnung der Altonaer, Wandsbeker und Harburger, die in rührender Fürsorge Tausenden dieser Unglücklichen das Leben retteten.

Unter dem heute hamburgisch werdenden Gebiet verbirgt sich eine sehr eigenwillige Geschichte und stolze Tradition.

Und diese Erkenntnis steht am Anfang jeder meiner Maßnahmen.

Die Justiz im Dritten Reich darf keine preussische Justiz, sie darf auch keine hanseatische Justiz, sie muß eine deutsche Reichsjustiz sein. Sie muß sich aufbauen auf der Tradition aller deutschen Länder, und so sehe ich gerade in der heute erfolgenden Verbindung zwischen Preußentum und Hanseentum eine besondere Verpflichtung für mich.

Ich sehe im Preußentum nicht ein zufälliges Geborensein in einem früheren deutschen Staat, sondern ein Lebensgefühl, einen Instinkt, ein Nichtanderskönnen, eine nette Bereitschaft zu eiserner Pflichterfüllung und Disziplin nicht der Person, sondern der Sache wegen, kurz: bestes Soldatentum in der gesamten Lebenshaltung. Und die Vermischung dieses Typus mit dem frischen Wagemut des Hanseentums mit seiner Beweglichkeit und Wendigkeit, mit seiner Wirtschaftserfahrung, mit seiner ungestümen Ruhelosigkeit, seiner Großzügigkeit und mit seinem Blick in die Welt und seiner Sehnsucht nach Wasser, Wind, Wolken und Weite ist das Ideal, das ich mir für den Richter, Beamten und Angestellten des neuen Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg vorstelle. Ich betrachte es als ein gutes Geschick, daß wir die Geburtsstunde von Groß-Hamburg am 122. Geburtstag des Mannes feiern, der stets besonderen Stolz darüber empfand, Sproß eines alten preussischen Geschlechts und Erbe bester Preußentradition zu sein, des Gründers und Schmiedes des Deutschen Reiches, Otto von Bismarck. Denn Bismarck hatte ein besonders herzliches Verhältnis zum Hanseentum, und Hamburg errichtete ihm eines der gewaltigsten Denkmäler, ein vielverheißendes Symbol für eine glückliche Verschmelzung von bestem Preußentum und stolzem Hanseentum. Unter dieses Symbol wollen auch wir, meine Kameraden aus den bisher preussischen Gebieten, unseren heutigen Festakt und unsere künftige Gemeinschaftsarbeit stellen.

Ich richte daher die dringende Bitte an alle meine bisherigen Mitarbeiter: übertragt die in den letzten vier Jahren unter uns entstandene und so oft bewährte Kameradschaft von heute an auch auf sämtliche neuen Kameraden. Vergeht nicht, daß die Neuzinkommenden im Augenblick etwas aufgeben, was ihnen lieb geworden ist, daß sie sich eingewöhnen müssen in die neuen Verhältnisse und daß sie mitbringen eine preussische große Tradition.

Es gibt für mich keinen Unterschied zwischen Hamburgern, Altonaern, Harburgern und Wandsbekern, und ebensowenig gibt es für mich einen Unterschied zwischen Richtern und Nichtrichtern, zwischen RSNB. und Fachschaft, zwischen Rechtspflegern und unteren Beamten, zwischen Beamten und Angestellten. Es gibt für mich nur einen Unterschied, der allerdings auch ausschlaggebend bei jeder Personalmaßnahme ist: Nationalsozialist und Nichtnationalsozialist.

Und noch eine besondere Bitte habe ich an die Beamten und Angestellten der neuen Hamburger Gerichte: Werdet Groß-Hamburger! Ich habe Achtung vor eurer Tradition, aber aus der Tradition will ich Neues bauen. Ich werde in absehbarer Zeit Beamte und Angestellte der Hamburger Gerichte an die Gerichte der neuen Gebiete versetzen, und umgekehrt wird es mein Bestreben sein, in der nächsten Zeit möglichst jeden Mitarbeiter der neuen Gerichte persönlich kennenzulernen, mir ein Bild von seiner Arbeit und seinem Charakter zu machen, damit ich jeden in dem großen Gebiet an dem Platz verwenden kann, den er nach Leistung und nationalsozialistischer Haltung verdient. Besonderen Wert lege ich auch darauf, daß die neuen Gerichte an den maßgebendsten Stellen entsprechend vertreten sind.

Aus demselben Geiste heraus werden die Verhältnisse der Rechtsanwälte und der Notare geregelt werden. Ich

habe es bedauert, daß vor Erlass der Reichsnotariatsordnung gewisse Hoffnungen dahin enttanden sind, daß das Ziel die Institution der Anwaltsnotare sei, die dann in Groß-Hamburg auch noch beim Oberlandesgericht zugelassen würden. Die inzwischen erfolgte gesetzliche Regelung ist bekannt. Sie ist die Grundlage; besondere Härtefälle, die sich aus ihr ergeben, werden einzeln geprüft und ausgeglichen werden. Besondere Berücksichtigung werden diejenigen finden, die infolge Neuabgrenzung der Gerichtsbezirke geschädigt sind. So können auch die Rechtsanwälte und Notare überzeugt sein, daß keine Veranlassung besteht, der Neugliederung der Gerichte besorgt entgegenzusehen.

Zusammen mit der justizmäßigen Betreuung übernehme ich auch in meiner Eigenschaft als Gaurechtsamtsleiter und als Gauführer des RSNB. insoweit die ehemaligen Bezirke der Gaue Ost-Hannover und Schleswig-Holstein. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß die Vereinigung der Stellung als Oberlandesgerichtspräsident und als Gauführer sich in Hamburg bisher glücklich ausgewirkt hat, und ich hoffe, daß das auch für den erweiterten Gau gelten wird. Ich bin glücklich darüber, daß eine Reihe bewährter alter Parteigenossen mir in den neuen Gebieten bei meiner Arbeit zur Seite stehen wird. Im Rahmen der im Zuge befindlichen Neuordnung der Bezirke werde ich vor allem für die Selbständigkeit der bisherigen preussischen Bezirke eintreten.

Allen diesen Bestrebungen kommt m. E. ein glückliches Moment aufzutreten: der Führer und Reichskanzler hat zum 1. April 1937 den bisherigen Amtsgerichtsdirektor Korn zum Präsidenten unseres neuen Landgerichts für Groß-Hamburg ernannt.

Herr Präsident Korn, ich führe Sie hiermit im Auftrage des Herrn Reichsministers der Justiz in Ihr neues Amt ein. Wenn ich es als ein glückliches Moment hervorgehoben habe, daß Sie gerade zum heutigen Tage ernannt sind, so scheint mir das deswegen gerechtfertigt zu sein, weil Sie mit Ihrem Wirken einen neuen Abschnitt in der traditionsreichen Geschichte der beiden Landgerichte Hamburg und Altona eröffnen sollen. Nicht nur Ihre fachlichen und persönlichen Eigenschaften, sondern besonders Ihre politische Aktivität, die Sie als Staatsanwalt in politischen Pro-

zessen, als Vertreter des Amtsgerichtspräsidenten, als Truppführer im RSNB. und als Ortsgruppenobmann im RSNB. bewiesen haben, haben mich veranlaßt, Sie vor diese neue schwere Aufgabe zu stellen. Sowohl Herr Landgerichtspräsident Dr. Pommerening, der inzwischen eine ehrenvolle Berufung zum Präsidenten des Landgerichts in Frankfurt a. M. erhalten hat, als auch der vor einiger Zeit ausgeschiedene Herr Landgerichtspräsident Schmidt überlassen Ihnen eine Behörde, in der die günstigsten Vorbedingungen für die Schaffung eines gesinnungsmäßig einheitlich ausgerichteten und fachlich gut arbeitenden Beamtenkörpers gegeben sind. Das Landgericht Hamburg ist in der Zwischenzeit in hervorragender Weise von dem Stellvertreter des Landgerichtspräsidenten, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. von Döhren, der auch Ihr Vertreter sein wird, fortgeführt worden. Sie haben, Herr von Döhren, mit nie versagender Arbeitskraft und feinem Verständnis gerade die schwierigen Vorbereitungsarbeiten zu dem Gesetz, dessen Inkrafttreten wir heute feiern, uneigennützig und unverbrochen durchgeführt. Das dankt Ihnen durch mich der Herr Reichsminister der Justiz.

Sie, Herr Landgerichtspräsident, übernehmen Ihr neues Amt in einer großen Zeit. Sie sind dazu berufen, an einer wichtigen Stelle als Behördenchef die großen Grundzüge des Nationalsozialismus durchzuführen. Möge Ihnen das gelingen! Das ist mein Wunsch für Sie in dieser Stunde."

Zum Abschluß ergriff der neue Landgerichtspräsident Korn das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in dem einen Begriff: Vertrauen. Vertrauen in höchster Gegenseitigkeit, der zukünftigen Arbeitskameraden und der rechtlichenden Volksgenossen, das Verständnis und Vertrauen zur Rechtsprechung erhalten soll.

Nachdem lang die festliche Stunde mit dem dreifachen Siegel auf den Führer und das deutsche Vaterland aus, die Nationalhymnen erklangen. Der Festakt war vorüber. Groß-Hamburg ist auch als Rechtsstaat eine große, geschlossene vorbildliche Einheit.

r. bi.

Datum 8. Juni 1937

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 156

Senator Rothenberger Mitglied des Haager Schiedshofes

Die deutsche Regierung hat den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senator Dr. Curt Rothenberger, zum Mitglied des für internationale Streitigkeiten eingerichteten Ständigen Schiedshofes im Haag ernannt. Die Ehrung, die Senator Dr. Rothenberger damit zuteil geworden ist, bedeutet einen weiteren Beitrag zu der über die deutschen Grenzen hinausweisenden Tradition des Hamburger Oberlandesgerichts. Seine Lage in dem nach Übersee gerichteten hanseatischen Wirtschaftsraum hat seit jeher eine Ausdehnung der Rechtsprechung auf internationalem Rechtsgebiet zur Folge gehabt.

Außer Dr. Rothenberger ist Dr. Viktor Bruns, Professor für internationales Recht an der Universität Berlin und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Rechtsvergleichung und Völkerrecht in Berlin, zum Mitglied des Ständigen Schiedshofes ernannt worden.

8. Juni 1937

Hamburger Nachrichten
Nr. 156.

Senator
Dr. Rothenberger



Mitglied des Schiedshofs im Haag.

Die Deutsche Regierung hat den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senator Dr. Curt Rothenberger, zum Mitglied des für internationale Streitigkeiten eingerichteten Ständigen Schiedshofs im Haag ernannt. Die Ehrung, die Senator Dr. Rothenberger damit zuteil geworden ist, bedeutet einen weiteren Beitrag zu der über die deutschen Grenzen hinausweisenden Tradition des Hamburger Oberlandesgerichts. Seine Lage in dem nach Übersee gerichteten hanseatischen Wirtschaftsraum hat seit jeher eine Ausdehnung der Rechtsprechung auf internationale Rechtsgebiete zur Folge gehabt.

Hamburger Nachrichten

Nr. 341

Die Stellung des Richters im Dritten Reich

Über dieses Thema sprachen der Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senator Dr. Rothenberger, und Vizepräsident Leh zu den Referendaren und Assessoren Groß-Hamburgs, die im NS. Rechtswahrbund in der Gruppe „Junge Rechtswahrer“ zusammengeschlossen sind.

Nach einleitenden Worten des Gruppenwalters Assessor Daum es begrüßte Senator Dr. Rothenberger als Groupenführer des NSRW. die jungen Rechtswahrer, erinnerte kurz an die früheren, schon Tradition gewordenen Zusammenkünfte und die reichen Ereignisse des vergangenen Jahres und führte dann aus: Neben den äußeren Säulen sei das Reich getragen von der starken inneren Säule des Rechts. Im Mittelpunkt des Rechts aber und im Brennpunkt des täglichen Rechtstampfes stehe der Richter. Er habe als erster die Aufgabe, besonders in Zeiten des Umbruchs, die täglich Machtentscheidungen verlangten, den Rechtsgedanken zu hüten und jene große Idee des Führers, daß unser Staat ein Staat des Rechts sei, zu sichern. Der Groupenführer schloß mit einem dringenden Appell an den Rechtswahrer-Nachwuchs Hamburgs, daß er sich in erster Linie in seinem Beruf, gleichgültig an welcher Stelle er stehe, als Nationalsozialist zu betätigen habe und daß er sich immer die Notwendigkeit vor Augen halten müsse, daß gerade das Richteramt den härtesten und aktivsten Kämpfer im Ringen um das Recht erfordert.

Darauf entwickelte der Redner des Abends, der Groupengruppenwahrer „Richter und Staatsanwälte“ im NSRW. und Personalreferent des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Vizepräsident Leh, eine großartige Gesamtschau nationalsozialistischen Richterturns. Ausgehend von der Stellung des Richters im Systemstaat, der im Widerspruch der Weltanschauungen starr auf das Gesetz blickend in seiner Unabhängigkeit vom Staat der Hort des Individuums war, stellte der Redner im Gegensatz hierzu fest, daß der Richter zwar auch im Dritten Reich unabhängig sei, aber unabhängig in einem ganz anderen Sinne.

Oberster Gerichtsherr ist der Führer. In seinem unmittelbaren Auftrag und an seiner Stelle spricht der von ihm persönlich ernannte Richter Recht. Angriff auf den Richter und seinen Urteilspruch und jeder Versuch einer Einflußnahme sind in diesem Sinne Angriff auf den Führer. Nach § 171 des vom Führer geschaffenen Beamten-gesetzes ist der Richter wegen des Inhalts seiner Entscheidung unantastbar. Selbstverständlich ist dabei, daß jeder Richter der nationalsozialistischen Weltanschauung innerlich fest verbunden ist, denn nur so kann er an Stelle des Führers im einzelnen Falle entscheiden; andernfalls würde er gleichsam zum Vertreter ohne Vertretungsmacht.

Auf diese drei Grundgedanken nationalsozialistischer Richterstellung muß man sich immer wieder besinnen, wenn man sich mit den einzelnen Fragen des Richterturns heute befassen will. Damit gelangte der Redner zu den Problemen, die die Stellung des Richters zeitweilig verdunkeln.

Der politische Führungsakt als solcher sei seinem Wesen entsprechend heute richterlicher Nachprüfung entzogen, das Herrbild eines Staatsgerichtshofes unmöglich geworden. Dagegen sei die Nachprüfung von Schadenersatzansprüchen gegen den Staat aus Verfehlungen einzelner seiner Organe und deren Strafverfolgung unumwandelbare Aufgabe seiner Richter. Die Grenzziehung könne im einzelnen Falle schwierig sein.

Anschließend kam der Redner zu der Abgrenzung der Zuständigkeit von Polizei und Gericht und weiter zu den großen Schwierigkeiten, die jeder Rechtssprechung in einer Zeit des völligen Umbruchs, wie wir sie erleben, entgegenständen. Zwischen den Trümmern alter Gesetze und mitten in der Umwertung und Umwandlung der

Rechtsvorstellungen nämlich weder Gesetzesvorschriften anzuwenden, die ihrem Inhalt nach überholt sind, noch sich anmaßen, mit seiner Entscheidung die Schaffung künftiger Gesetze vorwegzunehmen zu wollen. Es sei unvermeidlich, daß dabei gelegentlich ein Urteil nicht allseitig gefallen könne. Kritik könne dann durchaus förderlich sein, immer aber müsse sie sachlich bleiben und der Stellung gerecht werden, die der nationalsozialistische Staat seinem Richter im ganzen eingeräumt habe.

Diese Schwierigkeiten, die das Amt des Richters heute bietet, steht aber auch Erfreuliches gegenüber. Der Richter muß schon darin reichen Lohn für die Mühen seines Alltags finden, daß seine Entscheidungen Pionierarbeit bei der Erneuerung unseres Rechtes leisten, es darf ihn aber auch mit Freude und Stolz erfüllen, wie die neuen Gesetze des Dritten Reiches seine Stellung ausbauen. Seine Gestaltungsmacht ist erweitert, von engen und ängstlichen Gesetzesbestimmungen ist er freigestellt, z. B. im neuen Ehegesetz oder durch die Einrichtung der „richterlichen Vertragshilfe“. Die Übertragung so weitgehender Machtbefugnisse zwingt ihn, sich mit aller Gewissenhaftigkeit als Nationalsozialist bei jedem Urteilspruch die Frage vorzulegen, wie würde an deiner Stelle der Führer diesen Fall entscheiden, und zeigt zugleich, welches Vertrauen der nationalsozialistische Staat zu seinem Richter hat.

Nach kurzer Erwähnung der Reformen, die zur persönlichen Stellung des Richters zu erwägen wären, schloß der Redner mit dem treffenden Wort des Reichsrechtsführers, Reichsministers Dr. Frank: „Sage mir, wieviel ein Richter in der Gemeinschaft gilt, und ich sage dir, wieviel dieser Staat wert ist!“

Die Stellung des Richters im Dritten Reich

Über dieses Thema sprachen der Chefpräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senator Dr. Rothenberger, und Vizepräsident Lek zu den Referendaren und Assessoren Groß-Hamburgs, die im NS. Rechtswahrbund in der Gaugruppe „Junge Rechtswahrer“ zusammengegeschlossen sind.

Nach einleitenden Worten des Gaugruppenwalters Assessor Daumes begrüßte Senator Dr. Rothenberger als Gauführer des NSRB die jungen Rechtswahrer, erinnerte kurz an die früheren, schon Tradition gewordenen Zusammenkünfte und die reichen Ereignisse des vergangenen Jahres und führte dann aus: Neben den äußeren Säulen sei das Reich getragen von der starken inneren Säule des Rechts. Im Mittelpunkt des Rechts aber und im Brennpunkt des täglichen Rechtskampfes stehe der Richter. Er habe als erster die Aufgabe, besonders in Zeiten des Umbruchs, die täglich Machtentscheidungen verlangten, den Rechtsgeboten zu hüten und jene große Idee des Rechts sei, zu sichern. Der Gauführer schloß mit einem dringenden Appell an den Rechtswahrer-Nachwuchs Hamburgs, daß er sich in erster Linie in seinem Beruf, gleichgültig an welcher Stelle er stehe, als Nationalsozialist zu bewähren habe und daß er sich immer die Notwendigkeit vor Augen halten müsse, daß gerade das Richteramt den härtesten und aktivsten Kämpfer im Ringen um das Recht erfordert.

Darauf entwickelte der Redner des Abends, der Gaugruppenwalter „Richter und Staatsanwälte“ im NSRB und Personalreferent des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Vizepräsident Lek, eine großlinige Gesamtschau nationalsozialistischer Richterturns. Ausgehend von der Stellung des Richters im Systemstaat, der im Widerspruch der Weltanschauungen stark auf das Gesetz stütze in seiner Unabhängigkeit vom Staat der Hört des Individuums war, stellte der Redner im Gegensatz hierzu fest, daß der Richter zwar auch im Dritten Reich unabhängig sei, aber unabhängig in einem ganz anderen Sinne.

Oberster Gerichtsherr ist der Führer. In seinem unmittelbaren Auftrag und an seiner Stelle spricht der von ihm persönlich ernannte Richter Recht. Angriff auf den Richter und seinen Urteilspruch und jeder Versuch einer Einflußnahme sind in diesem Sinne Angriff auf den Führer. Nach § 171 des vom Führer geschaffenen Beamten-Gesetzes ist der Richter wegen des Inhalts seiner Entscheidung unantastbar. Selbstverständlich ist dabei, daß jeder Richter der nationalsozialistischen Weltanschauung innerlich fest verbunden ist, denn nur so kann er an Stelle des Führers im einzelnen Falle entscheiden; andernfalls würde er gleichsam zum Vertreter ohne Vertretungsmacht.

Auf diese drei Grundgedanken nationalsozialistischer Richterstellung muß man sich immer wieder besinnen, wenn man sich mit den einzelnen Fragen des Richterturns heute befassen will. Damit gelangte der Redner zu den Problemen, die die Stellung des Richters zeitweilig verdunkeln.

Der politische Führungsakt als solcher sei seinem Wesen entsprechend heute richterlicher Nachprüfung entzogen, das Zerrbild eines Staatsgerichtshofes unmöglich geworden. Dagegen sei die Nachprüfung von Schadenersatzansprüchen gegen den Staat aus Verfehlungen einzelner seiner Organe und deren Strafverfolgung unabweisbar Aufgabe seiner Richter. Die Grenzziehung könne im einzelnen Falle schwierig sein.

Anschließend kam der Redner zu der Abgrenzung der Zuständigkeit von Polizei und Gericht und weiter zu den großen Schwierigkeiten, die jeder Rechtssprechung in einer Zeit des völligen Umbruchs, wie wir sie erlebten, entgegenständen. Zwischen den Trümmern alter Gesetze und mitten in der Umwertung und Umwandlung der einzelnen Begriffe müsse der Richter seinen Weg vorbegehen an zwei gleich großen Gefahren. Er

dürfe nämlich weder Gesetzesvorschriften anwenden, die ihrem Inhalt nach überholt sind, noch sich anmaßen, mit seiner Entscheidung die Schaffung künftiger Gesetze vorwegzunehmen zu wollen. Es sei unvermeidlich, daß dabei gelegentlich ein Urteil nicht allseitig gefallen könne. Kritik könne dann durchaus förderlich sein, immer aber müsse sie sachlich bleiben und der Stellung gerecht werden, die der nationalsozialistische Staat seinem Richter im ganzen eingeräumt habe.

Diese Schwierigkeiten, die das Amt des Richters heute bietet, sieht aber auch Erfreuliches gegenüber. Der Richter muß schon darin reichen Lohn für die Mühen seines Alltags finden, daß seine Entscheidungen Pionierarbeit bei der Erneuerung unseres Rechtes leisten, es darf ihn aber auch mit Freude und Stolz erfüllen, wie die neuen Gesetze des Dritten Reiches seine Stellung ausbauen. Seine Gestaltungsmacht ist erweitert, von engen und ängstlichen Gesetzesbestimmungen ist er freigestellt, z. B. im neuen Ehegesetz oder durch die Einrichtung der „richterlichen Vertragshilfe“. Die Übertragung so weitgehender Machtbefugnisse zwingt ihn, sich mit aller Gewissenhaftigkeit als Nationalsozialist bei jedem Urteilspruch die Frage vorzulegen, wie würde an deiner Stelle der Führer diesen Fall entscheiden, und zeigt zugleich, welches Vertrauen der nationalsozialistische Staat zu seinem Richter hat.

Nach kurzer Erwähnung der Reformen, die zur persönlichen Stellung des Richters zu erwägen wären, schloß der Redner mit dem treffenden Wort des Reichsrechtsführers, Reichsministers Dr. Frank: „Sage mir, wieviel ein Richter in der Gemeinschaft gilt, und ich sage dir, wieviel dieser Staat wert ist!“

Hamburger Nachrichten

Nr.

17

Der deutsche Richter unmittelbarer Verkünder des Führerwillens

Ein Vortrag von Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Rothenberger

Im Kollegienhaus des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel sprach vor einem größeren Kreis der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg, Senator Professor Dr. Rothenberger über das Thema „Die Stellung des Richters im Führerstaat“. Der Vortragende schilderte einleitend die Sonderstellung des Richters als Staatsdiener, die je nach dem Wesen des Staates verschieden sein wird. Je nachdem, ob nun der Richter in einem absoluten, parlamentarischen oder in einem Führerstaat tätig ist, stets wird sein Aufgabenbereich ein völlig anderer sein. Dies wirkte sich in der Systemzeit in der Weise aus, daß zum Beispiel der Richter — getreu den damaligen Gesetzen und fremd dem Volk und einer gesunden Politik — zum Hemmschuh der Strafe gemacht wurde. Während früher Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung jeweils eine bestimmte Rolle spielten, sind diese Sparten nach der nationalsozialistischen Revolution in der Person des Führers vereinigt worden. Damit wurde die Stellung des Richters gefestigt, seine Unabhängigkeit mehr denn je betont, und er erst in den Stand gesetzt, im Namen des Volkes kraft einer besonderen Vollmacht, die ihm vom Führer übertragen wurde, nun auch erstmalig wirklich Recht zu sprechen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ver-

deutlichte der Redner an Hand von Beispielen, wie gerade im nationalsozialistischen Staat der Richter zum unmittelbaren Verkünder des Führerwillens wurde. Mit dem Jahre 1933 setzte in der deutschen Rechtspflege eine völlige Umwertung aller bisherigen Begriffe und eine Neuorientierung ein, die schließlich dazu führte, daß die Machtphäre des Richters — in dem nunmehr die nationalsozialistische Weltanschauung mehr und mehr verankert wurde — wesentlich erweitert, er selbst aber zum wirklichen Rechtsgestalter wurde. Dabei verfolgte der Gesetzgeber die Absicht, alle Befugnisse dem Richter zu übertragen, als Oberster Gerichtsherr aber selbst nur in den Fällen einzugreifen, die rechtspolitisch von besonderer Bedeutung sind.

Auf die Rechts Erneuerung übergehend, erklärte der Oberlandesgerichtspräsident abschließend, daß sich zu der Forderung nach einer innerlichen Ausgeglichenheit und Klarheit des Richters auch eine gesunde Personalpolitik gesellen müsse. So sei in der Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Erhebung der Qualifikation des Richters und auf eine Vereinfachung des Instanzenzuges zu richten. Diese gebiete es auch, daß der tüchtige Richter nicht nur in den obersten Instanzen einen Platz innehatte, sondern auch in den untergeordneten Stellen seine Tätigkeit ausübe.

Hamburger Tageblatt

Nr. 120

**Senator Rothenberger —
Honorarprofessor**

Auf Grund
wertvoller Veröffentlichungen

Oberlandesgerichtspräsident Senator Dr. Curt
Rothenberger wurde die Dienstbezeichnung Honorar-
professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen
Fakultät der Hanseischen Universität verliehen.

Präsident Dr. Rothenberger steht seit langem in
engen Beziehungen zur rechts- und staatswissen-
schaftlichen Fakultät der Hanseischen Universität
Hamburg. Von ihm liegt eine größere Reihe
wertvoller wissenschaftlicher Ver-
öffentlichungen vor, unter anderen „Der
Neuaufbau der hamburgischen Verfassung“, „Natio-
nalsozialistisches Rechtsdenken und einheitliche
deutsche Justiz“, „Die Rechtsquellen im neuen
Staat“.

Auf der Fahrt zum Feind von deutschen Kräften aufgebracht

Der Präsenhof Hamburg befaßt sich damit - Eine Einrichtung des Krieges - Senator Dr. Rothenberger sprach

„Der Präsenhof tagte.“ Diese oder eine ähnliche Überschrift haben wir alle bereits eifrig gelese-
sen, trotzdem vermögen sich nur wenige eine klare
Vorstellung vom Wirken dieses Präsenhofes zu
machen. Der Präsenhof ist ein Gericht, das die deut-
schen präsenrechtlichen Maßnahmen daraufhin prüft,
ob sie mit der deutschen Präsenordnung und den
dazu erlassenen Ergänzungsanordnungen überein-
stimmen. Bis vor kurzem gab es lediglich einen
Präsenhof, der seinen Sitz in Hamburg hat, in-
zwischen ist jedoch ein weiterer Präsenhof in Ber-
lin hinzugegetreten. Dieser Berliner Präsenhof hat
vor allem die Nachprüfung der Präsenrechtsfälle
des Mittel- und des Schwarzen Meeres vorzuneh-
men. Uebrigens ist beiden Präsenhöfen der
Oberpräsenhof in Berlin.

An jedem der Präsenhöfe gibt es den Präsen-
kommissar beim Präsenhof, eine militärische
Behörde, die innerhalb des Präsenrechtsverfahrens
etwa die Stellung eines Staatsanwaltes einnimmt.
Er kann in Vorwege eine Präse freigeben oder
mit den Reedern Vergleiche schließen und ähnliches
mehr; die endgültige Eingiehung einer aufgedrag-
ten Präse ist jedoch lediglich auf Grund eines Ur-
teils des Präsenhofes, also eines Gerichts, möglich.
Dabei ergeben sich jedoch für den Hof manchesmal
erhebliche juristische Schwierigkeiten, die nicht ein-
fach zu lösen sind.

Einen Teil dieser Probleme stellte Senator Pro-
fessor Dr. Rothenberger, Präsident des Han-
seatischen Obergerichts und des Präsenhofes
Hamburg, in einem Vortrag dar, den er vor dem
Kauischen Verein im „Adolph-Weermann-
Haus“ hielt. Im Verlauf seiner inhaltreichen Aus-
führungen trat er unter anderem der Auffassung
entgegen, daß der Präsenhof langsam arbeite. Nur
ein Teil der Präsenfälle kommt überhaupt vor den
Präsenhof, denn sehr viele Fälle werden unmittelbar
bar durch den Präsenkommissar gelöst. Das geschieht
durchweg in vierzehn Tagen. Ist jedoch die Ein-
ziehung der Präse beantragt, so muß dem Reeder
eine Zweimonatsfrist zur Freigabe gegeben wer-

den. Häufig muß diese Frist verlängert werden, da
es nicht immer möglich ist, innerhalb dieser Zeit zu
den Urteilen Stellung zu nehmen. Daher kommt
es, daß die Urteile des Präsenhofes immer erst nach
vier oder sechs Monaten erfolgen können. Vorher
kann jedoch der Präsenhof einen sogenannten Ver-
wendungsbefehl erteilen, wenn eine
Wertminderung der Ladung oder die Eingiehung
des Schiffes mit großer Wahrscheinlichkeit zu er-
warten sind. Der Präsenkommissar kann dann die
Präse verwenden; wird sie jedoch dann im Urteil
freigegeben, so hat der Eigner einen Anspruch auf
Entschädigung.

Dabei ist es übrigens ein großer Irrtum der
Hamburger, wenn sie meinen, die Ladungen der
eingebachten Präsen würden nur in Ham-
burg verbracht; sie werden vielmehr auf das
ganze Reich verteilt. Daraus ergibt sich, daß die Auf-
gäbe des Präsenhofes, so wird es erst einmal dem
Oberkommando der Kriegsmarine anvertraut. Kann
die Marine das Schiff nicht verwenden, so wird es
dem Reichsverkehrsministerium zur Verfügung ge-
stellt, das es dann einem Reeder weitergibt. Da-
mit geht das Eigentum des Schiffes auf ihn über.

Obgleich übrigens auch noch die deutsche Präsen-
ordnung von der Fortstellung ausgeht, daß die Auf-
bringung eines fahrenden Schiffes die Regel sein
würde, sind weit mehr Präsen in „Einrichtungen,
die der Seeschiffahrt dienen“, vor allem in Häfen,
gemacht worden. Dabei gibt es wiederum man-
cherlei Probleme, die aus Grenzfragen
zwischen See- und Landkrieg herrühren. Das
Kriegsrecht des Landes kennt beispielsweise keine
entschädigungslose Eingiehung, sondern nur eine
Requirierung gegen Bezahlung. Nach dem See-

kriegsrecht wird jedoch das feindliche Eigentum
ohne Entschädigung eingezogen. Obendrein ist im
Präsenrecht der Eigentumsbegriff anders als im
Zivilrecht. Die schärfste Ausprägung gibt wohl der
Satz: „Alles was zum Feinde fährt, ist feindliches
Gut“, der jedoch in dieser Schärfe vom Hamburger
Präsenhof nicht anerkannt wird.

Es ist leider aus Raumgründen nicht möglich,
auch nur einen größeren Teil der Ausführungen
von Senator Rothenberger zu bringen, obgleich
die dargestellten Probleme außerordentlich aufschluß-
reich und interessant sind. Nur noch wenige Bei-
spiele aus seinem Vortrag seien angeführt. So
die Frage, ob ein Waad auch eine Präse sein kann
oder ob die sowjetischen Schiffe als Präsen oder
aber als Seekriegsbeute zu behandeln sind. Dem
Präsenrecht unterliegen nämlich unter anderem
nicht Fahrzeuge, die ausschließlich für die öffent-
liche Verwaltung und nicht für Handelszwecke be-
stimmt sind. Gerade mit diesem Problem muß sich
in absehbarer Zeit auch der Präsenhof Hamburg
befassen, da er nicht nur über die Aufbringung von
haltischen Schiffen zu urteilen hat, sondern auch
über eine Vagantente, die für Mitteleuropa in Ham-
burg erbaut wurde.

Im Anschluß an den Vortrag von Senator Pro-
fessor Dr. Rothenberger machte auch der Präsen-
kommissar beim Präsenhof Hamburg, Vizeadmiral
Wertz, einige ergänzende Ausführungen. Da-
durch wurden die Ausführungen von Senator
Rothenberger noch besonders unterstrichen. Den
Dank der Zuhörer sagte dann Oberseefahrtschul-
direktor Professor Dr. Steppes, der auch den
Abend eröffnet hatte, mit herzlichen Worten zu-
sammen.

Datum 25. Aug. 1942

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 432

Der neue Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Curt Rothenberger, ist 1896 in Cuxhafen geboren; auch er hat am Weltkriege teilgenommen. Nach der Assessorprüfung trat er am Landgericht in Hamburg als Richter ein, 1931 wurde er Landgerichtsdirektor. Nach der nationalsozialistischen Umwälzung wurde er in den damaligen Hamburger Senat berufen und Führer der Landesjustizverwaltung. Nach Abschluß der Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich wurde er am 1. April 1935 zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamburg ernannt. Zwei Jahre später berief ihn die Reichsregierung zum Mitgliede des Ständigen Internationalen Schiedshofes im Haag, nach dem Ausbruch des Krieges trat er an die Spitze des neuerrichteten Prisenhofes, der die Rechtmäßigkeit deutscher prisenrechtlicher Maßnahmen nachzuprüfen hat.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 238

Starkes Recht und Richtertum

Hamburg dankt dem scheidenden Staatssekretär Dr. Rothenberger

Der große Kreis der Mitarbeiter und Freunde des zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannten Chefpräsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senators Dr. Rothenberger, hatten sich gestern im Kuppelsaal des Oberlandesgerichts eingefunden, um in einer eindrucksvollen Feierstunde Abschied von dem Manne zu nehmen, der sich bleibende und wegweisende Verdienste um die hamburgische Rechtspflege erworben hat.

Staatssekretär Dr. Rothenberger

Wie in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß er seit 1933 mit letztem persönlichem Einsatz die Meinung vertreten habe, ein starkes Recht und ein starkes Richtertum bildeten wichtigste Grundpfeiler des zukünftigen großen deutschen Reiches. Er habe dem Führer seine Ideen vortragen dürfen. Diese Gedanken reichten weit in die Zukunft. Der Krieg fordere auch auf dem Gebiet der Rechtspflege besondere und harte Maßnahmen. Trotzdem bleibe das hohe Ziel der nationalsozialistischen Rechtsordnung unverrückbar bestehen, und an ihr werde schon jetzt die tatkräftige Arbeit aufgenommen. In Hamburg seien diese Ideen gewachsen und zum Teil schon erfolgreich in die Tat umgesetzt worden. Wenn einst das große Werk gelingen sollte, dann könne Hamburg mit Stolz sagen, daß es einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau des nationalsozialistischen Reiches geliefert habe. Allein auf den Ruf des Führers hin verlasse er die Stadt, in der er vierzig Jahre gelebt und ein Lebenswerk habe aufbauen können. Auf immer aber bleibe er an Hamburg, seine Mitarbeiter und Freunde mit allen Fasern seines Herzens gebunden.

Im Namen der Gefolgschaften aller Hamburger Gerichte widmete

Senatspräsident Dr. Strube

dem scheidenden Präsidenten herzlich gehaltene Abschiedsworte. Er würdigte das Wirken Dr. Rothenbergers, das gekennzeichnet sei von einer souveränen Beherrschung der ganzen Justizmaterie, hervorragender Organisationsgabe und einer nie versagenden Kunst der Menschenführung. Durch die neuen Führerpersönlichkeiten habe jetzt das Schiff der deutschen Rechtspflege wieder Kapitän und Steuermann erhalten, und Hamburg sei stolz, daß der Steuermann die hamburgischen Farben führe. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß es dem Staatssekretär vergönnt sein möge, den Aufbau der nationalsozialistischen Rechtspflege, zu dem er in Hamburg den Grund gelegt habe und zu dessen Weiterführung er nach Berlin berufen sei, zur Vollendung zu bringen.

Nachdem Dr. Gestefeld für die Anwaltskammer und Notare, die dank der verständnisvollen Einstellung Dr. Rothenbergers eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Richtern hätten aufbauen können, gesprochen hatte, übermittelten Betriebsobmann Kludasch und Kreisfachamtsleiter Hesse die Wünsche und Grüße der Gefolgschaften sowie des Gauamtes für Beamte und des Kreises 3 der NSDAP. Landgerichtsdirektor Becher umriß die großen Verdienste des Staatssekretärs um Aufbau und Ausbau des Gaurechtsamtes und des NS-Rechtswahrerbundes und um die Schaffung eines vorbildlichen Verhältnisses zwischen Partei und Justiz in Hamburg.

Staatssekretär Dr. Rothenberger dankte in herzlichen Worten für alle ihm dargebrachten guten Wünsche und ließ die Feierstunde mit der Führerehrung ausklingen.

ab.

Rothenberger über die Stellung des Richters

Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Rechtspflege

DAZ. Berlin, 5. 9.

Nach dem Antrittserlaß des neuen Reichsjustizministers Dr. Thierack entwickelt nunmehr der neue Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Curt Rothenberger, in der amtlichen „Deutschen Justiz“ zum ersten Male Mitteilungen darüber, welche wichtigen Grundlinien bei der Erfüllung der vom Führer erteilten Vollmacht zum Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege maßgebend sein werden.

Der Staatssekretär bezeichnet es als das Ziel der gegenwärtig auf den Schlachtfeldern im Gange befindlichen gewaltigsten Neuordnung der Welt, daß zum ersten Male in der Weltgeschichte nicht die Macht, sondern das Recht siegen wird. Für den Rechtssektor selbst ist im Augenblick kein Wort darüber zu verlieren, daß auch die Rechtspflege in erster Linie der Erringung des Sieges zu dienen hat. So werden auch weiterhin auf dem Gebiete des Rechts Maßnahmen getroffen werden müssen, nicht weil man sie grundsätzlich für ideal hält, sondern einfach weil die großen Entscheidungsschlachten der Weltgeschichte geschlagen werden.

Daneben aber steht die ebenso wichtige Arbeit der Vorbereitung für die Zukunft. Eine starke Rechtspflege ist eine tragende Säule des Großdeutschen Reiches. Ab morgen müssen, so erklärt der Staatssekretär u. a. weiter, nach dem Auftrage des Führers alle Maßnahmen vorbereitet werden, die zur Erreichung dieses Zieles erforderlich sind. Reiche vergangen, wenn an die Stelle von Recht und Ordnung Willkür und Korruption traten. Für das deutsche Empfinden ist und bleibt dabei das höchste Gut die Gerechtigkeit nicht im Sinne eines Trugbildes des „gleichen Rechts für alle“, sondern im Sinne des alten preußischen Spruches „Jedem das Seine“.

Der Staatssekretär betont dann die Notwendigkeit eines starken Richtertums. Er bezeichnet die oberflächliche Betrachtung, als ob ein autoritärer Staat kein starkes Richtertum vertrage, als falsch. Im Richter, der über Leben und Tod, Freiheit, Ehre, Familie, Arbeit, Boden usw. entscheidet, erwartet das Volk einen unerschütterlichen Repräsentanten eines starken Rechts. Auch der Politische Leiter — und sei es der beste — oder der Landrat oder Beamte kann nicht zugleich Richter sein. Sie haben völlig andere Aufgaben. Sie alle bedürfen eines Gegengewichts in Gestalt eines Richters, von dem der große Ulpian sagt: „Priester sind wir, denn wir pflegen die Gerechtigkeit und verkünden die Kenntnis des Guten und Gerechten.“ Korruption, persönliche egoistische Interessen, Eitelkeit und Macht-

hunger, die nun einmal im menschlichen Leben eine große Rolle spielen, können außer durch eine straffe politische Führung nicht besser verhindert werden als durch die Tatsache allein, daß eine starke Richterautorität besteht.

Im Mittelpunkt einer starken nationalsozialistischen Rechtspflege wird also das deutsche Richtertum stehen. Selbstverständlich braucht dieser Richter auch nationalsozialistische Gesetze. Die Arbeiten an der großen materiellen Rechtserneuerung müssen daher — soweit es der Krieg zuläßt — mit allen Mitteln und in allen jetzt in einer Hand stehenden Institutionen fortgesetzt werden. Eine grundlegendenationalsozialistische Strafrechtsreform und ein neues Volksgesetzbuch sind neben vielen anderen Gesetzen die großen Ziele. Der Führer ist auch oberster Gerichtsherr. Diese seine Befugnis hat er unmittelbar, ohne verwaltungsmäßige Zwischeninstanz, dem einzelnen Richter übertragen. Das ist der Sinn der richterlichen Weisungsfreiheit. Jede andere private, parteiamtliche oder staatliche Stelle hat sich jeder Einmischung oder Beeinflussung auf den Richterspruch zu enthalten. Dieser Vorrangstellung entspricht die Verpflichtung der Richter, ausschließlich nach nationalsozialistischen Grundsätzen Recht zu finden, zu richten „wie der Führer“. Nur die Besten können einer solchen bevorrechtigten Stellung, wie der Richter sie einnimmt, würdig sein, zumal die neue Gesetzgebung mit Generalklauseln arbeitet, um eine elastische Anpassung an die Tatbestände des Lebens zu ermöglichen.

Der Staatssekretär kündigt eine Ausbildungsreform an, die von Punkt 20 des Parteiprogramms ausgeht: „Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen.“ Das wird auf die wissenschaftliche Universitätsausbildung und die praktische Vorbereitung zum Richterberuf bezogen. Bei Kriegsende muß diese grundlegende Reform der Universitätsausbildung fertig sein. Wer Richter wird, muß im Leben gestanden haben. Nur wer sich außerhalb der gesicherten Beamtenlaufbahn bewährt und gehärtet hat, darf über Menschenschicksale entscheiden. Die Bewährung kann je nach Neigung im Wirtschaftsleben, Anwaltsberuf, Partei- und Verwaltungsleben, im In- und Ausland erfolgen. Deshalb darf niemand zu früh Richter werden, und die Stellung des deutschen Richters muß ideemäßig und materiell so ausgestaltet werden, daß sie auch den Besten des Nachwuchses Anreiz bietet. Die Autorität des Richterspruchs ist um so größer, je weniger Richter und je weniger Instanzen es gibt. Je besser die Qualität der unteren Instanz, desto geringer das berechnete Bedürfnis nach einer höheren Instanz. Aus diesen Grundsätzen heraus wird eine Verringerung der Zahl der Richter erfolgen, die wiederum Probleme der Neuorganisation der Gerichte, des Instanzenzuges usw. aufwirft, weil ja nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Rechtspflege das Ziel ist. All das bedeutet, so schließt der Staatssekretär, eine Justizreform an Haupt und Gliedern, wie sie seit Jahrhunderten diskutiert wird, bisher aber nicht zustande kam. Die Planung muß bei Kriegsende fertig vorliegen.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 246

Gedanken über die Justizreform

Staatssekretär Rothenberger über die Führer-Vollmacht

Berlin, 5. September

Der Führer hat dem neuen Reichsjustizminister Dr. Thierack die Aufgabe und die Vollmacht erteilt, eine nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen. Gedanken über den Vollzug dieser Führer-Vollmacht entwickelt der neue Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Rothenberger, in einer ausführlichen Darstellung der „Deutschen Justiz“. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß im Augenblick auch die Rechtspflege in erster Linie der Erringung des Sieges zu dienen hat. So werden auch weiterhin auf dem Gebiet des Rechts Maßnahmen getroffen werden müssen, nicht weil man sie grundsätzlich für ideal hält, sondern einfach, weil die großen Entscheidungsschlachten der Weltgeschichte geschlagen werden. Daneben aber steht als zweite ebenso wichtige Arbeit die Vorbereitung für die Zukunft. Nach dem Auftrag des Führers sind sofort alle Maßnahmen zum Aufbau einer starken Rechtspflege als tragende Säule des Großdeutschen Reiches vorzubereiten. Der Staatssekretär erinnert daran, daß Reiche vergangen sind, wenn an die Stelle von Recht und Ordnung Willkür und Korruption traten. Für das deutsche Empfinden sei und bleibe das höchste Gut die Gerechtigkeit, nicht im Sinne eines Trugbildes des „gleichen Rechts für alle“, sondern im Sinne des alten preußischen Spruches „Jedem das Seine“.

Die oberflächliche Betrachtung, ein autoritärer Staat vertrage kein starkes Richtertum, weist der Staatssekretär ausdrücklich als falsch zurück. In dem Richter, der über Leben und Tod, Freiheit, Ehre und Familie entscheidet, erwartet das Volk einen unerschütterlichen Repräsentanten starken Rechts vor sich zu sehen. Andere Stellen, auch der Politische Leiter — und sei es der beste — und der Beamte, könnten nicht zugleich Richter sein. Sie hätten völlig andere Aufgaben. Sie alle bedürften eines Gegengewichts im Richter. Korruption, persönliche egoistische Interessen, Eitelkeit und Machthunger, die nun einmal im menschlichen Leben eine große Rolle spielten, könnten außer durch eine straffe politische Führung nicht besser verhindert werden als durch die Tatsache allein, daß eine starke Richterautorität besteht. So werde das deutsche Richtertum im Mittelpunkt einer starken nationalsozialistischen Rechtspflege stehen.

Selbstverständlich brauche dieser Richter auch

nationalsozialistische Gesetze. Die Arbeiten an der großen materiellen Rechteerneuerung müßten daher, soweit es der Krieg zulasse, mit allen Mitteln fortgesetzt werden. Grundlegende Strafrechtsreform und Volksgesetzbuch seien neben vielen anderen Gesetzen die großen Ziele.

Zur verfassungsrechtlichen Stellung des Richters betont der Staatssekretär, daß der Führer auch Oberster Gerichtsherr ist. Er hat diese seine Befugnis auf den einzelnen Richter übertragen, und zwar ohne Zwischeninstanz. Das ist der Sinn der richterlichen Weisungsfreiheit. Jede andere private, parteiamtliche oder staatliche Stelle hat sich jeglicher Einmischung oder Beeinflussung auf den Richterspruch zu enthalten. Nur die Besten sind anderseits einer Vorrangstellung wie der des Richters würdig. Der Staatssekretär kündigt eine gründliche Ausbildungsreform, sowohl für die Universitätsausbildung als auch für die praktische Vorbereitung zum Richterberuf, an. Die Reform muß bei Kriegsende fertig sein. Wer Richter wird, muß im Leben gestanden haben. Nur wer sich außerhalb der gesicherten Beamtenlaufbahn bewährt und gehärtet hat, darf über Menschenschicksal entscheiden. Diese Bewährung kann je nach Neigung im Wirtschaftsleben, im Anwaltsberuf, im Partei- und Verwaltungsleben, im In- und Ausland erfolgen. Es darf deshalb niemand zu früh Richter werden. Damit aber dennoch die Besten den Anreiz empfinden, Richter zu sein, muß die Stellung des deutschen Richters ideenmäßig und materiell entsprechend ausgestaltet werden.

Die Autorität des Richterspruches ist um so größer, je weniger Richter und je weniger Instanzen es gibt. Je besser die Qualität der unteren Instanz, desto geringer ein Bedürfnis nach einer höheren Instanz. Aus diesen Erkenntnissen zieht die Betrachtung die Schlußfolgerung einer Verringerung der Richterzahl. Dabei tauchen wieder Probleme der Neuorganisation der Gerichte, des Instanzenzuges, der Bagatellgerichtsbarkeit usw. auf. All das bedeutet insgesamt, so schließt der Staatssekretär, eine Justizreform an Haupt und Gliedern, wie sie seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten diskutiert wird, wie sie aber weder das Zweite Reich, geschweige denn das Zwischenreich zustande brachten. Die Planung muß bei Beendigung des Krieges fertig vorliegen.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 299A

Recht und Gesetz

Graz, 28. Oktober

Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Rothenberger sprach am Dienstagabend in Graz über die nationalsozialistische Rechtspflege und legte hierbei die Reformpläne dar, deren Verwirklichung nach dem Willen des Führers schon während des Krieges in Angriff genommen werden soll. Niemand im Reich sei, so betonte Dr. Rothenberger, tiefer von der Rechtsidee erfüllt als der Führer, der mit der Erteilung der notwendigen Vollmachten die Voraussetzungen für die Durchführung der Reformpläne sicherte. Der Reichsjustizminister ist dadurch in der Lage, ohne Nebeninstanzen alle erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.

Der starren Formel „der Richter ist nur dem Gesetz unterworfen“ hielt der Staatssekretär entgegen, daß heute das Recht höher stehe als die Formel des Gesetzes, das nur eine Ausdrucksform des Rechts darstellt. Nicht darum gehe es, das Leben in Gesetzesbestimmungen einzufangen, sondern im Gegensatz zu früheren Methoden juristischer Kasuistik die Gesetzgebung so frei und elastisch wie möglich zu gestalten, daß ein wahres Volksrecht entstehe.

Rothemberger
P. Hantelbauer Dr. C. W. C. W.
Datum 31. Okt. 1942

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 5 2 2

„Recht steht höher als Gesetzesformel“

Dr. Rothenburger über die nationalsozialistische Rechtspflege

Von unserem Berichterstatter

Im. Wien, 31. 10.

Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Rothenburger sprach am Dienstag abend in Graz über die nationalsozialistische Rechtspflege und legte hierbei die Reformpläne dar, deren Verwirklichung nach dem Willen des Führers schon während des Krieges in Angriff genommen werden soll. In den Vordergrund dieser wichtigen Neuordnung des deutschen Rechtslebens stellte er die Forderung, daß auch in der Justiz die starke verantwortungsfreudige Persönlichkeit jene Justiz- und Rechtskrise überwinden muß, deren Ursachen der Führer selbst in vielbekannten Reden mit aller Eindringlichkeit aufgezeigt hat.

Der Staatssekretär sagte, daß nicht nur das Volk das Vertrauen zur Justiz zu verlieren begann, sondern auch die lebendige Verbindung mit der Partei, die den Staat trägt, nicht zu finden war. Durch Ermächtigung des Führers ist der Reichsjustizminister in der Lage, ohne Nebeninstanzen alle erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen. Mit aller Entschiedenheit trat der Staatssekretär Mißdeutungen der Ermächtigung des Reichsjustizministers entgegen. Es sei nicht daran gedacht worden, etwa die Autorität und die Unabhängigkeit des Rechtes aufzuheben. Es gehe vielmehr um die Aufhebung jener veralteten Bestimmungen, die der Neuordnung hindernd im Wege stehen. Das Verhältnis des Richters soll im nationalsozialistischen Staat eine neue Bedeutung und Würde durch Erhöhung seiner Autorität gewinnen. Der starren Formel „Der Richter ist nur dem Gesetz unterworfen“ hielt der Staatssekretär entgegen, daß dies nur für eine Zeit gelten konnte, in der Recht und Gesetz sich deckten. Heute aber stehe das Recht höher als die Formel des Gesetzes, das nur eine Ausdrucksform des Rechtes darstellt.

Dr. Rothenburger setzte sich dann mit den Möglichkeiten von Konflikten auseinander, vor die sich ein Richter gestellt sehen kann, und wies klare Wege zur Lösung. Nicht darum gehe es, das Leben in Gesetzesbestimmungen einzufangen, sondern im Gegensatz zu früheren Methoden juristischer Kasuistik die Gesetzgebung so frei und elastisch wie möglich zu gestalten, daß ein wahres Volksrecht entstehe. Die Aufgabe des Richters sei es, dieses elastische Gesetz sinnvoll auf den gegebenen Tatbestand anzuwenden. Unerbittliche Strenge müsse alle asozialen Elemente gerade im Kriege treffen. Im Sinne der Führervollmacht, die die Ermächtigung zu einer starken Rechtspflege bedeutet, werde im Mittelpunkt des gesamten Rechtslebens der starke Richter stehen. Nicht mehr jener Richtertypus werde angestrebt, der sich während einer verhängnisvollen Entwicklung unter dem Einfluß fremdartigen Rechtsdenkens herausgebildet hat, nicht der gelehrte Beamte, sondern

der mitten im Leben stehende verantwortungsfreudige Richter, den es nun heranzubilden gelte. So ist es auch Ziel der personellen Reform, die Zahl der Richter zu vermindern und sie von kleinen Aufgaben zu lösen. Dem Richter wird im wesentlichen die Prozeßführung vorbehalten bleiben. Mit der Verminderung der Zahl der Richter wird sich auch eine Vereinfachung der Gerichtsorganisation verbinden. Das Ideal des Richters ist der Einzelrichter, dessen Spruch erhöhte Geltung gewinnen soll.

Der neue Richterstand wird, wie der Staatssekretär hervorhob, nicht mehr ein Beamtenstand sein, sondern ein Richterkorps bilden, das geschlossen eine besondere Stellung im Staat einnehmen wird. Der Richterstand wird nach dem Willen des Führers eine besondere Würde und auch eine besondere materielle Sicherung erhalten, weil von der Lösung der Frage des idealen deutschen Richters die Entwicklung des Reiches mit abhängt.

Nachdem Dr. Rothenburger noch die Aufgaben des Staatsanwalts- und des Anwaltsberufs dargelegt hatte, gab er abschließend Antwort auf die Frage der viel-erörterten Gesetzesreformen und stellte hierbei fest, daß es im Augenblick notwendiger sei, die Menschen heranzubilden, die die Gesetze anwenden, als neue Gesetze zu schaffen.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

642

Das neue Richterkorps.

Ein Vortrag von Staatssekretär Dr. Rothenberger in Frankfurt.

FRANKFURT, 15. Dezember. In einer Kundgebung im Großen Saal des Saalbaues sprach Dienstag nachmittag Staatssekretär Dr. Rothenberger vom Reichsjustizministerium über die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der deutschen Rechtspflege. Gauleiter Sprenger, der Dr. Rothenberger willkommen hieß, verzeichnete mit stolzer Genugtuung, daß mitten im Kriege, wo an der Front und in der Heimat alle Kräfte für den Sieg angespannt seien, die deutsche Volksgemeinschaft, die der Führer geschaffen habe, stark genug sei, auch große geistige und kulturelle Bewegungen einzuleiten und fortzuführen, wie sie die Neuordnung der Justiz darstelle. An der Gestaltung des deutschen Rechtslebens werde gearbeitet, seitdem es ein nationalsozialistisches Parteiprogramm gebe, der Artikel 19 sage einfach, daß das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht ersetzt werden solle. Die Partei habe es begrüßt, daß zu der Neuordnung, die mit dem Auftrage an Reichsjustizminister Thierack begonnen habe, nicht große Worte gemacht worden seien, sondern daß zuerst an eine Erneuerung der Menschen in der Justiz herangegangen und dann erst das Gesetz reformiert werde. Das ganze Volk schaue auf diese neue Rechtsschöpfung und ihre Handhabung; der Mitarbeit der Partei könnten die neuen Männer in der Leitung der deutschen Rechtspflege gewiß sein.

Staatssekretär Dr. Rothenberger ging aus von dem Auftrag des Führers, der die Schaffung einer starken nationalsozialistischen Rechtspflege verlangte. Die neuen Männer im Justizministerium kämen dieser Aufgabe nach, indem sie hinausgingen in die Gauen und mit der Partei vor das Volk träten, um zu sagen, wie diese neue Rechtspflege gestaltet werden solle. Das Volk sei nicht Objekt, sondern Subjekt dieser Arbeit. Die Vorstellung, daß das Reich ohne starke Rechtspflege gebaut werden könne, wäre ein schwerer Irrtum, denn das deutsche Volk sei in Fragen der Gerechtigkeit empfindlicher als jedes andere Volk; es habe deshalb auch nicht die Forderung nach Abschaffung der Richter, sondern nach besseren, nach nationalsozialistischen Richtern erhoben. Außerdem beweiße die Geschichte aller Völker, daß die ersten Entscheidungen im Leben der Staaten immer im Machtkampf erstritten worden seien, daß aber das Ziel nach der Machteroberung immer das Recht gewesen sei. Der Führer habe sich das Ziel gesetzt, Europa neu zu ordnen, eine starke Rechtsordnung für den Kontinent zu schaffen. Deshalb bedürfe auch das Reich einer starken Rechtspflege, die absolute Gerechtigkeit gewährleiste. Diese Situation sei blitzartig erhellt worden durch die Rede des Führers im April dieses Jahres, jener Rede, die die Wendung zu einer neuen Epoche gebracht habe. Nun sei die Führung der Justiz unmittelbar in die Hände der Partei gelegt. Daß es zu der Kritik an der bisherigen deutschen Rechtspflege gekommen sei, habe seinen Grund vor allem darin gehabt, daß in der stürmischen Periode unserer revolutionären Entwicklung die Zeit gefehlt habe für die Aufrichtung einer friedensmäßig klaren, neuen Rechtsordnung; außerdem weise die deutsche Justiz in ihrer geschichtlichen Entwicklung seit Jahrhunderten Schlacken auf, die beseitigt werden müßten. Es habe in Deutschland immer einen Richterstand von hohem Berufsethos gegeben, und trotzdem habe es immer wieder Richtersprüche gegeben, die nicht volkstümlich gewesen seien. Tatsächlich komme es aber gerade um des Vertrauens des Volkes zur Rechtspflege auf jedes Urteil an. Die Schlacken, die auszuräumen seien, stammten aus der früheren Ueberflutung mit fremdem Rechtsdenken und fremder Rechtsart, die deutschem Wesen nicht entsprochen hätten. Deshalb müßten auch die Gesetze geändert werden, obwohl es grundsätzlich mehr auf die Menschen als auf die Gesetze ankomme.

Dr. Rothenberger wandte sich dann den einzelnen gesetz-

derer einmal sträuchle. Im zivilen Recht, dem Recht des täglichen Lebens, müsse dafür gesorgt werden, daß die Persönlichkeitswerte nach dem Kriege wieder sorgsam gepflegt und geschützt werden könnten, und deshalb werde auch die Arbeit am Volksgesetzbuch fortgeführt. Die Methode der Gesetzgebung müsse so elastisch wie möglich sein; was für diejenigen, die die neuen Gesetze anzuwenden hätten, eine besonders große Verantwortung bedeute. Jeder Lebensvorgang solle einheitlich von einem Richter entschieden werden; das laufe auf eine Umgestaltung des ganzen Verfahrensrechts hinaus. Die Urteile sollten auch einfach, klar und verständlich sein, Abhandlungen über juristische Streitfragen, die nicht entbehrt werden könnten, hätten in den Akten zu bleiben für die übergeordneten Gerichte.

Im Mittelpunkt der Reform müsse die Erneuerung des Richterstandes stehen. Selbstverständlich sei Fachwissen auch für die Richter notwendig, sie müßten ihr Handwerk gelernt haben; eine Ausnahme solle es nur für die „Friedensrichter“ geben, die für die kleinen Streitigkeiten des täglichen Lebens zuständig sein sollten. Sie müßten Männer mit natürlicher Autorität aus allen Berufen sein, die verstünden, daß es besser sei, zu schlichten als zu strafen, und dank ihrer Autorität endgültige Entscheidungen fällen könnten. Man werde aber den Friedensrichter zunächst nur dort einrichten, wo sich (wie in Baden und Württemberg) von früher her noch Anklänge an solche Volksjustiz erhalten hätten. Im übrigen sei selbstverständlich ein Berufsrichtertum notwendig. Da aber Rechtsfindung nicht ein wissenschaftlicher Denkvorgang sei, sondern vielmehr die Kunst, sich in die Menschen hineinzudenken und das Leben zu verstehen, müßten sich die künftigen Richter erst im Leben bewährt haben, bevor sie auf den Richterstuhl kämen. Die Sorge, daß tüchtige Männer, die sich im Leben bewährt hätten, später nicht mehr bereit wären, die Laufbahn des Richters zu betreten, sei unbegründet. Denn der Richterberuf solle ideenmäßig und materiell so gestaltet werden, daß es für jeden einen Anreiz und eine Ehre sein werde, Richter zu sein. Die künftigen Richter wolle man in einem „Richterkorps“ zusammenfassen, damit die Gemeinschaft die Kräfte der einzelnen steigere. Das Richterkorps werde seine Verfassung bekommen, und dieses Richtergesetz werde in jeder deutschen Schule behandelt werden, damit jeder wisse, daß der Staat die Gerechtigkeit garantiere. Alle deutschen Richter würden gleichgestellt, weil nur die äußere und innere Unabhängigkeit eine gerechte Justiz verbürge. Ein solches Richterkorps müsse schon wegen der Qualitätsauswahl und der Menschenökonomie kleiner sein als die heutige Richterschaft, es werde aber seine Aufgabe bewältigen können, wenn ihm die Friedensrichter die kleinen Aufgaben abnahmen und wenn die Rechtspfleger, die gehobenen mittleren Beamten der Justiz, wie beabsichtigt sei, zu einem selbständigen Stand erhoben würden, der vor allem auf dem Felde der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Richter entlaste.

Auch das Haus der Deutschen Rechtspflege, die Organisation der Gerichte, bedürfe einer Reform. Man müsse, in Anlehnung an die Organisation der Partei von der Viergliederung zu einer Dreigliederung kommen, zu Kreis- und Gaugerichten, über denen das Reichsgericht stehe. Gleichzeitig werde man aber dafür sorgen, daß die besten Richter in den unteren Instanzen bodenständig blieben, weil nur so die Bekämpfung des Instanzenhungers möglich sei, die man zur Vereinfachung der Arbeit brauche. Die angestrebte Verkleinerung des Richterstandes werde selbstverständlich langsam und organisch vor sich gehen, so daß Befürchtungen wegen eines schroffen Abbaus nicht berechtigt seien.

Die neue Rechtsordnung werde, so schloß Staatssekretär Rothenberger, auch eine starke Staatsanwaltschaft und eine starke Rechtsanwaltschaft erfordern. Das Volk brauche eine Vertrauens-

Das neue Richterkorps.

Ein Vortrag von Staatssekretär Dr. Rothenberger in Frankfurt.

— FRANKFURT, 15. Dezember. In einer Kundgebung im Großen Saal des Saalbaues sprach Dienstag nachmittag Staatssekretär Dr. Rothenberger vom Reichsjustizministerium über die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der deutschen Rechtspflege. Gauleiter Sprenger, der Dr. Rothenberger willkommen hieß, verzeichnete mit stolzer Genugtuung, daß mitten im Kriege, wo an der Front und in der Heimat alle Kräfte für den Sieg angespannt seien, die deutsche Volksgemeinschaft, die der Führer geschaffen habe, stark genug sei, auch große geistige und kulturelle Bewegungen einzuleiten und fortzuführen, wie sie die Neuordnung der Justiz darstelle. An der Gestaltung des deutschen Rechtslebens werde gearbeitet, seitdem es ein nationalsozialistisches Parteiprogramm gebe, der Artikel 19 sage einfach, daß das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht ersetzt werden solle. Die Partei habe es begrüßt, daß zu der Neuordnung, die mit dem Auftrage an Reichsjustizminister Thierack begonnen habe, nicht große Worte gemacht worden seien, sondern daß zuerst an eine Erneuerung der Menschen in der Justiz herangegangen und dann erst das Gesetz reformiert werde. Das ganze Volk schaue auf diese neue Rechtsschöpfung und ihre Handhabung; der Mitarbeit der Partei könnten die neuen Männer in der Leitung der deutschen Rechtspflege gewiß sein.

Staatssekretär Dr. Rothenberger ging aus von dem Auftrag des Führers, der die Schaffung einer starken nationalsozialistischen Rechtspflege verlangte. Die neuen Männer im Justizministerium kämen dieser Aufgabe nach, indem sie hinausgingen in die Gauen und mit der Partei vor das Volk träten, um zu sagen, wie diese neue Rechtspflege gestaltet werden solle. Das Volk sei nicht Objekt, sondern Subjekt dieser Arbeit. Die Vorstellung, daß das Reich ohne starke Rechtspflege gebaut werden könne, wäre ein schwerer Irrtum, denn das deutsche Volk sei in Fragen der Gerechtigkeit empfindlicher als jedes andere Volk; es habe deshalb auch nicht die Forderung nach Abschaffung der Richter, sondern nach besseren, nach nationalsozialistischen Richtern erhoben. Außerdem bewiese die Geschichte aller Völker, daß die ersten Entscheidungen im Leben der Staaten immer im Machtkampf erstritten worden seien, daß aber das Ziel nach der Machteroberung immer das Recht gewesen sei. Der Führer habe sich das Ziel gesetzt, Europa neu zu ordnen, eine starke Rechtsordnung für den Kontinent zu schaffen. Deshalb bedürfe auch das Reich einer starken Rechtspflege, die absolute Gerechtigkeit gewährleiste. Diese Situation sei blitzartig erhellt worden durch die Rede des Führers im April dieses Jahres, jener Rede, die die Wendung zu einer neuen Epoche gebracht habe. Nun sei die Führung der Justiz unmittelbar in die Hände der Partei gelegt. Daß es zu der Kritik an der bisherigen deutschen Rechtspflege gekommen sei, habe seinen Grund vor allem darin gehabt, daß in der stürmischen Periode unserer revolutionären Entwicklung die Zeit gefehlt habe für die Aufrichtung einer friedensmäßig klaren, neuen Rechtsordnung; außerdem weise die deutsche Justiz in ihrer geschichtlichen Entwicklung seit Jahrhunderten Schlacken auf, die beseitigt werden müßten. Es habe in Deutschland immer einen Richterstand von hohem Berufsethos gegeben, und trotzdem habe es immer wieder Richtersprüche gegeben, die nicht volkstümlich gewesen seien. Tatsächlich komme es aber gerade um des Vertrauens des Volkes zur Rechtspflege auf jedes Urteil an. Die Schlacken, die auszuräumen seien, stammten aus der früheren Ueberflutung mit fremdem Rechtsdenken und fremder Rechtsart, die deutschem Wesen nicht entsprochen hätten. Deshalb müßten auch die Gesetze geändert werden, obwohl es grundsätzlich mehr auf die Menschen als auf die Gesetze ankomme.

Dr. Rothenberger wandte sich dann den einzelnen gesetzgeberischen Aufgaben zu, die mit der Erneuerung der Rechtspflege verbunden sind. Daraus, daß das Strafrecht heute in vollem Umfange auf den Krieg abgestellt sei, in dem es streng, aber gerecht den Zusammenhalt von Heimat und Front verbürge, seien zwei Konsequenzen zu ziehen: Wenn draußen an der Front die Besten fielen, müsse im Innern mit besonderer Härte gegen die asozialen Elemente vorgegangen werden, damit der Krieg nicht einseitig zu einer Konservierung der schlechten Kräfte führe. Damit sei aber gleichzeitig verbunden die Notwendigkeit, Großzügigkeit und Milde zu zeigen, wenn ein an-

derer einmal strauchle. Im zivilen Recht, dem Recht des täglichen Lebens, müsse dafür gesorgt werden, daß die Persönlichkeitswerte nach dem Kriege wieder sorgsam gepflegt und geschützt werden könnten, und deshalb werde auch die Arbeit am Volksgesetzbuch fortgeführt. Die Methode der Gesetzgebung müsse so elastisch wie möglich sein; was für diejenigen, die die neuen Gesetze anzuwenden hätten, eine besonders große Verantwortung bedeute. Jeder Lebensvorgang solle einheitlich von einem Richter entschieden werden; das laufe auf eine Umgestaltung des ganzen Verfahrensrechts hinaus. Die Urteile sollten auch einfach, klar und verständlich sein, Abhandlungen über juristische Streitfragen, die nicht entbehrt werden könnten, hätten in den Akten zu bleiben für die übergeordneten Gerichte.

Im Mittelpunkt der Reform müsse die Erneuerung des Richterstandes stehen. Selbstverständlich sei Fachwissen auch für die Richter notwendig, sie müßten ihr Handwerk gelernt haben; eine Ausnahme solle es nur für die „Friedensrichter“ geben, die für die kleinen Streitigkeiten des täglichen Lebens zuständig sein sollten. Sie müßten Männer mit natürlicher Autorität aus allen Berufen sein, die verstünden, daß es besser sei, zu schlichten als zu strafen, und dank ihrer Autorität endgültige Entscheidungen fällen könnten. Man werde aber den Friedensrichter zunächst nur dort einrichten, wo sich (wie in Baden und Württemberg) von früher her noch Anklänge an solche Volksjustiz erhalten hätten. Im übrigen sei selbstverständlich ein Berufsrichtertum notwendig. Da aber Rechtsfindung nicht ein wissenschaftlicher Denkvorgang sei, sondern vielmehr die Kunst, sich in die Menschen hineinzudenken und das Leben zu verstehen, müßten sich die künftigen Richter erst im Leben bewährt haben, bevor sie auf den Richterstuhl kämen. Die Sorge, daß tüchtige Männer, die sich im Leben bewährt hätten, später nicht mehr bereit wären, die Laufbahn des Richters zu betreten, sei unbegründet. Denn der Richterberuf solle ideenmäßig und materiell so gestaltet werden, daß es für jeden einen Anreiz und eine Ehre sein werde, Richter zu sein. Die künftigen Richter wolle man in einem „Richterkorps“ zusammenfassen, damit die Gemeinschaft die Kräfte der einzelnen steigere. Das Richterkorps werde seine Verfassung bekommen, und dieses Richtergesetz werde in jeder deutschen Schule behandelt werden, damit jeder wisse, daß der Staat die Gerechtigkeit garantiere. Alle deutschen Richter würden gleichgestellt, weil nur die äußere und innere Unabhängigkeit eine gerechte Justiz verbürge. Ein solches Richterkorps müsse schon wegen der Qualitätsauswahl und der Menschenökonomie kleiner sein als die heutige Richterschaft, es werde aber seine Aufgabe bewältigen können, wenn ihm die Friedensrichter die kleinen Aufgaben abnähmen und wenn die Rechtspfleger, die gehobenen mittleren Beamten der Justiz, wie beabsichtigt sei, zu einem selbständigen Stand erhoben würden, der, vor allem auf dem Felde der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Richter entlaste.

Auch das Haus der Deutschen Rechtspflege, die Organisation der Gerichte, bedürfe einer Reform. Man müsse, in Anlehnung an die Organisation der Partei von der Viergliederung zu einer Dreigliederung kommen, zu Kreis- und Gaugerichten, über denen das Reichsgericht stehe. Gleichzeitig werde man aber dafür sorgen, daß die besten Richter in den unteren Instanzen bodenständig blieben, weil nur so die Bekämpfung des Instanzenhungers möglich sei, die man zur Vereinfachung der Arbeit brauche. Die angestrebte Verkleinerung des Richterstandes werde selbstverständlich langsam und organisch vor sich gehen, so daß Befürchtungen wegen eines schroffen Abbaus nicht berechtigt seien.

Die neue Rechtsordnung werde, so schloß Staatssekretär Rothenberger, auch eine starke Staatsanwaltschaft und eine starke Rechtsanwaltschaft erfordern. Das Volk brauche eine Vertrauensperson in seinen Rechtsnöten. Man werde auch eine Auswechslung innerhalb der juristischen Berufe ermöglichen, so daß ein Richter einmal Rechtsanwalt oder einmal Staatsanwalt sein könne, und werde weiter dafür sorgen, daß die Rechtsanwaltschaft materiell und ideell für ihre besonderen Aufgaben qualifiziert sei. An allen diesen Problemen müsse während des Krieges gearbeitet werden, weil die Werte, die die Front heute für das Volk erkämpfe, für alle Zeit nur dann Bestand haben könnten, wenn es gelinge, sie durch eine starke Gerechtigkeit zu sichern.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 15

Stärkung der Autorität des Richters

Vortrag Dr. Rothenbergers

Berlin, 15. Januar

Im Rahmen der kriegs- und wehrwirtschaftlichen Vortragsreihe der Verwaltungs-Akademie hielt Staatssekretär Dr. Rothenberger einen Vortrag über den „Aufbau einer starken Rechtspflege“, an dem neben den Hörern der Verwaltungs-Akademie Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht teilnahmen.

In Zeiten des politischen und wirtschaftlichen Engpasses, der die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert, so führte der Staatssekretär aus, können die Geisteswissenschaften nicht immer Schritt halten. Die ersten Entscheidungen sind in der Geschichte stets im Kampf gefallen; aber das Ziel jedes Kampfes ist eine feste Rechtsordnung. Deswegen hat der Führer dem neuen Reichsjustiz-

minister am 20. August 1942 den Auftrag gegeben, eine starke und nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen, womit eine neue Epoche im Rechtsleben begonnen hat.

Die Gründe für die überwundene Justizkrise sind im wesentlichen in dem im deutschen Volk besonders stark ausgeprägten Rechtsgefühl zu suchen. Unser Volk erträgt die größten Entbehrungen, wenn eines gewährleistet ist: gleiche Behandlung aller. Nur ein Staat, der sich auf die äußere Macht stützt, fürchtet einen starken Richter. In der Geschichte haben sich solche Staaten, in denen der Richter eine starke Autorität hatte, zu besonderer Größe entwickelt. Im Vordergrund der Reform steht also die Schaffung eines starken nationalsozialistischen und verantwortungsfreudigen Richterkorps.

Das Strafrecht dient heute der Festigung der Heimatfront durch eine strenge und gerechte Rechtsprechung. Bei einem einmaligen Straucheln soll der Richter mit weitgehendem menschlichem Verständnis Milde walten lassen, während auf der anderen Seite alle asozialen Elemente unerbittliche Strenge treffen muß. Um die nötige Qualität des Richterkorps zu gewährleisten und im Interesse der nach dem Kriege erforderlichen Menschenökonomie, wird eine organische Verminderung der Richterzahl eintreten. Durch den Ausbau der Zuständigkeiten des Rechtspflegers und die Einrichtung einer Rechtsprechung durch das Volk in Bagatellsachen, wird der Richter die Möglichkeit erhalten, sich ausschließlich den großen und wichtigen Aufgaben zu widmen.

Bei der Änderung der Gerichtsorganisation wird die erste Instanz, die ihrer Natur nach besonders lebensnahes Recht sprechen kann, durch Besetzung mit den besten Richtern in den Stand gesetzt, die Prozesse so zu entscheiden, daß das Bedürfnis nach einer Berufung weitgehend ausgeschaltet wird.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 68

Duplikat 1/10

1540

Junge Juristen im Felde — und nachher.

Staatssekretär Rothenberger über „Nahziele der Ausbildungsreform“.

In einem Aufsatz der Zeitschrift „Deutsches Recht“, des Zentralorgans des NS-Rechtswahrbundes, beschäftigt sich Staatssekretär Dr. Rothenberger vom Reichsjustizministerium mit den „Nahzielen der Ausbildungsreform“ für junge Juristen, die heute Soldaten sind. Er geht davon aus, daß es nahezu einem Konstruieren im luftleeren Raum gleichkäme, wollte man sich heute über Mittel und Wege zu einer Dauerlösung der juristischen Ausbildungsreform den Kopf zerbrechen; die Frage sei vielmehr, wie die während des Krieges auf Studienurlaub befindlichen Frontkämpfer und wie die bei Kriegsende von der Wehrmacht entlassenen jungen Juristen am besten zu möglichst bald voll einsatzfähigen Rechtswahrern heranzubilden seien.

Arbeitsgemeinschaften im Grundunterricht

Dr. Rothenberger erinnert an ähnliche Bemühungen nach dem ersten Weltkriege, ist aber davon überzeugt, daß heute auf diesem Felde bedeutend mehr und Nützlicheres als damals geschehen könne. Eine erhebliche zeitliche Beschränkung des Kriegsteilnehmerstudiums sei dabei selbstverständlich, aber dieses Studium dürfe nicht seinen wissenschaftlichen Charakter verlieren und nicht zu einem öden Pauketrieb herabgewürdigt werden. Gerade der künftige Rechtswahrer, vor allem der Rechtswahrer- und Richtertyp, wie er dem Führer bei Erteilung seines Auftrags zum Neuaufbau einer starken Rechtspflege vorgeschwebt habe, sei ohne eine gediegene wissenschaftliche Ausbildung nicht denkbar: „Um diese Wissenschaftlichkeit auch bei abgekürzter Dauer des Studiums zuverlässig zu gewährleisten, wird man sich allerdings dazu entschließen müssen, im Studienplan für die Kriegsteilnehmer alle irgendwie entbehrlichen Vorlesungen — mögen sie noch so interessant sein — rücksichtslos zu streichen und sich ausschließlich auf die großen grundlegenden Rechtsgebiete wie bürgerliches Recht, Strafrecht, Volk und Staat, Verwaltungsrecht, Wirtschaftsrecht und so weiter zu konzentrieren und auch hier alle Einzelheiten beiseite zu lassen. Wer in diesen Bereichen zu gründlichem wissenschaftlichen Denken geschult worden ist, kann eine solche Arbeitsmethode erfahrungsgemäß dann auch auf weniger wichtigen Nebengebieten des Rechts, wie zum Beispiel Konkurs-, Grundbuch- und Vollstreckungsrecht, Registerwesen und so weiter anwenden, die er stofflich früh genug in der Praxis näher kennenlernt. An ihrer Stelle lasse man den heimkehrenden, wissenschaftlich ausgehenden Frontsoldaten lieber Gelegenheit und genügend Zeit, sich nebenbei nach Wunsch über Rechtsphilosophie, Rechtspolitik, Staatswissenschaften, Geschichte, Rhetorik, Technik der Beweisaufnahme, Aussagenpsychologie, Kriminalbiologie oder über andere Lieblingsfächer zu unterrichten.“

Die Kriegsteilnehmervorlesungen, so sagt Dr. Rothenberger, müßten so interessant und lebendig wie nur möglich gemacht werden, denn es handle sich ja bei den Hörern in den Vorlesungen nicht um junge Studenten, die eben von der Schule gekommen seien, sondern um gereifte Männer der Front, die jahrelang im schwersten Kampfe gestanden hätten. Ohne etwa über die bisherige deduktive Unterrichtsmethode bei den Vorlesungen den Stab brechen zu wollen — sie soll in späteren Semestern wieder zu ihrem Rechte kommen — empfiehlt Dr. Rothenberger zur Einführung des Anfängers für den Grundunterricht eine induktive Methode, bei der Rechtsätze aus der Beschäftigung mit praktischen Beispielen erarbeitet werden. Die Form dafür wäre eine akademische Arbeitsgemeinschaft, bei der die Teilnehmer von dem Leiter gefragt würden und selbst Fragen stellten. Freilich könne eine solche Ausbildungsmethode nur von Männern richtig angewandt werden, die wissenschaftliche, pädagogische und praktische Begabung miteinander verbanden: „Der Grundunterricht für unsere Kriegsteilnehmer wird daher vor allem in die Hände von Professoren und Dozenten zu legen sein, die nebenamtlich als Richter, Verwaltungsbeamte, Richter

frage zur Mitarbeit herangezogen werden können. Hand in Hand mit diesen Arbeitsgemeinschaften hat der gemeinsame Besuch von Gerichtssitzungen zu gehen, deren Erlebnisse anschließend in kritischer Aussprache zu verarbeiten sind. Die ersten Versuche mit diesen studentischen, von Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und so weiter geleiteten Arbeitsgemeinschaften im Sinne der geschilderten ständigen „Begleitpraxis“ an Stelle der früher oft geforderten Vor- und Zwischenpraxis werden bereits im Wintersemester 1942/43 an einigen rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten des Reiches durchgeführt. Das dabei zutage tretende Erfahrungsmaterial wird sorgfältig auszuwerten sein, um es dann später für unsere Heimkehrer nutzbar machen zu können.“

Die Referendarzeit.

Ebenso wie für die Studenten ist natürlich auch für die aus dem Kriege zurückkehrenden Referendare eine bevorzugte Betreuung und Ausbildung notwendig. Eine Verkürzung der nor-

malen „Lehrzeit“ der Referendar erklärt Dr. Rothenberger für durchaus vertretbar, auch unter die Dauer der gegenwärtigen noch auf zwei Jahre festgesetzten Vorbereitungszeit für Kriegsteilnehmer. Die Frontsoldaten hätten draußen vor dem Feinde vom Leben, vom Dienst am Kameraden und von Dingen der Menschenführung mehr gelernt, als ihnen der fruchtbarste Vorbereitungsdienst beim besten Ausbildungsrichter je vermitteln könne. Eine Frage zweiten Ranges sei, wieviel Mindestvorbereitungszeit bleiben müsse und ob diese dann für sämtliche Kriegsteilnehmer gelten solle. Jedenfalls werde mit einer weiteren Verkürzung des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich nicht mehr bis zur Beendigung des Krieges gewartet werden; Erwägungen hierüber schwebten bereits, mit dem Ziele, einer großen Anzahl der bei der Wehrmacht befindlichen Referendare noch während des Krieges die Möglichkeit zur Ablegung der vereinfachten Assessorprüfung zu verschaffen. Auch für den verkürzten Vorbereitungsdienst müsse das Ausbildungsprinzip heißen: multum, non multa. Der Referendar werde deshalb in wenigen und langen Stationen, dort aber um so gründlicher und erfolgreicher zu beschäftigen sein. Schon heute sei in dem Erlaß des Reichsjustizministers vom 6. November 1942 die Konzentration auf wenige Hauptgebiete verlangt und die Möglichkeit geschaffen, die Referendare in lockerer Folge den einzelnen Ausbildungsstationen zuzuweisen. Ähnlich werde man auch nach dem Kriege den Oberlandesgerichtspräsidenten entsprechende Vollmachten zu geben haben. Einen gewissen Ausgleich könnten die Referendar-Arbeitsgemeinschaften bieten, die auf jeden Fall beizubehalten seien. Hier könnten rechtspolitische Fragen erörtert, prüfungsmäßige Aufsichtsarbeiten angefertigt, Übungen im freien Vortrage und in der Anfertigung von Sachberichten, Gutachten und Urteilen abgehalten werden. Das Referendarlager werde künftig ganz entbehrlich sein; so wichtig und wertvoll seine Aufgaben nach dem Umbruch gewesen seien, so bestehe doch heute für eine solche Einrichtung kein Bedürfnis mehr.

Die Prüfungen.

Es ist klar, so bemerkt Dr. Rothenberger abschließend, daß in der Prüfung, welcher Art sie auch sei, an Kriegsteilnehmer nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden könnten wie an Kandidaten mit normalem Ausbildungsgang. Hierauf sei durch Einführung der für Kriegsteilnehmer erleichterten und vereinfachten Prüfungen bereits in erforderlichem Maße Rücksicht genommen. Dabei müsse es auch fernerhin bleiben. Ob in dem einen oder anderen Punkte eine weitere Erleichterung gewährt werden könne, werde noch zu überlegen sein, vor allem müsse auch erwogen werden, ob nicht wenigstens der Vorsitzende jeder Prüfungskommission für Kriegsteilnehmer selbst Frontsoldat ge-

Junge Juristen im Felde — und nachher.

Staatssekretär Rothenberger über „Nahziele der Ausbildungsreform“.

In einem Aufsatz der Zeitschrift „Deutsches Recht“, des Zentralorgans des NS-Rechtswahrerbundes, beschäftigt sich Staatssekretär Dr. Rothenberger vom Reichsjustizministerium mit den „Nahzielen der Ausbildungsreform“ für junge Juristen, die heute Soldaten sind. Er geht davon aus, daß es nahezu einem Konstruieren im luftleeren Raum gleichkäme, wollte man sich heute über Mittel und Wege zu einer Dauerlösung der juristischen Ausbildungsreform den Kopf zerbrechen; die Frage sei vielmehr, wie die während des Krieges auf Studienurlaub befindlichen Frontkämpfer und wie die bei Kriegsende von der Wehrmacht entlassenen jungen Juristen am besten zu möglichst bald voll einsatzfähigen Rechtswahrern heranzubilden seien.

Arbeitsgemeinschaften im Grundunterricht

Dr. Rothenberger erinnert an ähnliche Bemühungen nach dem ersten Weltkriege, ist aber davon überzeugt, daß heute auf diesem Felde bedeutend mehr und Nützlicheres als damals gesehen könne. Eine erhebliche zeitliche Beschränkung des Kriegsteilnehmerstudiums sei dabei selbstverständlich, aber dieses Studium dürfe nicht seinen wissenschaftlichen Charakter verlieren und nicht zu einem öden Pauketrieb herabgewürdigt werden. Gerade der künftige Rechtswahrer, vor allem der Rechtswahrer- und Richtertyp, wie er dem Führer bei Erteilung seines Auftrags zum Neuaufbau einer starken Rechtspflege vorgeschwebt habe, sei ohne eine gediegene wissenschaftliche Ausbildung nicht denkbar: „Um diese Wissenschaftlichkeit auch bei abgekürzter Dauer des Studiums zuverlässig zu gewährleisten, wird man sich allerdings dazu entschließen müssen, im Studienplan für die Kriegsteilnehmer alle irgendwie entbehrlichen Vorlesungen — mögen sie noch so interessant sein — rücksichtslos zu streichen und sich ausschließlich auf die großen grundlegenden Rechtsgebiete wie bürgerliches Recht, Strafrecht, Volk und Staat, Verwaltungsrecht, Wirtschaftsrecht und so weiter zu konzentrieren und auch hier alle Einzelheiten beiseite zu lassen. Wer in diesen Bereichen zu gründlichem wissenschaftlichen Denken geschult worden ist, kann eine solche Arbeitsmethode erfahrungsgemäß dann auch auf weniger wichtigen Nebengebieten des Rechts, wie zum Beispiel Konkurs-, Grundbuch- und Vollstreckungsrecht, Registerwesen und so weiter anwenden, die er stofflich früh genug in der Praxis näher kennenlernt. An ihrer Stelle lasse man den heimkehrenden, wissenschaftlich ausgehungenen Frontsoldaten lieber Gelegenheit und genügend Zeit, sich nebenbei nach Wunsch über Rechtsphilosophie, Rechtspolitik, Staatswissenschaften, Geschichte, Rhetorik, Technik der Beweisaufnahme, Aussagenpsychologie, Kriminalbiologie oder über andere Lieblingsfächer zu unterrichten.“

Die Kriegsteilnehmervorlesungen, so sagt Dr. Rothenberger, müßten so interessant und lebendig wie nur möglich gemacht werden, denn es handle sich ja bei den Hörern in den Vorlesungen nicht um junge Studenten, die eben von der Schule gekommen seien, sondern um gereifte Männer der Front, die jahrelang im schwersten Kampfe gestanden hätten. Ohne etwa über die bisherige deduktive Unterrichtsmethode bei den Vorlesungen den Stab brechen zu wollen — sie soll in späteren Semestern wieder zu ihrem Rechte kommen — empfiehlt Dr. Rothenberger zur Einführung des Anfängers für den Grundunterricht eine induktive Methode, bei der Rechtssätze aus der Beschäftigung mit praktischen Beispielen erarbeitet werden. Die Form dafür wäre eine akademische Arbeitsgemeinschaft, bei der die Teilnehmer von dem Leiter gefragt würden und selbst Fragen stellten. Freilich könne eine solche Ausbildungsmethode nur von Männern richtig angewandt werden, die wissenschaftliche, pädagogische und praktische Begabung miteinander verbanden: „Der Grundunterricht für unsere Kriegsteilnehmer wird daher vor allem in die Hände von Professoren und Dozenten zu legen sein, die nebenamtlich als Richter, Verwaltungsbeamte, Rechtsanwälte und so weiter tätig sind und aus ihrer ständigen Verbindung zur Praxis ihren Lehrstoff schöpfen können. Solange diese personellen Voraussetzungen bei den Lehrern der Universitäten nicht überall gegeben sind, wird man Richter, Verwaltungspraktiker, Anwälte und so weiter, die pädagogisch und wissenschaftlich begabt sind, für die Unterrichtung der Anfänger ergänzend heranziehen müssen. Die Form, in der nach solcher Unterrichtsmethode am besten gelehrt werden kann, ist nicht der Hörsaal von hundert oder mehr Studenten, sondern eine Arbeitsgemeinschaft von zwanzig bis dreißig, die, mit dem Dozenten an demselben Tisch sitzend, durch Frage und Gegen-

frage zur Mitarbeit herangezogen werden können. Hand in Hand mit diesen Arbeitsgemeinschaften hat der gemeinsame Besuch von Gerichtssitzungen zu gehen, deren Erlebnisse anschließend in kritischer Aussprache zu verarbeiten sind. Die ersten Versuche mit diesen studentischen, von Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und so weiter geleiteten Arbeitsgemeinschaften im Sinne der geschilderten ständigen „Begleitpraxis“ an Stelle der früher oft geforderten Vor- und Zwischenpraxis werden bereits im Wintersemester 1942/43 an einigen rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten des Reiches durchgeführt. Das dabei zutage tretende Erfahrungsmaterial wird sorgfältig auszuwerten sein, um es dann später für unsere Heimkehrer nutzbar machen zu können.“

Die Referendarzeit.

Ebenso wie für die Studenten ist natürlich auch für die aus dem Kriege zurückkehrenden Referendare eine bevorzugte Betreuung und Ausbildung notwendig. Eine Verkürzung der nor-

malen „Lehrzeit“ der Referendar erklärt Dr. Rothenberger für durchaus vertretbar, auch unter die Dauer der gegenwärtigen noch auf zwei Jahre festgesetzten Vorbereitungszeit für Kriegsteilnehmer. Die Frontsoldaten hätten draußen vor dem Feinde vom Leben, vom Dienst am Kameraden und von Dingen der Menschenführung mehr gelernt, als ihnen der fruchtbarste Vorbereitungsdienst beim besten Ausbildungsrichter je vermitteln könne. Eine Frage zweiten Ranges sei, wieviel Mindestvorbereitungszeit bleiben müsse und ob diese dann für sämtliche Kriegsteilnehmer gelten solle. Jedenfalls werde mit einer weiteren Verkürzung des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich nicht mehr bis zur Beendigung des Krieges gewartet werden; Erwägungen hierüber schwebten bereits, mit dem Ziele, einer großen Anzahl der bei der Wehrmacht befindlichen Referendare noch während des Krieges die Möglichkeit zur Ablegung der vereinfachten Assessorprüfung zu verschaffen. Auch für den verkürzten Vorbereitungsdienst müsse das Ausbildungsprinzip heißen: multum, non multa. Der Referendar werde deshalb in wenigen und langen Stationen, dort aber um so gründlicher und erfolgreicher zu beschäftigen sein. Schon heute sei in dem Erlaß des Reichsjustizministers vom 6. November 1942 die Konzentration auf wenige Hauptgebiete verlangt und die Möglichkeit geschaffen, die Referendare in lockerer Folge den einzelnen Ausbildungsstationen zuzuweisen. Ähnlich werde man auch nach dem Kriege den Oberlandesgerichtspräsidenten entsprechende Vollmachten zu geben haben. Einen gewissen Ausgleich könnten die Referendar-Arbeitsgemeinschaften bieten, die auf jeden Fall beizubehalten seien. Hier könnten rechtspolitische Fragen erörtert, prüfungsmäßige Aufsichtsarbeiten angefertigt, Übungen im freien Vortrage und in der Anfertigung von Sachberichten, Gutachten und Urteilen abgehalten werden. Das Referendarlager werde künftig ganz entbehrlich sein; so wichtig und wertvoll seine Aufgaben nach dem Umbruch gewesen seien, so bestehe doch heute für eine solche Einrichtung kein Bedürfnis mehr.

Die Prüfungen.

Es ist klar, so bemerkt Dr. Rothenberger abschließend, daß in der Prüfung, welcher Art sie auch sei, an Kriegsteilnehmer nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden könnten wie an Kandidaten mit normalem Ausbildungsgang. Hierauf sei durch Einführung der für Kriegsteilnehmer erleichterten und vereinfachten Prüfungen bereits in erforderlichem Maße Rücksicht genommen. Dabei müsse es auch fernerhin bleiben. Ob in dem einen oder anderen Punkte eine weitere Erleichterung gewährt werden könne, werde noch zu überlegen sein, vor allem müsse auch erwogen werden, ob nicht wenigstens der Vorsitzende jeder Prüfungskommission für Kriegsteilnehmer selbst Frontsoldat gewesen sein müsse, sei es im ersten oder im zweiten Weltkriege. Auf der andern Seite werde gerade der zur Prüfung antretende gereifte Frontsoldat die Berechtigung der Forderung anerkennen, daß bei aller Rücksichtnahme auch seine Prüfung eine wirkliche Prüfung bleiben müsse, also nicht zur reinen Farce, zur inhaltslosen Geste oder zu einem leeren Stempelfverfahren degradiert

wenden!

werden dürfe. Laxheit könne sich die Justiz gerade jetzt, wo sie vor neue, große Aufgaben gestellt sei, nicht erlauben.

Zum Schluß fügt Dr. Rothenberger noch ein Wort zur Frage der Lebensbewährung an, die ja künftig Voraussetzung für den Eintritt in den aktiven Richterberuf sein soll. Von Männern, die sich an der Front jahrelang bewährt hätten, so stellt er fest, erneut eine praktische Lebensbewährung zu verlangen, komme selbstverständlich nicht in Frage. Eine bessere Lebensbewährung als die harte und ernste Fronttätigkeit lasse sich kaum vorstellen. Das Problem der „Richteranzwarterzeit“ werde daher wegen der örtlichen und zeitlichen Ausdehnung des Krieges erst später aktuell werden.

Hamburger Tageblatt

Nr. 46

Harte Strafrechtspflege im Kriege nötig

Staatssekretär Dr. Rothenberger sprach über die Krise der Justiz

Die deutsche Justiz ist in den letzten zehn Jahren durch eine Krise gegangen, deren Ursachen verschieden gedeutet werden. Kein Staat kann jedoch auf die Dauer bestehen, wenn seine Rechtspflege umstritten ist; denn sie ist einer seiner stärksten Pfeiler. Obendrein hat das deutsche Volk ein außerordentlich stark ausgeprägtes Rechtsempfinden, so daß Versägen oder gar eine ungleichmäßige Behandlung der Rechtsuchenden von weittragender Bedeutung sein können. So etwa führte Staatssekretär Professor Dr. Rothenberger ein in seine Gedankengänge über die Neuordnung der Justiz, die er vor den Spitzen von Partei, Staat und Wehrmacht im Großen Saal des Hotels Atlantik entwickelte, nachdem Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann in seinen Begrüßungsworten seine Freude darüber ausgedrückt hatte, daß der alte Mitkämpfer nun auch zu den Führenden Hamburgs sprechen wollte.

Obgleich die Übernahme des fremden Rechts vor 400 Jahren auch wohl eine Ursache zur heutigen Krise sei, so meinte der Staatssekretär, so könne im Augenblick doch weniger von der Erneuerung der Gesetze gesprochen werden, als vielmehr von der Neuausrichtung der Menschen, die mit der Rechtspflege befaßt seien. Denn nur dadurch könnte in kurzer Zeit das Vertrauen zum Recht zurückkommen. Jeder Volksgenosse müßte unbedingt die Gewißheit haben, daß jeder vor dem Recht gleich sei, und daß der Richterspruch ohne Ansehen der Person gefällt werde. Dadurch würde die Autorität des Richters am schnellsten sicher verankert werden, um so mehr, wenn die Volksgenossen auch das feste Vertrauen von der Güte des Richterspruches gewännen.

Wenn es so scheinen könnte, daß der Richterstand mit der Vertrauenskrise in Verbindung zu bringen sei, so muß demgegenüber gesagt werden, daß die Richter dadurch natürlich keineswegs herabgesetzt werden sollen. Sie sind aber unter anderem teilweise mit Arbeiten aller Art überlastet. Von mancher der Kleinarbeit könnten sie schon dadurch entlastet werden, daß diese Funktionen den Rechtspflegern, also den gehobenen mittleren Beamten, übertragen würden. Bei andern Behörden tragen diese nämlich seit langem ein gehäuftes Maß von Eigenverantwortung, während sie bei der Justiz noch keineswegs voll beansprucht seien. Schließlich könnten auch manche kleineren Streitigkeiten durch Friedensrichter geregelt werden. Natürlich passe die Einführung des Friedensrichtersamtes nicht für alle Teile unseres Vaterlandes. So wird es sich beispielsweise kaum ohne Schwierigkeiten in den Großstädten durchführen lassen.

Weiter führte der Staatssekretär aus: Durch eine andere Verteilung der Lasten kann es erreicht werden, daß der Richter im Laufe weniger Jahre so gestellt ist, daß sein Spruch ohne weiteres als unumstößliches Recht hingenommen wird. Dabei wird es aber auch unter anderem erforderlich sein, daß der Richter über ein solches Maß von Lebenserfahrung verfügt, das junge Menschen einfach noch nicht haben können. Bevor der Jurist künftig also Richter wird und die höchste Tätigkeit ausübt, die ein Jurist ausüben kann, muß er in anderen Zweigen des Lebens Erfahrungen sammeln. Dafür, daß er später wirklich den Wunsch hat, Richter zu sein, dafür müssen eben starke Anreize geschaffen werden, wobei auch die geldliche Sicherstellung nicht übersehen werden darf.

Zur Neuorientierung des Rechtswesens wird man aber auch bei den Gerichtsinstanzen nicht stehen-

bleiben können, die nur der deutschen Kleinstaatserei ihr Leben verdanken. Eines Tages wird es nur noch Kreisgerichte, Obergerichte und ein kleines Reichsgericht geben. Der Schwerpunkt wird dann bei den Kreisgerichten sein, da bei einer gut funktionsfähigen Rechtsprechung kaum das ständige Anrufen der höheren Instanzen folgen wird. Die Richter müssen natürlich auch bodenständig sein.

Wenn auch der Spruch „*silent leges inter arma*“ — im Kriege schweigen die Gesetze — nicht ganz zu leugnen ist, so ist doch die wahre Rechtspflege im Kriege nötiger denn je, damit die Haltung des deutschen Volkes nicht eines Tages zerbrechen soll. Die Strafrechtspflege, der der Staatssekretär sich dann zuwandte, muß gerade in dieser Zeit hart sein. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ausführungen des Führers, der von einer kleinen Führerschicht, der breiten Mittelschicht und der asozialen oder verbrecherischen Unterschicht sprach. Die letztere muß kurz gehalten werden, damit nicht eines Tages die schlechten Elemente durch die Gefängnisse konserviert sind, während die andern zahllosen Abgänge hatten. Hart müssen die Urteile allerdings nur gegen die wirklich verbrecherischen Elemente sein, während die Gerichte den Gestrauchelten großzügig gegenüberzutreten sollten.

In der Zivilrechtspflege stehen wir, wie der Staatssekretär betonte, vor einer starken Vereinfachung. Zwar wird das nicht so aussehen, daß künftig etwa keine Scheidungsklagen mehr durchgeführt werden können oder daß jede Erbaueinandersehung unterbleiben muß, aber auf manchen Gebieten ist ein Urteilspruch bereits heute nicht mehr durchführbar, so beispielsweise bei manchen Mietsstreitigkeiten. Es muß auch deshalb eine starke Einschränkung der bürgerlichen Streitigkeiten eintreten, um Menschen für die Wehrmacht freizustellen. Trotzdem wird aber die wahre Rechtspflege nicht darunter leiden, sondern der Richter wird von Fall zu Fall entscheiden, ob ein Streit durchgeführt werden soll oder nicht.

Am Schluß seines außerordentlich lebendigen Vortrages, der die Probleme des Rechtswesens mit aller Deutlichkeit vor den Hörern darlegte, wandte sich der Staatssekretär auch den Anwälten zu. Es sei beabsichtigt, den Anwaltsstand stärker als bisher unter die Aufsicht des Staates zu stellen, und zwar dadurch, daß der Präsident der Anwaltskammer dem Chefpräsidenten des Oberlandesgerichts unterstellt und außerdem das Ehrengericht der Anwälte den Dienstgerichten eingefügt werde. Schließlich werde auch mancher über 65jährige Anwalt aus der Praxis scheiden wollen, wenn sein Lebensabend gesichert würde; auch dabei würden sich neue Mittel finden, um vielleicht unter einigen Voraussetzungen eine Altersversorgung zu sichern.

Gauleiter Kaufmann dankte Staatssekretär Dr. Rothenberger für seinen Vortrag, der die dringende Notwendigkeit der Rechtserneuerung beleuchtet hatte. Gleichzeitig erinnerte er daran, daß auch diese Erneuerung Mittel dazu sei, um das deutsche Volk groß und stark zu machen.

*

Staatssekretär Prof. Dr. Rothenberger spricht in der Reihe der Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten am Donnerstag, 18. Februar, 12 Uhr, im Hörsaal A der Hansischen Universität über „Die Justiz im Führerstaat“.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 47 A

Rechtsformung mitten im Kriege

Rothenberger in Hamburg

Nachdem Staatssekretär im Reichsjustizministerium Prof. Dr. Rothenberger schon gestern mittag bei der Amtseinführung seines Nachfolgers, des neuen Chef-Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Dr. Schmidt-Egk, im Kuppelsaal des Oberlandesgerichtsgebäudes auf die Neuerungen in der deutschen Justiz hingewiesen hatte, die er gemeinsam mit dem Reichsjustizminister durchzuführen im Begriffe steht, hielt er nachmittags im Großen Saal des Hotels Atlantic einen ausgedehnten Vortrag über die schwebenden Fragen.

Er ging aus von dem Auftrag, den der Führer am 20. August des vergangenen Jahres dem neuen Reichsjustizminister erteilte, eine starke und nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen. In der Überzeugung, daß die Probleme, die hierzu angesprochen werden müssen, das ganze deutsche Volk angehen, haben sich sowohl der Reichsjustizminister als auch sein Staatssekretär, Prof. Dr. Rothenberger, entschlossen, die Reform nicht innerhalb des Ministeriums von entsprechenden Ausschüssen vorzubereiten, sondern ihr Fundament durch Reisen in die verschiedenen Gaue des Reiches und durch offene Worte vor den interessierten Männern zu untermauern.

Wie es auf die Dauer keine Macht ohne Recht geben kann, so auch kein Recht ohne die vorher begründete Macht. Der stärkste Pfeiler jedes Kulturreiches war immer ein starkes Recht. Solange die Völker sich hierauf stützten, gab es keinen Niedergang. Erst, wenn das Recht zerbröckelte und volksfremd wurde, kam es auch zum völkischen Zerfall. In dieser

Erkenntnis hat der Führer mitten zwischen den Schlachten dieses Krieges die Erneuerung der Rechtspflege erlassen und ihre Durchführung befohlen.

Für die deutsche Justiz beginnt also das zweite Dezennium des neuen Reiches mit einer großen Verpflichtung. Mit der Berufung der neuen starken Führung war bereits ein Grundübel beseitigt, der Dualismus im Rechtsleben zwischen Partei und Staat. Der Reichsjustizminister stellt heute sowohl die Spitze des staatlichen Rechtslebens als auch des der Partei dar.

Kein Volk gibt es in der Welt, dessen Rechtsempfinden so groß ist wie das des deutschen. Justizfehler erzeugen bei uns berechtigte Empörung; das Volk will eine Justiz, die stark ist und die keine Binde mehr vor den Augen trägt, sondern das Leben so sieht, wie es wirklich ist. Das deutsche Volk ist bereit, die größten Entbehrungen auf sich zu nehmen, wenn es das Gefühl hat, daß wahre Gerechtigkeit herrscht. Letzten Endes wird in dieser großen weltpolitischen Auseinandersetzung entscheidend sein, welches Volk die beste Haltung hat.

**Gleiche Belastung und gleiche Behandlung
aller Volksgenossen allein aber können die
Haltung des Volkes garantieren.**

Aus diesem Grunde will der Führer eine neue Justiz unter starker Führung.

Die neue Justizreform will keine Gesetzeserneuerung großen Maßstabes betreiben, sondern Menschenerneuerung. Ein guter Richter kann auch auf Grund schlechter Gesetze zu einem guten Spruch kommen, ein schlechter Richter aber wird aus den besten Gesetzen keinen rechten Spruch finden können.

Wenn der Führer den Reichsjustizminister ermächtigt hat, bei der Neuordnung der deutschen Justiz von bestehenden Gesetzen abzuweichen, so heißt das nicht — wie im Ausland vielfach böswillig behauptet worden ist —, daß der Reichsjustizminister irgendeinen Richterspruch abändern kann. Das ist allein Sache der richterlichen Instanzen. Es bedeutet auch nicht, daß der deutsche Richter an die Gesetze nicht mehr gebunden ist, die Gesetze sind Führerbefehle, die für jeden Richter bindend sind.

Staatssekretär Rothenberger ging dann ein auf
die Bedeutung der Strafrechtspflege im Kriege.

Auch die Justiz hat nur ein Ziel, die Erringung des Sieges. Strenge und gerechte Behandlung des Straffälligen sind Selbstverständlichkeiten, die Strafrechtspflege im besonderen muß hart sein, wenn es nötig ist, denn es weht überhaupt ein harter Wind in Deutschland. Jedes Volk besteht, wie der Führer

einmal gesagt hat, aus einer Mittelgruppe, die sich führen läßt, aus einer rechten Gruppe der aktivistischen opferbereiten Führerschicht und aus einer linken Gruppe der asozialen Elemente. Wenn in einem Krieg die Führerschicht dezimiert wird, so dürfen nicht die Asozialen während der Kriegszeit in den Gefängnissen konserviert werden. Wenn der Richter nach sorgfältiger Prüfung feststellt, daß ein Angeklagter asozial ist, dann muß er vernichtet werden. Selbstverständlich ist es dagegen, daß gegen Gestrauchte großzügig verfahren wird, um sie aus der Verstrickung zu retten.

In der Zivilrechtspflege,

in der es um Freiheit, Ehre, Familie, Gesundheit,

A 10 i

Rechtsformung mitten im Kriege

Rothenberger in Hamburg

Nachdem Staatssekretär im Reichsjustizministerium Prof. Dr. Rothenberger schon gestern mittag bei der Amtseinführung seines Nachfolgers, des neuen Chef-Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Dr. Schmidt-Egk, im Kuppelsaal des Oberlandesgerichtsgebäudes auf die Neuerungen in der deutschen Justiz hingewiesen hatte, die er gemeinsam mit dem Reichsjustizminister durchzuführen im Begriffe steht, hielt er nachmittags im Großen Saal des Hotels Atlantic einen ausgedehnten Vortrag über die schwebenden Fragen.

Er ging aus von dem Auftrag, den der Führer am 20. August des vergangenen Jahres dem neuen Reichsjustizminister erteilte, eine starke und nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen. In der Überzeugung, daß die Probleme, die hierzu angesprochen werden müssen, das ganze deutsche Volk angehen, haben sich sowohl der Reichsjustizminister als auch sein Staatssekretär, Prof. Dr. Rothenberger, entschlossen, die Reform nicht innerhalb des Ministeriums von entsprechenden Ausschüssen vorzubereiten, sondern ihr Fundament durch Reisen in die verschiedenen Gaue des Reiches und durch offene Worte vor den interessierten Männern zu untermauern.

Wie es auf die Dauer keine Macht ohne Recht geben kann, so auch kein Recht ohne die vorher begründete Macht. Der stärkste Pfeiler jedes Kulturreiches war immer ein starkes Recht. Solange die Völker sich hierauf stützten, gab es keinen Niedergang. Erst, wenn das Recht zerbröckelte und volksfremd wurde, kam es auch zum völkischen Zerfall. In dieser

Erkenntnis hat der Führer mitten zwischen den Schlachten dieses Krieges die Erneuerung der Rechtspflege eronnen und ihre Durchführung befohlen.

Für die deutsche Justiz beginnt also das zweite Dezennium des neuen Reiches mit einer großen Verpflichtung. Mit der Berufung der neuen starken Führung war bereits ein Grundübel beseitigt, der Dualismus im Rechtsleben zwischen Partei und Staat. Der Reichsjustizminister stellt heute sowohl die Spitze des staatlichen Rechtslebens als auch des der Partei dar.

Kein Volk gibt es in der Welt, dessen Rechtsempfinden so groß ist wie das des deutschen. Justizfehler erzeugen bei uns berechtigte Empörung; das Volk will eine Justiz, die stark ist und die keine Binde mehr vor den Augen trägt, sondern das Leben so sieht, wie es wirklich ist. Das deutsche Volk ist bereit, die größten Entbehrungen auf sich zu nehmen, wenn es das Gefühl hat, daß wahre Gerechtigkeit herrscht. Letzten Endes wird in dieser großen weltpolitischen Auseinandersetzung entscheidend sein, welches Volk die beste Haltung hat.

Gleiche Belastung und gleiche Behandlung aller Volksgenossen allein aber können die Haltung des Volkes garantieren.

Aus diesem Grunde will der Führer eine neue Justiz unter starker Führung.

Die neue Justizreform will keine Gesetzeserneuerung großen Maßstabes betreiben, sondern Menschenerneuerung. Ein guter Richter kann auch auf Grund schlechter Gesetze zu einem guten Spruch kommen, ein schlechter Richter aber wird aus den besten Gesetzen keinen rechten Spruch finden können.

Wenn der Führer den Reichsjustizminister ermächtigt hat, bei der Neuordnung der deutschen Justiz von bestehenden Gesetzen abzuweichen, so heißt das nicht — wie im Ausland vielfach böswillig behauptet worden ist —, daß der Reichsjustizminister irgendeinen Richterspruch abändern kann. Das ist allein Sache der richterlichen Instanzen. Es bedeutet auch nicht, daß der deutsche Richter an die Gesetze nicht mehr gebunden ist, die Gesetze sind Führerbefehle, die für jeden Richter bindend sind.

Staatssekretär Rothenberger ging dann ein auf

die Bedeutung der Strafrechtspflege im Kriege.

Auch die Justiz hat nur ein Ziel, die Erringung des Sieges. Strenge und gerechte Behandlung des Straffälligen sind Selbstverständlichkeiten, die Strafrechtspflege im besonderen muß hart sein, wenn es nötig ist, denn es weht überhaupt ein harter Wind in Deutschland. Jedes Volk besteht, wie der Führer

einmal gesagt hat, aus einer Mittelgruppe, die sich führen läßt, aus einer rechten Gruppe der aktivistischen opferbereiten Führerschicht und aus einer linken Gruppe der asozialen Elemente. Wenn in einem Krieg die Führerschicht dezimiert wird, so dürfen nicht die Asozialen während der Kriegszeit in den Gefängnissen konserviert werden. Wenn der Richter nach sorgfältiger Prüfung feststellt, daß ein Angeklagter asozial ist, dann muß er vernichtet werden. Selbstverständlich ist es dagegen, daß gegen Gestrauchte großzügig verfahren wird, um sie aus der Verstrickung zu retten.

In der Zivilrechtspflege,

in der es um Freiheit, Ehre, Familie, Gesundheit, um Boden und Güter der Volksgenossen geht, wird zwar in Kürze eine generelle Vereinfachung durchgeführt werden, im Grunde bleibt sie aber erhalten, weil auch im Kriege das Recht selbst auf diesem Gebiet nicht ruhen darf. Der Vortragende betonte in diesem Zusammenhang die bevölkerungspolitische Wichtigkeit der Scheidungsprozesse, die

wenden!

brüchige Ehen zugunsten von neuen Eheschließungen scheiden. Er betonte aber auch, daß Mietprozesse künftig in großem Umfang stillgelegt werden sollen, da die Urteile wegen Mangels an Wohnungen in der Regel doch nicht vollstreckt werden können. Es unterliegt aber in jedem Fall der Entscheidung des Richters, ob ein Fall stillgelegt werden kann, denn nur die individuelle Prüfung kann das Rechte erbringen. Nach dem Kriege allerdings wird die Zivilrechtspflege ganz entscheidende Bedeutung bekommen, denn es entspricht nationalsozialistischer Überzeugung, daß der Persönlichkeitswert des einzelnen sehr geschützt werden muß. Die heute geltenden Gesetze stammen zumeist aus dem vergangenen Jahrhundert, sie sind liberal und veraltet und werden durch ein lebendiges Volksrecht ersetzt werden, das möglichst einfach und möglichst elastisch sein wird. Das bedingt, daß dem Richter sehr viel weitgehendere Vollmachten erteilt werden müssen.

Auch der Richterberuf wird deshalb neu gestaltet werden.

Wenn auch heute der Richterstand von einem hohen Berufsethos erfüllt ist, wenn auch die Unbestechlichkeit des deutschen Richters niemals angezweifelt worden ist, so müssen doch die Richter der Zukunft Männer von noch größerer Weisheit und Lebenserfahrung sein. Wer urteilen will, muß die Menschen und das Leben kennen, denn die Urteilsfindung ist kein abstrakter Denkvorgang, das Urteil keine wissenschaftliche Abhandlung. Es ist gerade in den Hansestädten schon lange erkannt, daß Urteilen die Kunst ist, den Menschen zu erkennen und das Leben zu kennen, damit man richtig

beurteilen kann. Schon in den Universitäten muß bei der Ausbildung der künftigen Richter auf diese Forderungen eingegangen werden, vor allem aber in der Weiterbildung nach dem Studium. Auf den Richterstuhl gehört nur, wer sich im Leben bewährt hat, wer reif geworden ist und draußen Erfahrungen und Menschenkenntnis erworben hat. Man kann diese Voraussetzungen in verschiedenen Berufen erwerben. Nach Jahren der Bewährung sollen dann die Männer den Richterstuhl besteigen, die wahre richterliche Berufung in sich fühlen. Diese Männer werden dann auch die innerliche Autorität für ihr schweres, aber schönes Amt haben. Der Führer hat es ausgesprochen: Nur die Besten der Besten

werden ausgewählt, um deutsche Richter zu werden.

Die Stellung des Richters

muß dazu ideenmäßig unterbaut werden, und auch die materielle Stellung des Richters muß so sein, daß ein Anreiz besteht, dieses Amt auszuüben. Wie das Offizierkorps oder das Führerkorps der Partei, so soll es auch einmal ein Richterkorps geben, dessen Geist den einzelnen erhebt. Das Richterkorps wird seine Verfassung durch das neue Deutsche Richtergesetz bekommen. Wenige, aber bessere Richter — das ist das große Ziel, an dem heute schon gearbeitet wird.

Es werden erhebliche organisatorische Umstellungen in der deutschen Justiz notwendig

werden. Der Staatssekretär streifte hierbei das Amt des Friedensrichters in kleinen Orten, wo ein angesehener Mann die Bagatellgerichtsbarkeit übernehmen wird. Er erwähnte auch die Stellung des Rechtspflegers, des gehobenen mittleren Beamten, der auf Grund seiner jahrzehntelangen Praxis dem Richter mancherlei Arbeit abzunehmen befähigt sein wird. Es wird außerdem nach dem Kriege nur drei Instanzen geben, das Kreisgericht, das Obergericht und ein kleines Reichsgericht. Der Kreisrichter soll so bodenständig wie möglich sein. Die besten Richter gehören nach unten, denn die erste Instanz ist die wichtigste, weil sie die lebensnächste ist. Es wird keine Beförderungsskalen mehr geben, sondern der Richter wird so gestellt werden, daß er gar nicht mehr befördert werden will. Auch wird es keine verschiedenen Titel mehr geben, die Bezeichnung „Richter“ wird für alle deutschen Richter einheitlich eingeführt werden. Im Einzelrichtertum wird außerdem Verantwortungsfreudigkeit und Mut mehr als bisher herausgestellt werden. Der Mensch steht im Vordergrund des Neuaufbaues der deutschen Justiz.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auch auf

die Rolle des Rechtsanwaltes

ein, der der Gehilfe des Richters bei der Findung des Rechts sein soll. Der freie Rechtsanwalt soll erhalten bleiben, denn gerade der einfache Volksgenosse braucht jemanden, dem er sich anvertrauen kann. Bei einem verbeamteten Anwaltsstande schwindet dieses Vertrauensverhältnis. Das hat schon Friedrich der Große erfahren. Es hat sich aber im Reich hier und dort eine erhebliche und teilweise berechtigte Kritik an der freien Anwaltschaft zum Wort gemeldet, die sich vor allem dagegen wendet, daß der Anwaltstand nicht immer seine Aufgabe in der Findung des Rechtes, sondern oft auch in der bedingungslosen Wahrung der Interessen seines Mandanten sieht, selbst wenn dadurch am Tatbestand gerüttelt wird. Man beabsichtigt daher, den Anwaltstand sehr bald schon unter gewisse Aufsicht des Staates zu stellen, indem man den Präsidenten der Anwaltskammer als der jeweils örtlichen Berufsvertretung des Anwaltstandes dem Chefpräsidenten des zuständigen Oberlandesgerichts unterstellt. Außerdem soll die bisher völlig freie Ehrengleichheit der Rechtsanwälte, in der Rechtsanwälte richten, dem staatlichen Dienststrafgericht unterstellt werden, in dem Richter unter Beisitz von Rechtsanwälten über die vorliegenden Fragen entscheiden. Es ist außerdem beabsichtigt, über 65 Jahre alte Rechtsanwälte — selbstverständlich nur, wenn sie nicht mehr arbeits- und leistungsfähig sind — zu pensionieren.

In seinem Schlußwort stellte Staatssekretär Rothenberger noch einmal die Notwendigkeit heraus, die Justizreform jetzt schon durchzuführen,

damit die Frontkämpfer wissen, daß das, was sie für uns erobern, auch mit volkstümlicher Gerechtigkeit erfüllt wird.

Reichsstatthalter Gauleiter Kaufmann, der den Vortragsabend eröffnet hatte, indem er den neuen Chefpräsidenten Dr. Schmidt-Egk noch einmal herzlichst in seinem Amt begrüßte, wünschte Staatssekretär Rothenberger zu seinem grundlegenden Beginnen viel Beharrlichkeit, Mut und Erfolg.

Der Weg zum neuen Richtertyp

Hamburg, 18. Februar

Im Mittelpunkt der neuen deutschen Justizreform steht die Schaffung des neuen Richtertyps, der seinen Richterspruch findet und fällt nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, wie es hier und dort im Reich noch üblich ist, sondern der beurteilt und urteilt auf Grund seines juristischen Wissens, gepaart mit tiefer Menschenkenntnis, die in unmittelbarer Fühlungnahme mit dem Leben außerhalb des juristischen Werdeganges erworben sein soll. Um den Studierenden der Rechte als den unmittelbar Beteiligten an dieser neuen Formung der künftigen Rechtswahrer Weg und Ziel aufzuzeigen, hielt Staatssekretär im Reichsjustizministerium Prof. Dr. Rothenberger in der Reihe der Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten im Hörsaal A der Universität einen Vortrag „Die Justiz im Führerstaat“.

Nachdem er einleitend die Ansichten des Führers und des neuen Reichsjustizministers über die Reform der deutschen Justiz klargelegt hatte, über die er kürzlich schon bei seinem Vortrag im Hotel Atlantic ausführlich gesprochen hat, ging er ein auf die künftige Ausbildung der jungen Rechtswahrer. Bisher hat man dabei immer außer acht gelassen, die grundlegende Fähigkeit des Richters anzuerkennen, die

Menschen zu durchschauen. Heute hat man es auf den Universitäten vorwiegend mit Kriegsverwehrt und Frontkämpfern zu tun, die höchstens drei Monate im Jahr das Glück haben, ihre Studien zu treiben. Das ist ein gewaltiger Unterschied gegenüber den 18jährigen Abiturienten, die friedensmäßig die Hörsäle füllten und sich in acht Semestern auf ihren Beruf vorbereiten konnten. Dazu ist jetzt keine Zeit. Die Berufsausbildung der Männer, von denen manche heute schon bis zu sieben Jahren Soldat sind, muß um der Männer und um der künftigen Berufe willen anders angefaßt werden. Das Studium wird deshalb erheblich abgekürzt werden und in Zukunft nur noch vier Semester betragen, die in Trimestern abzuleisten sind. Die Universitäten müssen sich jedoch darauf einstellen, daß jeder Soldat, der auf Urlaub kommt, in den ihm zur Verfügung stehenden drei Monaten in der rationellsten Weise arbeiten kann, damit ihm keine Zeit verlorengeht.

Der Staatssekretär bekannte sich dann als unbedingter Anhänger der Einheitsausbildung für alle Juristen, ganz gleich, ob sie später in die Verwaltung, die Wirtschaft, ins Richteramt oder in den Anwaltsstand gehen wollen. (Stürmischer Beifall bekundete die begeisterte Zustimmung der Studentenschaft.) Es kann den jungen Studenten nicht zugemutet werden, sich bereits im ersten Semester für einen späteren Beruf zu entscheiden, die Spezialisierung schon im Studium würde sie zu subalternen Handlangern machen. Man kann nur wahre Leistungen vollbringen, wenn man eine gesamt totale wissenschaftliche Bildung hat. (Abermals starker Beifall.) Die Spezialausbildung würde außerdem zu einer Zersplitterung nicht nur der Menschen, sondern auch des Rechts führen. Allerdings wird man im künftigen Studium dem Gebiet des öffentlichen Rechts einen größeren Platz einräumen als bisher, denn deren tiefe Kenntnis kann auch den künftigen Richtern und Anwälten nur von Nutzen sein.

Wie nun soll man die jungen Leute in der verkürzten Zeit heranbilden? Durch Beschränkung des Lehrstoffs auf die großen wichtigen Grund-

Wirtschaftsrecht sowie die Grundzüge des Arbeitsrechts und des Erbhofrechts. In Hamburg hat man im letzten Semester schon Versuche gemacht, denen andere Universitäten inzwischen gefolgt sind. Die Arbeit soll sich in Zukunft auf der Grundvorlesung aufbauen, die ihre Ergänzung findet in Arbeitsgemeinschaften. (Beifall.) Als am besten geeignet für die Vorlesungen bezeichnete der Staatssekretär pädagogisch begabte Dozenten, die möglichst gleichzeitig als Praktiker tätig sind, während die Arbeitsgemeinschaften von Praktikern (Richtern) geleitet werden. Er hat sich angeboten, jedem Dozenten die Möglichkeit zu geben, durch praktische Tätigkeit immer wieder Gelegenheit zu geben, aus dem Leben zu schöpfen für seine Vorlesungen. Die Hamburgische Universität hat sich als Schrittmacher der neuen Ausbildungsform erwiesen.

Während des Krieges macht sich auch ein gewisser Mangel an Dozenten bemerkbar. Man mußte deshalb prüfen, ob es heute noch möglich ist, 24 Fakultäten in Deutschland aufrechtzuerhalten, ohne daß man die Gewißheit hat, daß jeder Studienurlauber nun auch überall das Wissen schöpfen kann, das er für seinen Werdegang unbedingt braucht. Der Staatssekretär glaubt, daß man die Zahl der Fakultäten im Kriege im Interesse der Studierenden herabsetzen mußte, damit die Frontkämpfer die Möglichkeit haben, an den verbleibenden Universitäten auch alles in vollstem Maße zu bekommen, was sie haben wollen und müssen. Er stellte dann den Wert der induktiven Methode heraus, die an Hand von praktischen Beispielen dem einzelnen Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaften hilft, die vorgetragenen Fälle selbst zu lösen. Auch diese Arbeitsweise ist ausprobiert. Neben Vorlesung und Arbeitsgemeinschaft läuft außerdem im Kriege die Begleitpraxis an Stelle von Vor- oder Nachpraxis. Die Erfolge, die erst nach Abschluß des laufenden Semesters zu erkennen sein werden, dürften sehr interessant sein.

An die Stelle der wissenschaftlichen Abschlußprüfung soll die staatliche Eignungsprüfung treten, denn die Eignung für die praktische Tätigkeit, nicht das Maß des persönlichen Wissens, ist der Gradmesser, der in Zukunft gelten wird. Für die Assessorprüfung ist die Forderung bereits durchgeführt, daß die Prüfer Frontkämpfer dieses oder des ersten Weltkrieges sein müssen, denn auch bei ihnen kommt es in großem Umfang auf die psychologische Einstellung zu den Prüfungen an. Es wird auch in Zukunft die Einheitsprüfung für

alle Juristen beibehalten werden, denn führt man Spezialprüfungen ein, so würde das bedeuten, daß sich der Student in den letzten Semestern doch spezialisiert, was gerade vermieden werden soll.

Wenn also die vier Semester beendet sein werden, so beginnt die Referendarzeit, die nach einer gestern herausgekommenen Verordnung für Frontkämpfer auf anderthalb Jahre abgekürzt worden ist, mit der Maßgabe, daß in ganz besonderen Ausnahmefällen sogar bis auf ein Jahr heruntergegangen werden kann. Das ist zu verantworten, auch wenn man eine sehr hohe Meinung vom Richterberuf hat. In Zukunft wird der Richter das Leben außerhalb der Justiz kennenlernen müssen, ehe er seinen Stuhl besteigt. Diese Idee wird jedoch zunächst noch keine praktische Bedeutung bekommen, weil man eine bessere Er-

fahrung und höhere innere Reife, als sie die

er hatte die Veranstaltung
en eröffnet und darauf hin-
n Volk ein tieferes Rechts-
das deutsche, und daß gerade
reform mitten im Kriege von
ung ist.

Der Weg zum neuen Richter

Hamburg, 18. Februar

Im Mittelpunkt der neuen deutschen Justizreform steht die Schaffung des neuen Richtertyps, der seinen Richterspruch findet und fällt nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, wie es hier und dort im Reich noch üblich ist, sondern der beurteilt und urteilt auf Grund seines juristischen Wissens, gepaart mit tiefer Menschenkenntnis, die in unmittelbarer Fühlungnahme mit dem Leben außerhalb des juristischen Werdeganges erworben sein soll. Um den Studierenden der Rechte als den unmittelbar Beteiligten an dieser neuen Formung der künftigen Rechtswahrer Weg und Ziel aufzuzeigen, hielt Staatssekretär im Reichsjustizministerium Prof. Dr. Rothenberger in der Reihe der Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten im Hörsaal A der Universität einen Vortrag „Die Justiz im Führerstaat“.

Nachdem er einleitend die Ansichten des Führers und des neuen Reichsjustizministers über die Reform der deutschen Justiz klargelegt hatte, über die er kürzlich schon bei seinem Vortrag im Hotel Atlantic ausführlich gesprochen hat, ging er ein auf die künftige Ausbildung der jungen Rechtswahrer. Bisher hat man dabei immer außer acht gelassen, die grundlegende Fähigkeit des Richters anzuerkennen, die

Menschen zu durchschauen. Heute hat man es auf den Universitäten vorwiegend mit Kriegsverwundten und Frontkämpfern zu tun, die höchstens drei Monate im Jahr das Glück haben, ihre Studien zu treiben. Das ist ein gewaltiger Unterschied gegenüber den 18jährigen Abiturienten, die friedensmäßig die Hörsäle füllten und sich in acht Semestern auf ihren Beruf vorbereiten konnten. Dazu ist jetzt keine Zeit. Die Berufsausbildung der Männer, von denen manche heute schon bis zu sieben Jahren Soldat sind, muß um der Männer und um der künftigen Berufe willen anders angefaßt werden. Das Studium wird deshalb erheblich abgekürzt werden und in Zukunft nur noch vier Semester betragen, die in Trimestern abzuleisten sind. Die Universitäten müssen sich jedoch darauf einstellen, daß jeder Soldat, der auf Urlaub kommt, in den ihm zur Verfügung stehenden drei Monaten in der rationellsten Weise arbeiten kann, damit ihm keine Zeit verlorengeht.

Der Staatssekretär bekannte sich dann als unbedingter Anhänger der Einheitsausbildung für alle Juristen, ganz gleich, ob sie später in die Verwaltung, die Wirtschaft, ins Richteramt oder in den Anwaltsstand gehen wollen. (Stürmischer Beifall bekundete die begeisterte Zustimmung der Studentenschaft.) Es kann den jungen Studenten nicht zugemutet werden, sich bereits im ersten Semester für einen späteren Beruf zu entscheiden, die Spezialisierung schon im Studium würde sie zu subalternen Handlangern machen. Man kann nur wahre Leistungen vollbringen, wenn man eine gesamt totale wissenschaftliche Bildung hat. (Abermals starker Beifall.) Die Spezialausbildung würde außerdem zu einer Zersplitterung nicht nur der Menschen, sondern auch des Rechts führen. Allerdings wird man im künftigen Studium dem Gebiet des öffentlichen Rechts einen größeren Platz einräumen als bisher, denn deren tiefe Kenntnis kann auch den künftigen Richtern und Anwälten nur von Nutzen sein.

Wie nun soll man die jungen Leute in der verkürzten Zeit heranbilden? Durch Beschränkung des Lehrstoffs auf die großen wichtigen Grundgebiete, in denen man juristisch denken lernt, denn das ist die Hauptsache. Aller Wissensballast muß fortfallen, denn er geht an der Front doch wieder verloren. Als die Grundgebiete bezeichnete Prof. Dr. Rothenberger das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das öffentliche Recht und das

Wirtschaftsrecht sowie die Grundzüge des Arbeitsrechts und des Erbhofrechts. In Hamburg hat man im letzten Semester schon Versuche gemacht, denen andere Universitäten inzwischen gefolgt sind. Die Arbeit soll sich in Zukunft auf der Grundvorlesung aufbauen, die ihre Ergänzung findet in Arbeitsgemeinschaften. (Beifall.) Als am besten geeignet für die Vorlesungen bezeichnete der Staatssekretär pädagogisch begabte Dozenten, die möglichst gleichzeitig als Praktiker tätig sind, während die Arbeitsgemeinschaften von Praktikern (Richtern) geleitet werden. Er hat sich angeboten, jedem Dozenten die Möglichkeit zu geben, durch praktische Tätigkeit immer wieder Gelegenheit zu geben, aus dem Leben zu schöpfen für seine Vorlesungen. Die Hamburgische Universität hat sich als Schrittmacher der neuen Ausbildungsform erwiesen.

Während des Krieges macht sich auch ein gewisser Mangel an Dozenten bemerkbar. Man müßte deshalb prüfen, ob es heute noch möglich ist, 24 Fakultäten in Deutschland aufrechtzuerhalten, ohne daß man die Gewißheit hat, daß jeder Studienurlauber nun auch überall das Wissen schöpfen kann, das er für seinen Werdegang unbedingt braucht. Der Staatssekretär glaubt, daß man die Zahl der Fakultäten im Kriege im Interesse der Studierenden herabsetzen müßte, damit die Frontkämpfer die Möglichkeit haben, an den verbleibenden Universitäten auch alles in vollstem Maße zu bekommen, was sie haben wollen und müssen. Er stellte dann den Wert der induktiven Methode heraus, die an Hand von praktischen Beispielen dem einzelnen Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaften hilft, die vorgetragenen Fälle selbst zu lösen. Auch diese Arbeitsweise ist ausprobiert. Neben Vorlesung und Arbeitsgemeinschaft läuft außerdem im Kriege die Begleitpraxis an Stelle von Vor- oder Nachpraxis. Die Erfolge, die erst nach Abschluß des laufenden Semesters zu erkennen sein werden, dürften sehr interessant sein.

An die Stelle der wissenschaftlichen Abschlußprüfung soll die staatliche Eignungsprüfung treten, denn die Eignung für die praktische Tätigkeit, nicht das Maß des persönlichen Wissens, ist der Gradmesser, der in Zukunft gelten wird. Für die Assessorprüfung ist die Forderung bereits durchgeführt, daß die Prüfer Frontkämpfer dieses oder des ersten Weltkrieges sein müssen, denn auch bei ihnen kommt es in großem Umfang auf die psychologische Einstellung zu den Prüfungen an. Es wird auch in Zukunft die Einheitsprüfung für

alle Juristen beibehalten werden, denn führt man Spezialprüfungen ein, so würde das bedeuten, daß sich der Student in den letzten Semestern doch spezialisiert, was gerade vermieden werden soll.

Wenn also die vier Semester beendet sein werden, so beginnt die Referendarzeit, die nach einer gestern herausgekommenen Verordnung für Frontkämpfer auf anderthalb Jahre abgekürzt worden ist, mit der Maßgabe, daß in ganz besonderen Ausnahmefällen sogar bis auf ein Jahr heruntergegangen werden kann. Das ist zu verantworten, auch wenn man eine sehr hohe Meinung vom Richterberuf hat. In Zukunft wird der Richter das Leben außerhalb der Justiz kennenlernen müssen, ehe er seinen Stuhl besteigt. Diese Idee wird jedoch zunächst noch keine praktische Bedeutung bekommen, weil man eine bessere Er-

fahrung und höhere innere Reife, als sie die Frontkämpfer in den Schlachten des Krieges erwerben, schwerlich bekommen könnte. Die Frontkämpfer werden also nach wie vor ohne außerberufliches Lebenspraktikum vom Assessor zum Richter aufsteigen, und auch für die Nichtfrontkämpfer bleibt die bisherige Regelung bestehen. Ideenmäßig und materiell wird jedoch der Richterberuf gleich nach dem Kriege so ausgestaltet werden, daß er im höchsten Grade erstrebenswert sein wird. (Beifall.)

Rektor Prof. Keiser hatte die Veranstaltung mit wenigen Worten eröffnet und darauf hingewiesen, daß kein Volk ein tieferes Rechtsgewissen hat als das deutsche, und daß gerade deshalb die Justizreform mitten im Kriege von allergrößter Bedeutung ist.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

15048

0042

BEC

Die Welt (Hamburg)

Nr. 100

26. Aug. 1947

Nürnberg. — Selbstmordversuch Rothen-
bergers. Im Gerichtsgefängnis unternahm
in der Nacht zum Montag der im Juristen-
prozeß angeklagte frühere Präsident des
Oberlandesgerichts Hamburg, Dr. Kurt
Rothenberger, einen Selbstmordversuch.
Er durchschnitt sich die Pulsader des
linken Arms. Es besteht keine Lebens-
gefahr.

15048 0043 BEC

Rothenberger
Dr. Lunt

Niederdeutsche-Ztg.Hbg.

№ 6 1

9. Sep. 1947

Petersen über Hamburgs Haltung

Eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Hamburger Ersten Bürgermeisters Rudolf Petersen wurde zur Entlastung des ehemaligen Hamburger Oberlandesgerichtspräsidenten und späteren Staatssekretärs im Justizministerium, Dr. Curt Rothenberger, jetzt im Nürnberger Juristenprozeß dem Gericht übergeben. Die Gesetzesbestimmungen gegen Juden und Mischlinge, so heißt es in der Erklärung, seien in Hamburg fast ausnahmslos verspätet und nicht mit harter Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden.

„Es ist eine Tatsache“, schließt die Erklärung Petersens, „daß Hamburg nicht in dem Maße von den Verbrechen und Maßlosigkeiten des Nationalsozialismus betroffen worden ist, wie fast alle übrigen Teile des Deutschen Reiches.“

In anderen schriftlichen Zeugenaussagen wird das Verdienst an dieser Entwicklung, neben dem früheren Gauleiter Kaufmann, insbesondere auch dem angeklagten Rothenberger zugeschrieben. In den insgesamt etwa 80 Entlastungsdokumenten, die der Verteidiger Rothenbergers einreichen will, wird übereinstimmend bekundet, daß Rothenberger jüdische Richter über die Zeit hinaus im Amt gehalten und allen politischen Gegnern eine schonende Behandlung habe zuteil werden lassen. Über seine Tätigkeit als Staatssekretär im Reichsjustizministerium wird erklärt, daß Rothenberger stets gegen die radikalen Tendenzen der Parteikanzlei gewesen sei und meist in scharfem Gegensatz zum Reichsjustizminister Thierack gestanden habe.

15048 0044 BEC

Die Welt (Hamburg)

1110

18. Sept. 47

Nr.

Rothenbergers Stellung zur Partei

Dena. Nürnberg, 17. September

Als Gaurechtsamtsleiter und Leiter des Rechtswahrerbundes habe Curt Rothenberger ständig die zwischen der Partei und der Hamburger Justizverwaltung bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen versucht, erklärte der ehemalige Richter am Hamburger Sondergericht, Dr. Werner Becher, am Mittwoch als Zeuge im Nürnberger Juristen-Prozeß.

Alte Parteigenossen hätten Rothenberger stets abweisend gegenübergestanden, weil er bei Gauleiter Kaufmann eine Verfügung durchgesetzt habe, nach der die Partei keinen Einfluß auf Angelegenheiten der Justiz haben dürfte. Der Angeklagte habe auch erreicht, daß Juristen ohne Genehmigung der Parteistellen Juden verteidigen durften.